



Die russische Februarrevolution 1917

HANS HAUTMANN

Russland hat 1917 binnen acht Monaten zwei Revolutionen erlebt. Dieser beispiellose geschichtliche Vorgang zeigte, dass sich, beginnend mit den Ereignissen von 1905, der Hauptknotenpunkt der Klassenwidersprüche in das Zarenreich verlagert hatte und bestätigte die Revolutionstheorie Lenins, der zufolge die internationale Front des Kapitals nicht unbedingt in den industriell hochentwickelten Ländern zerreißen wird, sondern dort, wo sie am schwächsten ist.

Die erste russische Revolution des Jahres 1917 blieb aus der Sicht der Geschichtsschreibung, auch der marxistischen, oft im Schatten der zweiten, noch radikaleren des Oktober. Sie hatte jedoch im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Umwälzungen, die am Ende des Ersten Weltkrieges auch Deutschland und die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns erfassten, ein eigenständiges Profil und sogar die führende Stelle inne. Nirgendwo anders war das aktive Eingreifen der Volksmassen in den Gang der Dinge größer und ihre organisierte Machtkonzentration in Form der Arbeiter- und Soldatenräte gefestigter, nirgendwo anders drangen die Ergebnisse der Klassenkämpfe so dicht an die Grenzen der Vereinbarkeit mit bürgerlichen Verhältnissen vor, ja überschritten sie bisweilen.

Die Februarrevolution legte in wenigen Tagen die Jahrhunderte alte Monarchie der Romanows in Trümmer und war die bedeutendste bürgerlich-demokratische Revolution ihrer Zeit. Sie räumte die reaktionären autokratischen Strukturen weg und machte mit einem Schlag Russland zum Land mit den am weitesten gehenden politischen Freiheiten. Dieses Beispiel gab der Antikriegsbewegung in Deutschland und Österreich-Ungarn, Staatsgebilden, die jetzt dem Stand der demokratischen Errungenschaften in Russland nachhinkten, mächtige Impulse. Nachfolgend sollen die Februargeschennisse als erste siegreiche Volksrevolution in der Epoche des Imperialismus geschildert werden, denn sie sind

nicht nur für das Verständnis unserer eigenen österreichischen Geschichte der Jahre 1917 und 1918 von Belang, sondern auch für jene Kräfte, die mit dem Ziel demokratischen, sozialen und politischen Fortschritts Auswege aus der gegenwärtigen Situation suchen, die der globalisierte Kapitalismus der Menschheit zumutet.

Der Verfall der Wirtschaft

Russland mobilisierte von 1914 bis 1917 an die 13,5 Millionen Soldaten, fast durchwegs Bauernsöhne, was für die Agrarwirtschaft einen erheblichen Ausfall an Arbeitskräften zur Folge hatte. Die Zahl der Gefallenen überstieg zwei Millionen, während die der Invaliden mit 4,5 Millionen der Einwohnerschaft der ganzen Schweiz entsprach. Weitere drei Millionen befanden sich in deutscher und österreichisch-ungarischer Kriegsgefangenschaft.

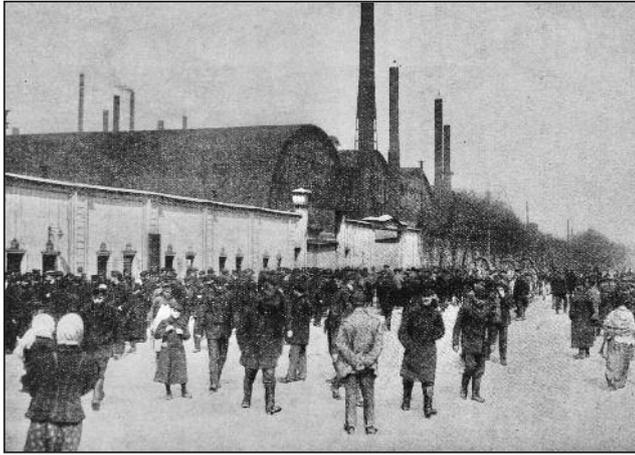
Schon 1914 wurden schwere Mängel bei der Bewaffnung der Armee sichtbar. Die Artillerie war wegen ungenügender Munitionsvorräte und schleppenden Nachschubs gezwungen, sparsam zu feuern. Bei Kriegsausbruch fehlten 400.000 Gewehre zur Bewaffnung der Einberufenen; im Oktober 1914 hatte sich diese Zahl bereits verdoppelt. Sogar 1916 gab es in der Frontarmee noch Hunderttausende unbewaffneter Soldaten, von denen ein Teil hier erst durch Übernahme der Gewehre von Gefallenen und Verwundeten das Auslangen finden konnte.

Ungeachtet eines gewissen Wachstums der Kriegsproduktion blieben die Kapazitäten der russischen Industrie sehr begrenzt. Die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg verlief infolge der ökonomischen und technischen Rückständigkeit und des schwerfälligen bürokratischen Staatsapparats nur zögernd und langsam. Die Zahl der in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter war, verglichen mit 1913, zwar fast auf das Doppelte gestiegen, aber die Produktivität nahm ab. 1916 mussten 36 von 151 vorhandenen Hochöfen stillgelegt werden, weil

die Belieferung mit Kohle ins Stocken geriet. Die Kriegsindustrie nahm einen gewaltigen Teil der Rohstoffe, der Arbeitskräfte, der Geldmittel in Anspruch und konnte die Aufträge der Armee doch nur zu etwa der Hälfte bewältigen, obwohl auf die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung kaum noch irgendwelche Rücksicht genommen wurde. Unter den Heereslieferanten und Beamten des Nachschubwesens breitete sich schlimmer als je zuvor die Seuche der Korruption aus; minderwertige Stiefel, Uniformen, Konserven zeugten davon, wie skrupellos der Staat betrogen wurde.

Katastrophale Zustände herrschten im Transportwesen, dem in Russland mit seinen riesigen Entfernungen und seinem sehr weitmaschigen Eisenbahnnetz eine noch weit größere Bedeutung zukam als in irgendeinem anderen Land. Es kam oft vor, dass die Militärverwaltung beladene Güterzüge anhhielt, die Waren hinauswerfen ließ und die geleerten Waggons für die Truppentransporte benützte. Die Eisenbahnwerkstätten waren mit defekten Lokomotiven überfüllt, längs der Bahndämme lagen demolierte Waggons, an den Knotenpunkten stauten sich nicht ausgeladene Züge, und im allgemeinen Wirrwarr fand sich niemand mehr zurecht.

Die dadurch ausbleibenden Getreidelieferungen verschärften die Lebensmittelkrise in den Industriezentren. Die Desorganisation der Brotversorgung eskalierte, denn die Bauern reduzierten den Anbau schon deshalb, weil die amtlich vorgeschriebenen Preise sie nicht befriedigten. Die Getreideproduktion sank aber auch noch aus anderen Gründen. Etwa 40 Prozent der Bauernhöfe hatten keine männlichen Arbeitskräfte mehr, weil sie zur Armee eingezogen waren. Die Heeresverwaltung requirierte nach und nach fünf Millionen Pferde und 20 Millionen Stück Vieh. Die Getreideernte von 1916 machte nur 75 Prozent derjenigen von 1914 aus. Im Herbst 1916 musste man vor den Bäckerläden schon Schlange stehen.



Putilow-Arbeiter verlassen das Werk nach Ausrufung des Generalstreiks am 10. März 1917.

Rasch zerfiel das Finanz- und Geldwesen. Die Gesamtausgaben Russlands für den Krieg erreichten die enorme Höhe von 41,4 Milliarden Rubel. Sofort nach Kriegsausbruch wurden verschiedene neue Steuern eingeführt und die alten Abgaben erhöht. Um die Kriegsausgaben zu decken, stellte die Regierung zunächst den freien Umtausch von Banknoten in Gold ein und schritt dann zu einer verstärkten Emission von Papiergeld. Dieses vermehrte sich inflationär, und der Goldfonds der Staatsbank deckte, verglichen mit 1914 mit 98,2 Prozent, 1917 nur noch 6,8 Prozent der umlaufenden Noten. Auf Druck der verbündeten Ententemächte musste ein Teil des russischen Goldvorrats nach London überführt werden. Der Index der Warenpreise stieg von 1914 = 100 auf 1917 = 702. Die wichtigste Finanzierungsquelle waren neben der Inflation aber die In- und Auslandsanleihen. Die Staatsschulden erhöhten sich von 8,8 Milliarden Rubel im Jahr 1913 auf 50 Milliarden Rubel im Jahr 1917. Russland wurde von seinen ausländischen Gläubigern immer abhängiger. Daran waren die Alliierten in London und Paris sehr interessiert, weil sie damit gute Ausgangspositionen für ein verstärktes Eindringen in die russische Wirtschaft der Nachkriegszeit erwarteten.

Die Bourgeoisie

Durch die Februarrevolution wurde die russische Großbourgeoisie für acht Monate zur herrschenden Klasse. Ihrer politischen Einstellung nach war sie oktobristisch-kadettisch. Der oktobristische, reaktionäre Flügel vertrat primitiv-räuberische Methoden der kapitalistischen Ausbeutung, während die Kadetten die ökonomisch progressiveren Schichten der Bourgeoisie verkörperten, die die neuesten „europäischen“ Ausbeutungsformen ausnützten. Diese Fraktion hatte

innerhalb der russischen Kapitalistenklasse in der Kriegszeit die Dominanz inne.

Das kadettisch-liberale Bürgertum war stolz darauf, dass das russische Volk an der Seite der westlichen Demokratien gegen das wilhelminische Deutschland und das habsburgische Österreich-Ungarn kämpfte. Man gab sich der Hoffnung hin, dass die Allianz mit Frankreich und Eng-

land dazu beitragen werde, auch Russland in einen konstitutionell geordneten, liberalen Staat zu verwandeln. Man wusste, dass die zaristische Bürokratie den mit der Kriegführung verbundenen organisatorischen Aufgaben nicht gewachsen sein und sie deshalb die Mitwirkung des Unternehmertums, der Banken und der bürgerlichen Selbstverwaltungskörper wie des Städte- und Semstwo-Verbandes benötigen werde. Man war davon überzeugt, dass die Bourgeoisie durch die Ausübung verantwortungsvoller Funktionen rasch eine politisch einflussreiche Stellung gewinnen werde.

So ist es auch gekommen. 1915 wurden zur Unterstützung des Regierungsapparats mehrere koordinierende Organe geschaffen, die die Kriegswirtschaft regulieren sollten, darunter die Komitees für die Kriegsindustrie. Deren zentrale und örtliche Instanzen setzten sich aus führenden Industriellen und Vertretern der Banken zusammen und wurden zum Hebel, um die ökonomischen und politischen Positionen der Großbourgeoisie zu festigen.

Die interessanteste Initiative in dem Zusammenhang bestand darin, unter Mitwirkung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre Vertreter der Arbeiterschaft in die Komitees für Kriegsindustrie einzubeziehen – klarerweise mit dem Ziel, auf diese Weise die Arbeitsproduktivität in den Fabriken und Rüstungsbetrieben zu erhöhen und die Arbeiter unter bourgeoisen Einfluss zu bringen. Dabei war man aber gezwungen, gegenüber den zaristischen Behörden das Recht der Arbeiter auf Einberufung von Versammlungen zur Wahl ihrer Delegierten in die Kriegsindustriekomitees zu verteidigen und gegen Verhaftungen der gewählten Arbeitervertreter zu protestieren. Diese Umstände, aus ökonomischen Notwendigkeiten der Bourgeoisie erwachsen, führten dazu, dass im

Krieg erstmals wieder öffentliche Arbeiterversammlungen stattfinden konnten. Sie wurden zum Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen zwischen menschevistisch, sozialrevolutionär und bolschewistisch orientierten Arbeitervertretern und halfen mit, die politischen Haltungen im Vorfeld der Februarrevolution 1917 zu klären. Während die Menschewiki für die Beteiligung eintraten, betrieben die Bolschewiki eine energische Agitation für den Boykott der Kriegsindustriekomitees und erzielten dabei einen wichtigen Erfolg: nur in 36 von 239 örtlichen Komitees für die Kriegsindustrie gelang es, Arbeitergruppen zu gründen.

Die Bauernschaft

1914 betrug die bäuerliche Bevölkerung Russlands 109,1 Millionen Menschen (von 139,3 Millionen Gesamtbevölkerung). Sie stellte somit die zahlenmäßig weitaus stärkste Klasse, in der die Differenzierung zwischen Kulakentum, Mittelbauern und Dorfarmut bereits deutlich vorangeschritten war. Über 65 Prozent der Bauernschaft zählte zur Dorfarmut.

Einige der gravierenden Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Bauern wurden bereits skizziert (Einberufungen zur Armee, Requirierungen von Pferden und Vieh, drastische Reduzierung der männlichen Arbeitskräfte auf den Bauernhöfen). Aber auch die Aussaatfläche, Ertragsfähigkeit und Bruttoproduktion gingen zurück, wobei sich die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitsgeräten, verglichen mit 1913, um das Zehnfache verringerte. Ein Drittel der Wirtschaften besaß kein Zugvieh mehr. Die Hauptlast des Krieges lag auf der Dorfarmut, während die wohlhabenden Kulaken gewannen. Diese bereicherten sich am Getreideverkauf, pachteten und kauften Land von den Verarmten.

In derselben Zeit beherrschte die zahlenmäßig geringe Gutsbesitzerklasse gewaltige Ländereien. Der durch Landlosigkeit und die durch den Krieg hervorgerufene Not verschärfte Gegensatz zwischen Bauern und Gutsbesitzern blieb aber über die Februarrevolution 1917 hinaus noch eine ganze Weile latent. Die Bauernschaft, die von der neuen Regierung die Durchführung einer Agrarreform auf der Grundlage der Konfiskation des Gutsbesitzerlandes und seiner ausgleichenden Verteilung erwartete, überzeugte sich nicht sofort von der Un erfüllbarkeit ihrer Hoffnungen, weil sie mehrheitlich unter dem Einfluss der kleinbürgerlichen Partei der Sozialrevolutionäre stand. Erst als im Juli 1917 die

Provisorische Regierung ihr konterrevolutionäres Wesen offenbarte, indem sie die Agrarreform verschob und die Bauernbewegung rigoros mit Strafmaßnahmen unterdrückte, erhöhte sich die Zahl der von Unruhen betroffenen Gouvernements, um im September/Oktober in einen regelrechten Bauernkrieg in Zentralrussland, dem mittleren Wolgagebiet, Weißrussland und der Ukraine überzugehen.

Die nun auch in Sowjets organisierten Bauernmassen vollzogen eine Linksentwicklung; die Autorität der Sozialrevolutionäre ging zurück, der Einfluss der Bolschewiki, die danach trachteten, die vielfältigen Formen des Bauernprotestes aus dem Zustand der Spontaneität in Richtung revolutionärer Organisiertheit zu lenken, stieg. Wichtig war dabei die Rolle spezieller Abgesandter bolschewistischer Proletarier aus den Industriezentren ins Dorf, die in diesem Sinne wirkten.

Die Arbeiterschaft. Streiks

Die Februarumwälzung 1917 sollte zeigen, dass die reale Kraft der russischen Arbeiterklasse unvergleichlich größer war als ihr verhältnismäßig kleiner Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes (etwa 10 Prozent ohne Familienangehörige). Insgesamt gehörten 1917 zum Proletariat rund 15 Millionen Menschen. Die Vorhut dieser proletarischen Armee, die Industriearbeiterschaft, umfasste etwa 3,5 Millionen.

Der Krieg führte zu bedeutenden Veränderungen in der sozialen, beruflichen und personellen Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Infolge der Mobilisierung der Stamarbeiter und des Zulaufs kleinbürgerlicher Elemente in die Betriebe verringerte sich der Anteil klassenbewusster Arbeiter. Der ursprüngliche proletarische Kern, der den Ton in der Arbeiterbewegung angab, blieb aber doch in den großen Industriezentren erhalten. Dort wuchs auch der Anteil der Metallarbeiter durch die sich entwickelnde Kriegsproduktion. Absolut und relativ erhöhte sich die Zahl der Arbeiterinnen. In der Industrie betrug der Anteil der Frauen am 1. Jänner 1917 40 Prozent der Beschäftigten. Besonders stark waren die Arbeiterinnen in der Textilindustrie vertreten; aber auch in der metallverarbeitenden Industrie und im Maschinenbau vermehrte sich ihr Belegschaftsstand.

Der Krieg trieb die für die russische Industrie charakteristische hohe Konzentration der Arbeiter in Großbetrieben weiter voran. Besonders in Petrograd (mit Umgebung) waren in einer kleinen Zahl von Großbetrieben (solchen mit



Kundgebung von Arbeitern und Soldaten in Petrograd, März 1917.

über 1000 Arbeitern) mehr als zwei Drittel der Industriearbeiter der Hauptstadt präsent. Das galt auch für die anderen industriellen Ballungsgebiete (Moskauer Gebiet, Donbaß, Kriwoi Rog, Baltikum, Baku). 1917 gab es in Petrograd mehr als 400.000 Fabrikarbeiter, im Moskauer Industriegebiet etwa eine Million. Diese Massenkonzentration an entscheidenden Punkten des Landes, besonders in den politischen Zentren, kompensierte den geringen Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung Russlands. Dazu kam, dass im Bildungsniveau (die meisten Arbeiter konnten lesen und schreiben) das Industrieproletariat die anderen Schichten der Werkstätigen übertraf. Das höchste Bildungsniveau war unter den Metallarbeitern anzutreffen.

Insgesamt war, verglichen mit Mittel- und Westeuropa, das gesellschaftliche und politische Wesen des russischen Proletariats durch ein hohes Niveau revolutionärer Bewusstheit gekennzeichnet, nicht zuletzt erworben durch die Erfahrungen der Klassenkämpfe der Jahre 1905 bis 1907. Auch die Schwäche der Oberschicht in ihren Reihen, der „Arbeiteraristokratie“, das Fehlen von Nurgewerkschaftertum und von tradeunionistischen Traditionen trugen zur hohen revolutionären Kampfkraft der russischen Arbeiterschaft bei.

Sichtbar wurde das in der Streikbewegung. Von August bis Dezember 1914 gab es 68 Streiks, 1915 waren es mehr als 1000 und 1916 über 1500. Die Zahl der Streikenden stieg dementsprechend im gleichen Zeitraum von 34.000 über 540.000 auf mehr als eine Million. Von Jahr zu Jahr erhöhte sich der Anteil der politischen Streiks, doch nahmen auch

die Arbeitsniederlegungen gegen Teuerung und Versorgungsschwierigkeiten sowie solche zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen sehr häufig politische Färbung an. Die Zarenregierung griff zu Unterdrückungsmaßnahmen, die besonders 1915 häufig und brutal angewandt wurden. In Kostroma und Iwanowo-Wosnessensk schossen Polizisten und Soldaten auf Streikende.

An der Spitze des Streikkampfes standen die Petrograder Arbeiter. In den Putilow-Werken, dem größten Rüstungsbetrieb, richteten sich 1916 die Arbeitsniederlegungen bereits ausdrücklich gegen die Fortsetzung des Krieges. Während der Streiks fanden auch schon Demonstrationen mit roten Fahnen und dem Absingen revolutionärer Lieder statt. Ende November 1916, als die Mehrheit der Duma die Zarenregierung heftig attackierte, erschien beim Duma-Präsidenten Rodzjanko eine von 10.000 Putilow-Arbeitern entsandte Delegation, um ihm für den Kampf gegen das Regime bewaffnete Unterstützung in Aussicht zu stellen. Die Belegschaften anderer Betriebe gaben ähnliche Erklärungen ab. Im Jänner 1917 gedachten 100.000 Petrograder Arbeiter und Arbeiterinnen der Opfer des Blutsonntags von 1905. Im Wyborger Bezirk fanden gemeinsame Demonstrationen von Arbeitern und Soldaten unter der Losung „Nieder mit dem Krieg!“ statt. Auch von der Front trafen Nachrichten über defätistische Stimmungen unter den soldatischen Bauernsöhnen ein. Es kamen bereits Fälle vor, dass ganze Regimenter sich weigerten, Sturmangriffe zu unternehmen. Die Zahl der Deserteure und Selbstverstümmelter nahm zu. Wofür auch kämpften, hieß es,

wenn uns diese Regierung doch nie Land geben wird.

Krisensymptome des Regimes

Währenddessen wurde die Fäulnis des zaristischen Systems immer offenkundiger. Eines der Anzeichen dafür war die groteske Laufbahn des „Wunderheilers“ und „Hellsehers“ Rasputin, der es verstand, die (aus deutschem Adelsgeschlecht stammende) Zarin und über sie auch Nikolaus II. unter seinen Einfluss zu bringen. Von Rasputin, um den sich Abenteurer und zwielichtige Gestalten scharten, hingen Berufungen auf wichtige Posten ab, ihm verdankten viele Minister ihre Karriere. Der Verfall des zaristischen Staatsapparats äußerte sich auch im ständigen Ministerwechsel: Innerhalb von zwei Kriegsjahren wurde der Ministerpräsident viermal, der Innenminister sechsmal und der Außenminister dreimal abgelöst. Die letzten Ministerpräsidenten des Jahres 1916, Stürmer, Trepow und Golizyn, zeichneten sich überdies durch skandalöse Ignoranz und Unfähigkeit aus.

Die russische Bourgeoisie gewann immer mehr die Überzeugung, dass die zaristische Regierung weder den Krieg siegreich beenden noch die ständig wachsende revolutionäre Bewegung aufhalten könne. Die Oktobristen, Kadetten und andere bürgerliche Parteien schlossen sich in der Duma zum „Progressiven Block“ zusammen, dessen Programm die Verhütung der Revolution, die Erhaltung der Monarchie, die Teilung der Macht zwischen Gutsbesitzerklasse und Bourgeoisie und die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg vorsah. Ebenso traten Teile des Adels in Opposition, hauptsächlich aus dem Grund, die als deutschfreundlich geltende Clique um Rasputin zu beseitigen. Die Tatsache, dass nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Gutsbesitzer von der Selbstherrschaft abrückten, zeugte von der tiefen Krise innerhalb der Oberschichten und vom nahenden Zusammenbruch des zaristischen Systems.

Der Klüngel um Nikolaus II. wollte die Revolution und die bürgerliche Opposition nach einem eigenen Plan bekämpfen. Dieser sah neue Repressalien gegen die Arbeiterbewegung und ein verschärftes Vorgehen gegen die Antikriegsaktionen der Massen, die Verstärkung des Militär- und Polizeiapparats mit einer Erweiterung seiner Funktionen auch auf wirtschaftlichem Gebiet und die Auflösung bürgerlicher Organisationen sowie der Reichsduma vor. Das wiederum überzeugte Kreise der Großbourgeoisie davon, dass eine „friedliche“ Verständ-

igung mit Nikolaus II. zum Ding der Unmöglichkeit geworden war. Sie wollten den minderjährigen Kronprinzen Alexej auf den Thron setzen und dem Großfürsten Michail Alexandrowitsch, einen Bruder Nikolaus II., die Regentschaft übertragen. Die Führer der Bourgeoisie nahmen Verhandlungen mit einer Gruppe von Generälen auf, die die Verschwörung mit ihren Truppen unterstützen sollten. Zu einem entschlossenen Vorgehen wurde die russische Bourgeoisie auch von den englischen und französischen Imperialisten gedrängt, die befürchteten, ihren Verbündeten durch einen deutsch-russischen Separatfrieden zu verlieren. Die diplomatischen Vertreter der Ententemächte in Petrograd beteiligten sich sogar unmittelbar an der Vorbereitung der geplanten Palastrevolte.

Die extrem rechten Kreise wurden ebenfalls aktiv. Ende 1916 ermordeten Fürst Jussupow und andere Adelige Rasputin bei einem Trinkgelage in der Hoffnung, dass der Zar „sich besinnen“ werde. Die Mörder müssen unter mächtigem Schutz gestanden haben; sie gingen straflos aus und wurden mit Gratulationen überschüttet.

Auf die Beseitigung Rasputins reagierte Nikolaus II. unter dem Einfluss seiner Gattin Alexandra Fjodorowna mit einer noch entschiedeneren Schwenkung nach rechts. Im Oberhaus der Duma mussten die Mitglieder des „Progressiven Blocks“ ihre Sitze Vertretern der extrem reaktionären Richtung überlassen. Es war die von den Volksmassen als Triebkraft getragene Februarrevolution 1917, die dann sowohl die bürgerlich-gutsbesitzerliche Verschwörung als auch den vom Zarismus vorbereiteten Staatsstreich verhinderte.

13 dramatische Tage

Am 18. Februar (3. März) 1917 – wir verwenden künftig die Daten nach dem gregorianischen Kalender – brach in den Putilow-Werken ein erneuter Streik gegen den Brotmangel und die Teuerung aus. Die militärische Leitung ließ den Betrieb schließen und verfügte die Ausspernung von 30.000 Belegschaftsmitgliedern. Lawinenartig dehnten sich daraufhin Solidaritätsstreiks auf andere Petrograder Betriebe aus. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, gingen die Arbeiterinnen aus Protest gegen Hunger und Krieg auf die Straße. An der Demonstration beteiligten sich 90.000 Menschen und es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Am folgenden Tag, dem 9. März, hatte sich die Zahl der Streikenden be-

reits mehr als verdoppelt, auf 200.000. Am 10. März wuchs die Bewegung in den allgemeinen politischen Streik hinüber unter den Losungen „Nieder mit dem Zaren!“, „Nieder mit dem Krieg!“, „Brot!“ 250.000 Menschen strömten mit roten Fahnen in das Stadtzentrum. Es begannen erbitterte Handgemenge mit der Polizei, der die Soldaten nur widerwillig halfen. Sogar die Kosaken, die als die zuverlässigsten Helfer des zaristischen Regimes galten, wurden schwankend. Sie machten am 10. März da und dort schon von ihren Säbeln Gebrauch, um der Polizei Verhaftete zu entreißen. Solche Erscheinungen mehrten sich.

Am Abend des 10. März erteilte der Zar aus seinem Hauptquartier in Mogilew dem Kommandierenden des Petrograder Militärbezirks, General Chabalow, telegrafisch den Befehl, „mit der Unordnung Schluss zu machen“ und auf die Demonstranten zu schießen. Chabalow ließ auf Dächern Maschinengewehre in Stellung bringen und alle Brücken militärisch besetzen, um das Stadtzentrum von den proletarischen Bezirken zu trennen.

Am 11. März, einem Sonntag, entbrannte in Petrograd eine richtiggehende Schlacht. Trotz der Absperrungen tauchten überall große Menschenmengen auf. Dem Befehl, Feuer zu geben, gehorchte die Truppe auf dem Newski-Prospekt, wo 60 Demonstranten getötet wurden. An anderen Orten hingegen schossen Soldaten bereits auf die Polizei. Wo Gewehre in Anschlag gebracht wurden, klammerten sich oft Frauen daran und baten, nicht auf das Volk zu schießen. Soldaten flehten die Menge an, auseinanderzugehen, damit sie nicht gezwungen sein würden, sich mit Blut zu beflecken. Der Kampf erreichte seinen Höhepunkt und die Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg stand unmittelbar bevor.

Sie fiel, als am Morgen des 12. März eine Kompanie des Wolhynischen Garderegiments zu meutern begann. Sie setzte ihren seit langem verhassten Kommandanten ab und erschoss ihn, als er über den Kasernenhof flüchtete. Wenige Minuten später ging das ganze Regiment auf die Seite der Revolution über. Die Preobraschenski- und Litowski-Garderegimenter folgten diesem Beispiel sofort.

Die Soldaten der drei Elitetruppen marschierten zum Wyborger Stadtbezirk, dem Zentrum der sich entfaltenden Revolution, verbrüderten sich unter unbeschreiblichem Jubel mit den Arbeitern, besetzten das Arsenal, die Lagerräume der Patronenfabrik, das Depot der Artillerie und sämtliche Bahnhöfe. Gewehre

und Munition wurden Arbeitern ausgehändigt, die gemeinsam mit den Soldaten auf beschlagnahmten und mit roten Fahnen geschmückten Lastautos und Panzerwagen durch die Straßen fuhren. Die Arbeiter und Soldaten öffneten die Gefängnistore, befreiten die politischen Gefangenen, verhafteten Polizisten, zaristische Würdenträger und Generäle, entwaffneten Offiziere, entfernten die Embleme der zaristischen Selbstherrschaft und zerstörten Polizeireviere.

Die Vereinigung der proletarischen Bewegung mit dem Soldatenaufstand veränderte das Kräfteverhältnis grundlegend. Am 12. März gingen 60.000 Soldaten der Petrograder Garnison auf die Seite der Revolution über, am 13. März waren es bereits mehr als 120.000 und am 14. März schließlich 170.000. Die Hauptstadt Russlands befand sich vollständig in den Händen der Arbeiter und Soldaten, auf den Gebäuden wehten rote Fahnen. Das Schicksal der Zarenmonarchie war besiegelt.

Der Schlussakt

Noch aber klammerte sich der Zarismus an seine Herrschaft und leistete hartnäckigen Widerstand. Im Hauptquartier ließ Nikolaus II. über Petrograd den Ausnahmezustand verhängen und ernannte den General Iwanow zum Militärdiktator mit dem Befehl, zuverlässige Truppen von der Front abzuziehen, um die „Unruhen zu unterdrücken“. An der „Wiederherstellung der Ordnung“ und daran, der Revolution Zügel anzulegen, ja sogar an der Erhaltung der monarchischen Staatsform, war die russische Bourgeoisie durchaus interessiert. Sie plante sogar, den Bruder des Zaren, den Großfürsten Michail, als Regenten einzusetzen. Dem machte jedoch die Ausdehnung der revolutionären Bewegung auf Moskau am 13. März, wo der Aufstand einen ähnlichen Verlauf wie in Petrograd nahm, auf Städte wie Nishni Nowgorod, Charkow, Odessa und auf die Matrosen der Baltischen Flotte in Kronstadt, Reval (Tallinn) und Helsingfors (Helsinki) einen Strich durch die Rechnung.

Als der Zar in der Nacht vom 14. auf den 15. März zur Beschwichtigung ein Manifest unterzeichnete, das die Berufung eines dem Parlament verantwortlichen Ministerkabinetts verhiess, antwortete ihm der Duma-Präsident Rodzjanko (ein Oktobrist), dass dieses Zugeständnis viel zu spät käme; erforderlich sei nunmehr die Abdankung des Zaren. Die bürgerlichen Duma-Abgeordneten bildeten ein Komitee, das die Bildung ei-

ner neuen Regierung vorbereiten sollte. Ihm gehörten unter anderem Rodzjanko, der Kadettenführer Miljutin, der Oktobrist Gutschkow, aber auch der Menschewik Tschcheidse und der Trudowik Kerenski als „linke“ Aushängeschilder an. Der Schachzug war wohlüberlegt. Kerenski (der nach der Februarrevolution zu den Sozialrevolutionären überging) hatte sich als Rechtsanwalt und durch sein Auftreten in politischen Prozessen das Ansehen eines bewährten Vertreters der unteren Klassen erworben. Er war als Redner bei den Arbeitern und Soldaten sehr populär, geizte nicht mit revolutionären Phrasen und theatralischen Gesten eines „Volkstribuns“, was in der ersten Zeit seinen Eindruck auf einen beträchtlichen Teil der Massen nicht verfehlte. Ihm war jetzt die Aufgabe zugeordnet, die Arbeiterschaft zur Anerkennung des kommenden, überwiegend bürgerlichen Ministerkabinetts zu bewegen.

Unter aktiver Mitwirkung Tschcheidses, der Vorsitzender des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats wurde, und Kerenskis entstand so der Mythos von der führenden Rolle des bürgerlichen Duma-Komitees in der Revolution, der es der Bourgeoisie erleichterte, die Staatsmacht zu erringen.

Am 15. März wurde zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und dem Duma-Komitee vereinbart, dass der Zar abgesetzt, eine provisorische Regierung gebildet und die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung in Aussicht genommen werden solle. Am Nachmittag wurde die Liste der neuen Minister bekanntgegeben. Fürst Lwow (Vorsitzender des bürgerlichen Städte- und Semstwoverbandes) wurde Ministerpräsident und Innenminister, Miljukow Außenminister, Gutschkow Kriegs- und Marineminister, Kerenski Justizminister. Seiner bediente man sich, um die moralische Basis des neuen Regimes nach links zu erweitern. Gleichzeitig auch Mitglied des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats, strich Kerenski seine „patriotische Überparteilichkeit“ hervor und erklärte den Sowjetdelegierten, wie wichtig es sei, die bürgerliche Regierung



Feier des 1. Mai 1917 in Petrograd

durch einen „Vertreter der Werktätigen“ kontrollieren zu lassen.

Ein letzter Versuch Miljukows, die monarchische Staatsform beizubehalten, scheiterte. Seine Ankündigung, dass das Volk, sobald die „Gefahr der Anarchie“ vorüber sei, eine Konstituante werde wählen können, der allein die endgültige Entscheidung über die Staatsform zustehe, rief in der Bevölkerung Petrograds stürmische Protestkundgebungen mit der Forderung nach Ausrufung der Republik hervor. Am Abend des 15. März unterzeichnete Nikolaus II. seine Abdankungs-urkunde; fortan wurde er mit Frau und Kindern im Schloss Zarskoje Selo interniert und scharf bewacht. Als auch Großfürst Michail am 16. März auf ein von Kerenski und Lwow formuliertes Verzichtsmantest seine Unterschrift setzte, war der Zarismus gestürzt. Russland nahm die Form einer bürgerlich-demokratischen Republik an. Schon wenige Tage darauf wurde die neue Regierung von den USA, Frankreich, England, Italien, Belgien und anderen Staaten anerkannt.

Die Sowjets

Nicht durch Kapitalisten und Grundbesitzer, sondern durch Arbeiter und Soldaten ist der Zarismus beseitigt worden. Die Revolution siegte, weil die Soldaten sich schlussendlich weigerten, auf die Demonstranten zu schießen und weil – anders als in Österreich die Sozialdemokratie während des Jännerstreiks 1918 – keine Kraft vorhanden war, die sie zu be-

schwichtigen und mit allerlei Versprechungen und Vertröstungen von der Straße in die Betriebe zurückzuleiten verstand. Die Massenaktionen erfolgten führungslos, spontan und selbstinitiativ. Letzteres Phänomen fand in der Bildung von Sowjets Ausdruck.

Am Abend des 12. März 1917 trat im Sitzungssaal der Duma im Taurischen Palais der erste Arbeiter- und Soldaten-sowjet zusammen. Die Wahl der Delegierten war binnen kurzer Frist in allgemeinen Versammlungen der Arbeiter in den Betrieben und der Soldaten in den Truppenteilen vor sich gegangen. Jede Kompanie bestellte einen Deputierten, die Belegschaften der Fabriken je einen auf 1000 Arbeiter, doch hatten auch Betriebe mit weniger als 1000 Arbeitern Anspruch auf mindestens einen Sitz. Der so geschaffene Petrograder Sowjet bestand aus mehr als 1000 Mitgliedern. Weitere Sowjets konstituierten sich am 13. März in Moskau und noch ca. 400 in den Tagen danach in den Gouvernements-, Bezirks- und Industriezentren. In der Regel waren es gemeinsame Gremien der Arbeiter und Soldaten, die das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft verkörperten.

Gestützt auf die Massen begannen die Sowjets sofort als Organe der Volksmacht zu handeln. Sie erklärten die Anordnungen und Befehle der ehemaligen zaristischen Beamten für ungültig, führten die Entwaffnung und Verhaftung von Polizisten und Gendarmen durch, regelten den Lohn der Arbeiter, führten eigenmächtig den Achtstundentag ein, leiteten die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und entschieden andere ökonomische Fragen.

Von besonderer Bedeutung für die Soldaten war der am 14. März verkündete „Befehl Nr. 1“ des Petrograder Sowjets. Er verlieh den in der Armee spontan entstandenen Soldatenkomitees Gesetzeskraft, ordnete an, dass ab sofort in allen Truppeneinheiten aus der Mannschaft Soldatenräte zu wählen seien und dass die Truppenteile in allen politischen Handlungen dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten unterstellt sind. Anordnungen der militärischen Kommission der Staatsduma sollten nur dann befolgt werden, wenn sie den Befehlen und Beschlüssen der Sowjets nicht widersprachen. Den Offizieren wurde die Verfügung über die Waffen entzogen und das Waffenkontrollrecht den Kompanie- und Bataillonskomitees übertragen. Weiters stattete der Befehl Nr. 1 die Soldaten mit den Bürgerrechten aus,

stellte ihre Gleichberechtigung zu den Offizieren außerhalb des Dienstes und der Rangordnung her, verbot grobe Reden und das Duzen gegenüber den Soldaten und schaffte die Titulierung ab. Das vom radikalsten Flügel der Soldatenräte geforderte Recht auf Wählbarkeit des Kommandeursbestandes der Armee wurde hingegen nicht erfüllt. Doch dessen ungeachtet setzten die Soldaten vieler Truppenteile reaktionäre Offiziere ab und wählten Anhänger der Revolution in die Kommandostellen.

Die Mehrheit in den Sowjets stellten die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki. Das erklärte sich durch die Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft während des Krieges, die die soziale Inhomogenität verstärkten. Ein nicht geringer Teil der zur Armee einberufenen Stammarbeiter wurde durch Handwerker, Ladenbesitzer und Angehörige der Dorfbevölkerung ersetzt. An der Revolution beteiligten sich neben den organisierten, bewussten Arbeitern große Massen von Soldaten, die ihrer Herkunft nach zu den Bauern, also Kleineigentümern gehörten. Bis über den Spätsommer 1917 hinaus waren die Bolschewiki weit davon entfernt, in den Sowjets einen maßgebenden Einfluss auszuüben, ja mussten sogar kurzzeitig die von Lenin als einzigem Parteiführer aufgestellte Losung „Alle Macht den Räten!“ zurückstellen. Millionen Menschen, die in der Februarrevolution erstmalig aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnahmen, erkannten noch nicht das wahre Wesen der verschiedenen Klassen und Parteien, begeisterten sich an den erkämpften Freiheiten und vertrauten deshalb Versöhnlerparteien die Leitung der Sowjets an. Schon die Wahl Kerenskis in den Petrograder Sowjet dünkte vielen von ihnen als extrem radikal.

Die menschowistischen und sozialrevolutionären Kräfte in den Sowjets vertraten den Standpunkt, dass nun in Russland die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie auf der Tagesordnung stehe, dass die Bildung der Provisorischen Regierung aus dem bürgerlichen Charakter der Revolution resultiere, dass das Land nicht ohne den Staatsapparat regiert werden könne, dass dieser vom Zarismus hinterlassene Apparat sich nur der Bourgeoisie unterordnen werde und dass jeder Versuch, die bürgerliche Etappe zu überspringen, mit einem Fiasko enden müsse.

Dennoch sahen sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki unter dem Druck der Massen veranlasst, Schritte zu setzen, die den Interessen des aufständischen

Volkes entsprachen: Auflösung der Polizei und der zaristischen Gerichte, Bildung von Arbeitermilizen, Anordnung von Wahlen zu Volksgerichten, Verbot monarchistisch-reaktionärer Zeitungen, Beschlagnahmungen der Vorräte an Mehl und Lebensmitteln, um sie an die Bevölkerung zu verteilen. Auf diese Weise kristallisierte sich die merkwürdigste Erscheinung der Februarrevolution heraus.

Die Doppelherrschaft

Fünf Monate lang, von März bis Juli 1917, war die Lage in Russland durch eine historisch ganz neuartige und ihrem Wesen nach äußerst widersprüchliche Konstellation gekennzeichnet, durch die Verflechtung zweier Gewalten. Mit- und nebeneinander existierten die Macht der Bourgeoisie in Form der Provisorischen Regierung und die Macht des Volkes in Gestalt der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Sich auf ihre bewaffnete Kraft stützend hätten die Sowjets schon im März 1917 die Möglichkeit gehabt, die gesamte Macht im Lande in ihre Hände zu nehmen. Sie taten es nicht, weil die menschowistisch-sozialrevolutionäre Mehrheit in den Sowjets die Meinung vertrat, dass Russland für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei.

Am 15. März 1917 schloss (wie schon erwähnt) die Leitung des Petrograder Sowjets mit dem Dumakomitee eine Übereinkunft über die Bildung der Provisorischen Regierung, die sich, ausgenommen Kerenski, aus Repräsentanten der Kadetten und Oktobristen zusammensetzte. Für die Handlungen dieser Regierung bedang sich der Sowjet das „Kontrollrecht“ aus und das Recht, deren Verfügungen nötigenfalls für kraftlos zu erklären. Er übte gleichsam das Veto-recht in der Art der antiken römischen Volkstribunen aus. Der Unterschied zu dieser schon einmal dagewesenen Form des Einspruchsrechts war indes himmelweit und bestand darin, dass die russische Bourgeoisie im März 1917 nicht im entferntesten daran denken konnte, eine Regierung ohne die Sanktion des Petrograder Sowjets bilden zu können. Sie verfügte über keine realen Kräfte zur Niederschlagung der Volksbewegung und hielt sich nur dank des Abkommens mit dem Sowjet an der Macht. Anders als die sozialrevolutionär-menschowistische Führung war die Basis, waren die Matrosen der Kriegsflotte, die Soldaten in den Kasernen, die Arbeiter in den Fabriken, die Eisenbahner in den Reparatur- und Stellwerken, die Setzer in den Druckerei-

en von tiefstem Misstrauen gegen die Provisorische Regierung erfüllt und bereit, deren Weisungen auf einen Wink des Sowjets und seines Exekutivkomitees zu durchkreuzen. Daraus ergab sich im März 1917 sogar die Möglichkeit des Sieges der sozialistischen Revolution auf friedlichem Weg. Die bürgerliche Regierung hätte den Sowjets keinen Widerstand entgegensetzen können, wenn diese die Sowjetmacht ausgerufen hätten.

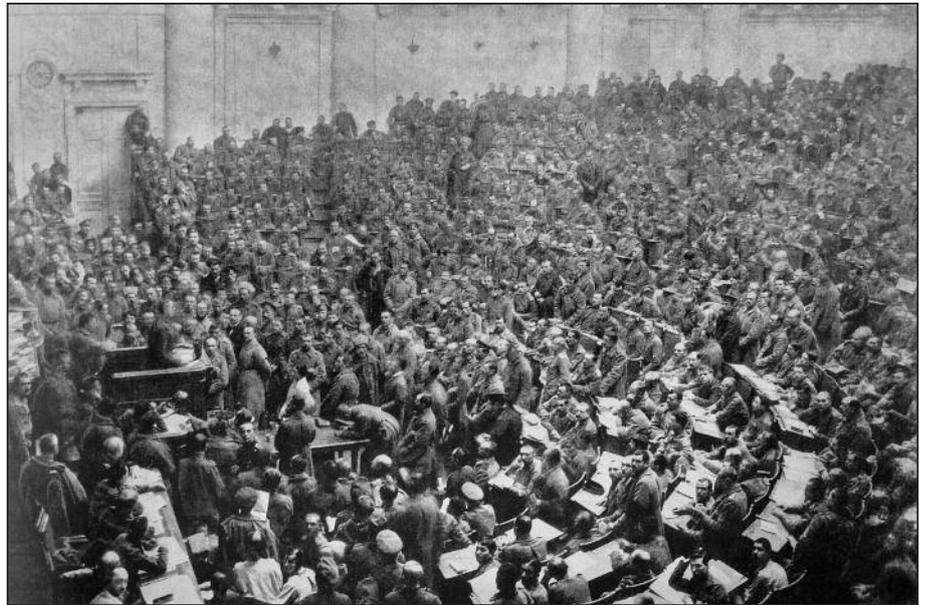
Es entstand also eine Situation, die die Bourgeoisie als unerträglich empfinden musste. Sie bemühte sich deshalb, den alten Staatsapparat zu erhalten. Nur in besonders krassen Fällen durch Vetos der Sowjets gehindert, gelang es ihr, dass der Staatsrat, die Reichsduma, der Senat, die Beamtenschaft in den Ministerien und die verschiedenen Komitees mit Verwaltungsaufgaben aus der Zarenzeit fast unangetastet bestehen blieben.

Besondere Hoffnung setzte man auf zaristische Generäle und Offiziere. Die Provisorische Regierung ernannte General Alexejew, der unter dem Zaren den Posten des Stabschefs bekleidet hatte, zum Obersten Befehlshaber und den monarchistischen General Kornilow zum Kommandanten des Petrograder Militärbezirks. Weil beide ihre konterrevolutionäre Gesinnung vorerst nicht hervorkehrten und den Wortlaut eines neuen Fahneneides vorlegten, den der Sowjet akzeptieren konnte, wurde gegen ihre Bestellung kein Veto eingelegt. Es war jedoch der Provisorischen Regierung nicht mehr möglich, den Soldaten die erkämpften Rechte zu nehmen und in der Armee wieder die Zustände der Zeit vor der Revolution herzustellen.

Um auch auf lokaler Ebene gegenüber den Sowjets reüssieren zu können, wurden als Stütze der Bourgeoisie und der Grundbesitzer in den Provinzen anstelle der Gouverneure Kommissare der Provisorischen Regierung eingesetzt, zumeist Parteigänger der Kadetten.

Und in der Erkenntnis, dass man die bürgerlichen Machtpositionen nur mit Waffengewalt behaupten konnte, ging man auch an die Aufstellung einer „Volksmiliz“, in die nur Kaufmannsöhne, Studenten und Gymnasiasten aus bürgerlichen Familien und ehemalige Polizisten aufgenommen wurden.

Die Staatsgewalt, die sich nach der Abdankung des letzten Zaren in Russland herausbildete, war somit dualistisch gegliedert. Es gab zwei Träger der Macht. Die Sowjets regierten nicht selbst, waren aber in der Lage, den Wirkungskreis ihres bürgerlichen Gegenpols einzu-



Erster Zusammentritt des Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjets im Sitzungssaal der Duma im Taurischen Palais am 12. März 1917.

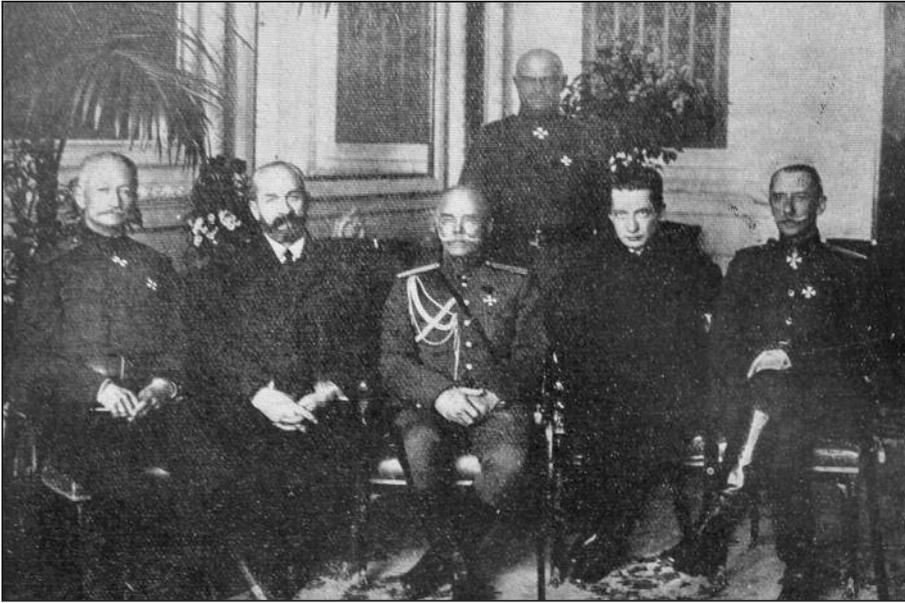
schränken. Die Doppelherrschaft widerspiegelte ein Interim in der Entwicklung der Revolution, in dem diese zwar über die „normale“ bürgerlich-demokratische Umwälzung schon hinausgegangen, aber noch nicht zur alleinigen Herrschaft des Proletariats und der Bauernschaft gelang war. Sie enthielt unüberbrückbare Widersprüche und konnte deshalb nicht lange dauern. Im Juli 1917 ging sie zu Ende, als das Zentrale Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und das Exekutivkomitee des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten, beide nach wie vor dominiert von den Sozialrevolutionären und Menschewiki, erklärten, dass sie die unbegrenzte Vollmacht der Provisorischen Regierung anerkennen. Die gesamte Macht ging an die Bourgeoisie über. Diesen Zustand zu beenden war jetzt nur noch auf dem Weg eines bewaffneten Aufstands der werktätigen Massen möglich, und wenn es den Bolschewiki als der einzig konsequent revolutionären Partei gelang, in den Sowjets die Mehrheit zu erobern, dann war auch das Schicksal des bürgerlichen Regimes besiegelt.

Herstellung der bürgerlichen Demokratie

Eine Regierung, die durch Revolution an die Macht kommt, übernimmt von jenen Bevölkerungsschichten, die den Umsturz bewerkstelligt haben, ein bestimmtes Mandat. Sie muss sich verpflichten, einen neuen Kurs einzuschlagen, den Aufbau einer neuen Ordnung in Angriff zu nehmen, mit dem Ziel, jene Hoffnungen zu verwirklichen, von denen die Erhebung des Volkes getragen war.

Die Provisorische Regierung setzte daher auf politischem Gebiet Maßnahmen, die den Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie entsprachen und – nach den Worten Lenins – Russland mit einem Schlag zum „freiesten Land der Welt“ machten. Rechte wie die Versammlungs-, Demonstrations-, Rede- und Pressefreiheit wurden verwirklicht. Überall schossen politische Organisationen, Zeitungen, Gewerkschaftsverbände, Kultur- und Bildungsvereine, Arbeitergenossenschaften usw. wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden. Die Verkündung einer politischen Amnestie gab verfolgten Revolutionären die Möglichkeit, aus den Gefängnissen und sibirischen Verbannungsorten an die Brennpunkte der Klassenausinandersetzungen zurückzukehren. Dazu gehörten von den Bolschewiki Swerdlow, Stalin, Kamenew, Dzierżyński, Ordshonikidse, Petrowski und andere. Emigranten wie Lenin, Trotzki, Sinowjew, Martow und Bucharin konnten ebenfalls nach Russland wieder einreisen. Den Bolschewiki wurde von den ersten Tagen ihrer nun legalen Tätigkeit an gestattet, ihre Zeitungen wieder herauszugeben und neue Presseorgane zu gründen. Als erstes Blatt erschien am 18. März die *Prawda* in Petrograd. Bis Juli 1917 gelang es, die Veröffentlichung von nicht weniger als 50 Zeitungen in Gang zu bringen, in Moskau, Kronstadt, Kiew, Baku, Tiflis, Charkow, Nishni Nowgorod usw. Die bolschewistische Presse spielte in der Periode der Doppelherrschaft eine gewichtige Rolle bei der Propagierung des Leninschen Kurses auf die sozialistische Revolution.

Die Versammlungsfreiheit äußerte sich auf den Straßen in unzähligen Kundge-



In der Mitte von links nach rechts: Fürst Lwow, General Alexejew und Kerenski

bungen, Meetings und Demonstrationen. Man berauschte sich an den demokratischen Freiheitsrechten, in deren Genuss das russische Volk nun gelangte, und war stolz darauf, in dieser Hinsicht das kaiserliche Deutschland und das habsburgische Österreich-Ungarn bereits in den Schatten gestellt zu haben.

Das proklamierte Vereinsrecht führte dazu, dass im März/April 1917 an die 130 Gewerkschaften entstanden, die rasch zu Massenorganisationen der Metall- und Textilarbeiter, der Eisenbahner und Drucker wurden. Auf Betriebsebene bildeten sich von den Belegschaften gewählte Betriebskomitees, eine neue, in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung noch nicht dagewesene Klassenkampforganisation, Vorläufer der mittel- und westeuropäischen Betriebsräte. Sie nahmen auf innerbetriebliche Fragen wie Arbeitsordnung, Arbeitspausen, Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften Einfluss, schränkten die Allmacht der Fabrikherren ein und übernahmen oft auch die Kontrolle über die Verteilung der Roh- und Brennstoffe sowie der Nahrungsmittel.

Zu den bemerkenswertesten Ergebnissen der Revolution zählte das Abkommen vom 23. März 1917 zwischen dem Petrograder Sowjet und dem Petrograder Unternehmerverband über die Einführung des Achtstundentages in den Betrieben der Hauptstadt. Moskau und weitere Industriezentren folgten dem Beispiel in den Tagen danach. Unter dem Druck der Arbeiterschaft dazu gezwungen, suchten die Kapitalisten diese Regelung nach Kräften zu sabotieren, unter anderem durch Nötigung der ArbeiterInnen zur Leistung „freiwilliger“ Über-

stunden im Sinne „patriotischer Pflichterfüllung“ gegenüber der neuen demokratischen Ordnung. Dennoch kam es im März/April 1917 in den meisten Betrieben Russlands zur Durchsetzung des Achtstundentages, ohne dass er allerdings von der Regierung legislativ verankert worden wäre.

In der Massenwirksamkeit nicht zu unterschätzen waren schließlich auch Schritte, die die Provisorische Regierung in anderen Bereichen setzte. Am 17. März wurde die vom Zarismus in mehreren Punkten missachtete Verfassung Finnlands wiederhergestellt und gegen zaristische Beamte, die dort ungesetzliche Handlungen begangen hatten, ein Strafverfahren eröffnet. Am 20. März erließ man den offiziellen Haftbefehl gegen Nikolaus II. und seine Familie; die Kronüter und Apanagen der Romanows wurden verstaatlicht. Am 25. März dekretierte man die Abschaffung der Todesstrafe, und am 2. April erfolgte die Proklamation der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse.

Diese freiheitlichen Fanfarenstöße der jungen Demokratie wurden jedoch durch ureigenste Klasseninteressen der russischen Bourgeoisie und Gutsbesitzer konterkariert, die es unmöglich machten, die erwünschte Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft herbeizuführen.

Republikanisches Russland und Krieg

Die imperialistischen Motive, unter deren Einfluss Russland sich als Bündnispartner der Entente zur Teilnahme am Krieg 1914 entschlossen hatte, waren nicht aus dem Wesen des zaristischen Regimes hervorgegangen und konnten

infolgedessen mit der Beseitigung dieser Staatsform auch nicht verschwinden. Dieselben Interessen, die Russland in den Krieg gestürzt hatten, erheischten jetzt die konsequente Weiterführung des Krieges. In einer ihrer ersten Erklärungen versicherte die Provisorische Regierung den verbündeten Mächten, sie werde alle sich aus den Militärabkommen der zaristischen Regierung ergebenden Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen und bekräftigte in einem Aufruf an die russische Bevölkerung, dass sie alles daransetzen werde, den Krieg „bis zum siegreichen Ende“ weiterzuführen. Dabei bemäntelte die Bourgeoisie ihren Kurs auf Fortsetzung des Krieges mit Phrasen von der Notwendigkeit, die Errungenschaften der Februarrevolution zu verteidigen. Auf patriotische Gefühle spekulierend forderte sie die Arbeiter und Bauern auf, die Klassengegensätze zu vergessen und sich schützend vor das Vaterland zu stellen. Nur das Zerschmettern der äußeren Feinde, so versicherte sie, würde das Gedeihen eines „neuen, freien Russland“ gewährleisten.

An der weiteren Teilnahme Russlands am Krieg waren selbstverständlich auch die Ententemächte interessiert, die überdies wussten, dass die russische Großbourgeoisie finanziell viel zu stark an sie gebunden war, um einen schroffen Bündnisbruch ins Auge fassen zu können. Russland sollte den Alliierten militärisch weiterhin von Nutzen sein, zum mindesten dadurch, dass es deutsche Truppen an der Ostfront festhielt. War der Krieg einmal zu Ende, so sollte Russland, erschöpft und hilfsbedürftig, als Investitionsfeld für das expansionsstüchtige Kapital der siegreichen Westmächte dienen.

Die Politik der Kriegsfortsetzung konnte die Provisorische Regierung nur mit Hilfe der Sozialrevolutionäre und Menschewiki in den Sowjets betreiben. Sie waren es, die die Arbeiter, Soldaten und Bauern davon zu überzeugen suchten, dass sich der Charakter des Krieges mit dem Sieg der Februarrevolution verändert habe, dass er kein imperialistischer Krieg mehr sei. Auf diese Weise wurde die zugkräftige Losung von der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ aufs Tapet gebracht, die sich beide Organe der Doppelherrschaft zu Eigen machten. Zur propagandistischen Ergänzung und Präzisierung erhob der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat am 27. März in einem „Aufruf an die Völker der Welt“ die Forderung nach einem schleunigen Abschluss eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf

der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker. Außenminister Miljukow machte das in einer Note an die Ententemächte mit der Interpretation schmackhaft, dass der Aufruf ebenso Ausdruck des Willens des gesamten russischen Volkes sei, den Krieg „bis zum entscheidenden Sieg fortzusetzen“.

Die Parole von der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ verfehlte ihre Wirkung nicht, weil sie dem ehrlichen Wunsch der Massen nach Schutz der Heimat scheinbar entgegenkam und sehr viele Menschen noch nicht in der Lage waren, die Interessen des Landes von denen der Bourgeoisie zu unterscheiden. Nur so ist verständlich, warum es der Provisorischen Regierung im Juni 1917 gelang, die Soldaten noch einmal zu einer großen Angriffsoperation, der „Kerenski-Offensive“, zu motivieren. Erst ihr Scheitern sollte das Blatt wenden und die Antikriegsstimmungen erneut verstärken.

Der Kurs der russischen Bourgeoisie auf Fortsetzung des Krieges war neben der ungelösten Agrarfrage einer der entscheidenden Gründe für das ab September 1917 rasant verlaufende Anwachsen des Einflusses der Bolschewiki auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernmassen und damit für den Sieg der Oktoberrevolution.

Republikanische Regierung und Bauern

Jedem in Russland, schon gar nicht der Provisorischen Regierung, konnte 1917 verborgen bleiben, dass es für die Bauern kein dringlicheres Problem gab als das einer für den Lebensunterhalt genügenden Bodenzuteilung. Die Minister im Kabinett Lwow, Leute wie Gutschkow und Miljukow, wussten, dass die Bauern den Gutsbesitzern jährlich Pachtzinsen in der Höhe von etwa 400 Millionen Rubel zu entrichten hatten, dass der Gedanke einer gewaltsamen Aufteilung des Großgrundbesitzes förmlich in der Luft lag und dass im Bauernstand, namentlich in der Dorfarmut, eine unheimliche Explosivkraft latent vorhanden war. Dennoch tat die Regierung wenig bis nichts, um der Landbevölkerung die Gewissheit einzuflößen, dass das neue Regime sich ihrer vitalen Interessen ernsthaft annehmen werde.

Von einem Kabinett, das die Anliegen der Gutsbesitzer und Kapitalisten vertrat, war eine andere, weniger kurzfristige Haltung freilich auch kaum zu erwarten. Eine Expropriation des großen Grundeigentums zugunsten der Bauern hätte nicht nur die Gutsbesitzer getroffen, sondern auch die Banken, die ihnen insgesamt an die 3,7 Milliarden Rubel hypothe-

karisch geliehen hatten. Über die Hälfte der Gutsbesitzerländereien war den Banken verpfändet. Ihre Konfiskation und Übergabe an die Bauern wäre gleichbedeutend mit einer Konfiskation beträchtlicher Kapitalien der Bourgeoisie gewesen.

Zum Zweck der Beschwichtigung erklärten die Kadetten, dass sie die teilweise Enteignung der gutsherrlichen Ländereien zugunsten der Bauern gegen eine Entschädigung „als im Prinzip möglich“ anerkennen. Gemeint war damit allerdings der Loskauf auf Rechnung des Staates, was in Wirklichkeit auf Kosten des Volkes hieß. Eine Realisierung des kadettischen Agrarprogramms hätte den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie große Profite eingebracht. Aufgrund der Loskaufurkunden, welche die Gutsbesitzer für die ihnen weggenommenen Ländereien erhalten sollten, wären ihnen jährlich gewaltige Summen an Zinsen zugeflossen, die zum Teil vom Staat und zum Teil von den Bauern als Bodensteuer aufgebracht werden sollten. Nach Berechnungen wäre diese Steuer nicht geringer gewesen als der Pachtzins für den gleichen Boden. Bodensteuer statt Pachtzins – das war alles, was das kadettische Programm den Bauern verhieß. Dafür gewährleistete es den Gutsbesitzern sichere Einkünfte.

Ganz unbeachtet konnte man indes die Forderungen der Bauernbewegung nicht lassen. Während Ministerpräsident Lwow den Gouvernementskommissaren der Provisorischen Regierung den Befehl erteilte, die in mehreren Bezirken des Landes ausgebrochenen Bauernunruhen gewaltsam („bis zur Anforderung von Militär“) niederzuwerfen, versuchte man gleichzeitig, die Bauern mit kleinen Zugeständnissen zu beschwichtigen. Durch Dekret wurde der Landbesitz der Zarenfamilie konfisziert und die Schaffung von „Bodenkomitees“ zur Vorbereitung einer späteren Agrarreform verkündet. Den Bodenkomitees oblag primär die Schlichtung von Streitigkeiten und „Missverständnissen“ zwischen Bauern und Gutsbesitzern „innerhalb der Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen“, im Klartext solcher aus der Zarenzeit vor der Revolution. Weil die Volksmassen forderten, das Getreide bei denen zu beschlagnahmen, die sich an der Hungersituation bereicherten, musste die Regierung Anfang April 1917 ein Gesetz erlassen, das vorschrieb, dass überschüssiges Getreide über eine bestimmte Norm hinaus zu festen Preisen an den Staat abzuliefern sei. Das staatliche Getreidemonopol blieb jedoch ein Stück Papier. Es wurde vom Be-

amtenapparat sabotiert, um den Gutsbesitzern keinen Schaden zuzufügen.

Auf dem flachen Land kam mittlerweile – langsamer und zögernder als bei den Arbeitern und Soldaten, aber doch – die Bildung von Bauernsowjets in Gang. Auf Versammlungen wurden in Amtsbezirken und Dörfern Sowjets gewählt, die Vertreter in die Bezirks- und Gouvernementssowjets entsandten und schließlich in einen gesamtrussischen Sowjet der Bauerndeputierten. Er trat erstmals als Kongress vom 19. Mai bis 10. Juni 1917 in Petrograd zusammen. Die Mehrheit der 1115 Delegierten waren besser gestellte Bauern, die Dorfarmut war kaum präsent. Dementsprechend groß war die Dominanz der Kongressteilnehmer, die sich zu den Sozialrevolutionären bekannten. Beschlossen wurde, dass die Bauernsowjets die örtlichen Organe der Provisorischen Regierung lediglich „kontrollieren“ und die Landbevölkerung über die Agrarfrage „aufklären“ sollten. Der Losung der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ wurde zugestimmt, ebenso der Erklärung der Provisorischen Regierung, die Inangriffnahme des Bodenproblems bis zur Einberufung der konstituierenden Versammlung zu vertagen.

Etwas anders sah es auf lokaler Ebene aus. Die örtlichen Bauernsowjets entwickelten sich im weiteren Verlauf der Revolution und in dem Maße, wie sich die Rolle der Dorfarmut und von Teilen der Mittelbauern verstärkte, allmählich nach links. Der Prozess der Bolschewisierung der Bauernräte vollzog sich jedoch bedeutend langsamer als der Prozess der Bolschewisierung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Der Einfluss der Versöhnlerparteien auf dem Dorf war stärker und dauerhafter als in der Stadt. Erst der Sieg der Oktoberrevolution mit den Dekreten über den Frieden und Boden sollte das Kräfteverhältnis innerhalb der werktätigen Bauernschaft ändern und zu Beschlüssen der Bauernsowjets über die Unterstützung der sozialistischen Sowjetmacht führen.

Letztlich hat also, neben der Fortsetzung des im Volk verhassten Krieges, die Nichtdurchführung der vom Volk verlangten Bodenreform bewirkt, dass sich das bürgerliche Russland der Februarrevolution zwei Schlingen um den eigenen Hals legte, die das Ende seiner Existenz nach nur acht Monaten herbeiführten.

Lenins Rückkehr. Die Aprilthesen

Lenin befand sich in der Schweiz, als die Februarrevolution siegte. Er ent-



Rede Lenins zu den Aprilthesen vor menschowistischen und bolschewistischen Mitgliedern des Petrograder Sowjets am 17. April 1917.

schloss sich sofort, in die Heimat zurückzukehren, um in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Mehrere Wochen musste er sich damit begnügen, an seine russischen Genossen „Briefe aus der Ferne“ zu schreiben, die zum Teil in der *Prawda* veröffentlicht wurden. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten gelang es ihm, sich einen Weg nach Russland zu bahnen. Mit Hilfe des Schweizer Linkssozialisten Fritz Platten bekam er von der deutschen Regierung für sich und weitere 30 EmigrantInnen (u.a. Sinowjew, Martow, Inés Armand, seine Frau Nadeshda Krupskaja) die Erlaubnis, quer durch Deutschland in einem plombierten Zugwaggon nach Schweden zu fahren. Die Gefahr, von den politischen Gegnern deswegen des „Einverständnisses mit dem Feind“ beschuldigt und als „deutscher Agent“ diffamiert zu werden, nahm er in Kauf, weil es eine andere Möglichkeit, nach Russland zu gelangen, für ihn nicht gab.

Am Abend des 16. April 1917 traf Lenin auf dem Finnischen Bahnhof in Petrograd ein, wurde von Tausenden Arbeitern und Arbeiterinnen, Soldaten und Matrosen unter Jubel empfangen und hielt von einem Panzerauto aus eine kurze Rede, die er mit den Worten „Es lebe die sozialistische Weltrevolution!“ schloss. Tags darauf ergriff er auf einer Parteikonferenz der Bolschewiki das Wort zu jenem berühmten Referat, das

unter dem Titel „Aprilthesen“ bzw. „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ in die Geschichte eingegangen ist.

Die Aprilthesen bestanden aus zehn Punkten und enthielten den Plan des Kampfes für das Hinüberwachen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution. Zur Frage des Krieges erklärte Lenin, dass der Krieg auch unter der Provisorischen Regierung ein imperialistischer Krieg bleibe, der im Interesse der Bourgeoisie geführt werde, und stellte die Losung auf: „Keinerlei Zugeständnisse an die so genannte revolutionäre Vaterlandsverteidigung“.

Als Lenin auf das Verhältnis seiner Partei zur bürgerlichen Provisorischen Regierung zu sprechen kam, forderte er nicht zu ihrem sofortigen Sturz auf, weil die menschowistisch-sozialrevolutionären Sowjets sie unterstützten. Er richtete an seine Genossen den Appell, eine Politik des Misstrauens gegenüber der Provisorischen Regierung zu betreiben, beharrlich und geduldig deren volksfeindliche Politik anzuprangern, sie des Vertrauens und der Unterstützung seitens der werktätigen Massen zu berauben, sie auf diese Weise von der Macht zu entfernen und die gesamte Machtfülle in den Händen der Sowjets zu konzentrieren. In dem Zusammenhang formulierte er die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ Die Sowjets seien die einzig

mögliche Form der revolutionären Regierung in Russland, und die Aufgabe der Bolschewiki bestehe – solange ihre Vertreter in den Sowjets in der Minderheit sind – darin, die Politik der sozialrevolutionär-menschewistischen Sowjetführungen tagtäglich zu kritisieren, um im Endergebnis die Mehrheit in den Sowjets zu erobern und ihre Politik zu verändern. Damit begründete Lenin eine Orientierung, die auf die friedliche Entwicklung der Revolution in dieser Periode ausgerichtet war.

Größte theoretische und praktische Bedeutung hatte die in den Aprilthesen dargelegte politische Organisationsform der revolutionären Macht. Gestützt auf die Erfahrungen der Pariser Kommune 1871 und der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 kam Lenin zum Ergebnis, dass eine Republik der Sowjets „im ganzen Land, von unten bis nach oben“ einen prinzipiell neuen, höheren Staatstyp gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen System verkörpere.

In den Aprilthesen wurde auch das Programm der ökonomischen Umgestaltung Russlands formuliert. Es sei notwendig, die Arbeiterkontrolle über die gesamte Produktion und die Verteilung der Produkte einzuführen, alle Banken des Landes zu einer Nationalbank zu verschmelzen und die Kontrolle der Sowjets über sie zu errichten. Auf dem Gebiet der Agrarbeziehungen stellte Lenin Hauptforderungen auf, die den Interessen der werktätigen Bauernschaft entsprachen: Konfiskation der Gutsbesitzereiländereien, Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens, Verfügungsgewalt über den Boden in den Händen der örtlichen Sowjets der Landarbeiter und Bauerndeputierten. Er unterstrich die Wichtigkeit der Schaffung besonderer Landarbeiterräte zur Organisation der Dorfarmut als eines Bündnispartners des Proletariats in der sozialistischen Revolution. Außerdem schlug er vor, Musterwirtschaften auf der Grundlage beschlagnahmter hochentwickelter großer Güter einzurichten.

Am Ende seiner Ausführungen Parteifragen behandelnd, forderte Lenin die Einberufung eines Parteitages, die Überprüfung des Programms, eine Änderung des Namens in „Kommunistische Partei“ und die Gründung einer neuen, III. Kommunistischen Internationale.

Lenins Aprilthesen stießen bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären auf heftigen Widerspruch. Das von ihnen beherrschte Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets beschloss eine Resolu-

tion, die den Lenin'schen Plan rigoros verurteilte. Man warf ihm vor, dass er durch seine zehnjährige Abwesenheit den Kontakt mit dem russischen Volk und das Verständnis für die ihm Russland tatsächlich vorhandenen Verhältnisse verloren habe und sich wie ein Irrsinniger im Fieberwahn verhalte. Auch in der bolschewistischen Partei erhoben sich skeptische Stimmen. Kamenev, Rykow und einige (wenige) andere vertraten den Standpunkt, dass die bürgerlich-demokratische Umwälzung noch nicht beendet und Russland für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei. Sie nahmen die Position einer „bedingten“ Unterstützung der Provisorischen Regierung ein.

Lenin ließ sich davon nicht beeindrucken. Für ihn stand fest, dass seine Thesen eine Massenstimmung vorwegnahmen, die noch nicht da war, aber bald kommen musste. Im Sinne der Aprilthesen entfalteten die Bolschewiki unter der nunmehrigen festen Führung Lenins auf zahlreichen Arbeitermeetings eine intensive Propaganda. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Losungen „Alle Macht den Sowjets!“ und „Nieder mit dem Krieg!“ fanden immer mehr Anklang. Die Mitgliederzahl der Bolschewiki stieg von 24.000 im März auf 100.000 im Mai und auf eine Viertelmillion im Sommer 1917.

Das mit Lenins Ankunft in Petrograd am 16. April 1917 verbundene direkte Eingreifen seiner Person in den Lauf der Entwicklung wog nicht minder schwer als die objektiven Gegebenheiten der in Russland vorhandenen Klassenkonstellation. Als genialer, alle anderen an Denkkraft und Willenskraft überragender Revolutionär war er nicht nur in der Lage zu erkennen, was die Massen wollten, sondern wusste auch, welchen Weg man einschlagen musste, um die Macht der russischen Bourgeoisie und Gutsbesitzer aus den Angeln heben zu können.

Skizze der Entwicklung bis zum Ende der Doppelherrschaft

Nur kurze Zeit nach Lenins Rückkehr geriet die Provisorische Regierung in eine Krise. Ausgelöst wurde sie durch eine Note des Außenministers Miljukow an die Verbündeten, in der in kaum verschleierte Form die Kriegsziele der russischen Bourgeoisie zum Ausdruck kamen (Eroberung Konstantinopels, Annexion Nordpersiens und des türkischen Armeniens). Es erhob sich ein Proteststurm unter den Arbeitern und Soldaten in Petrograd, Moskau, Nishni Nowgorod, Charkow und anderen Städten. Am 3. und 4. Mai 1917 gingen über



Auf die Julidemonstranten wird auf Befehl der Provisorischen Regierung das Feuer eröffnet (17. Juli 1917).

100.000 Menschen mit den Losungen „Nieder mit der Eroberungspolitik!“ und „Die Geheimverträge veröffentlichen!“ auf die Straße. Der Plan Kornilows, des Oberkommandierenden des Petrograder Militärbezirks, Artillerie gegen die Demonstranten einzusetzen, scheiterte, weil sich die Soldaten und Offiziere weigerten, dem Befehl zu gehorchen. Es zeigte sich, dass die bürgerliche Regierung weder eine Stütze in den Massen mehr hatte noch über ausreichende militärische Kräfte verfügte.

Um die Lage zu retten, beschlossen die Führer der Bourgeoisie zu manövrieren. Die beim Volk am meisten verhassten Minister Miljukow und Gutschkow wurden aus der Regierung entfernt, während man deren Autorität durch Aufnahme von Vertretern des Petrograder Sowjets in das Kabinett zu festigen suchte. Am 19. Mai übernahmen nach langwierigen Verhandlungen von den Sozialrevolutionären Kerenski das Kriegs- und Marineressort und Tschernow das Ministerium für Landwirtschaft, von den Menschewiki Skobelew das Arbeitsministerium und Zereteli das Ressort für Post- und Fernmeldewesen.

Die neue Koalitionsregierung, von den Paktiererparteien als „Sieg der revolutionären Demokratie“ und großes Zugeständnis der Bourgeoisie hingestellt, wich von der Politik Gutschkows und Miljukows nur dekorativ, real aber nicht um einen Jota ab. Landwirtschaftsminister Tschernow setzte auf Weisung des Ministerpräsidenten Lwow gehorsam den Kampf gegen die Bauern fort, wo immer

sie sich an gutsherrlichem Eigentum vergriffen, Arbeitsminister Skobelew ließ die Forderungen nach Lohnerhöhungen unerfüllt und entschied Arbeitskonflikte stets zugunsten der Kapitalisten.

Es liegt auf der Hand, dass das der Erbitterung und wachsenden Unzufriedenheit unter den Massen keinen Einhalt gebieten konnte. Bei den Neuwahlen zu den Sowjets im Mai und Juni 1917 eroberten die Bolschewiki in Petrograd bereits rund die Hälfte der Sitze in der Arbeitersektion und etwa ein Viertel in der Soldatensektion. Als der I. Gesamtrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 16. Juni in Petrograd zusammentrat, waren von den 777 Delegierten, die ihre Parteizugehörigkeit angaben, 105 Bolschewiki, 285 Sozialrevolutionäre und 248 Menschewiki.

Auf dem Kongress, bei dem sich die Führer der Menschewiki und Sozialrevolutionäre intensiv bemühten, die Notwendigkeit der Koalition mit der Bourgeoisie zu begründen, kam es zu einer berühmt gewordenen Szene. Als der Menschewik Zereteli erklärte, es gäbe in Russland keine politische Partei, die die gesamte Staatsmacht übernehmen könne, rief Lenin lautstark dazwischen: „Doch, es gibt eine solche Partei!“ In seiner Rede am 17. Juni bekräftigte Lenin das und sagte, dass die Bolschewiki bereit seien, die Macht auf der Grundlage des neuen Staatstyps der Räte zu übernehmen und ihr Programm in die Tat umzusetzen. Mühevoller als früher, aber doch, vermochten die Paktiererkräfte eine Resolution durchzusetzen, die der Koalitions-

17. Gedenkfahrt nach Engerau

Die *Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* führt jedes Jahr eine Gedenkfahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau (Petržalka) in Bratislava durch. Zu Ostern 1945 trieben Wiener SA-Männer und „politische Leiter“ der NSDAP Hunderte ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter vom Lager Engerau über Hainburg nach Bad Deutsch-Altenburg, wo sie nach Mauthausen verschifft wurden. Mehr als hundert Menschen wurden erschossen, erschlagen und zu Tode misshandelt. 2017 steht auch die Enthüllung einer Gedenktafel für die Opfer des Lagers Engerau am Restaurant Leberfinger am Programm.

Programm

10.00 Gedenkkundgebung auf dem Friedhof von Petržalka

11.00–12.45 Auf den Spuren des ehemaligen Lagers Engerau in Petržalka

Historische Einleitung und Begleitung:
Dr. Maroš Borský, Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider, Dr.ⁱⁿ Eleonore Lappin

12.45–14.15 Mittagspause

14.30 Enthüllung der Gedenktafel für die ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter des Lagers Engerau am Restaurant Leberfinger

Ansprachen von Dr.ⁱⁿ Lucia Žitňanská (Justizministerin Slowakei), Dr. Wolfgang Brandstetter (Justizminister Österreich), Dr. László Trócsányi (Justizminister Ungarn)

16.30 Gedenkkundgebung in Wolfsthal, Begrüßung: Bgm. Schödinger



Mittwoch, 29. März 2017

Abfahrt: 8.45, Rückkehr: ca. 18.00
Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien
(beim Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung)

Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315
claudia.kuretsidis@doew.at
Weitere Informationen: www.doew.at

regierung das Vertrauen aussprach, die „Vaterlandsverteidigung“ billigte und die Vorbereitung einer Offensive an der Front sanktionierte.

Nun spitzte sich die politische Situation rasch zu. Am 1. Juli 1917 nahmen in Petrograd 500.000 Menschen an einer Demonstration teil, die unter bolschewistischen Losungen marschierte. Die bürgerlichen Kreise waren um diese Zeit bereits zur Erkenntnis gelangt, dass die Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit ihren Überredungskünsten nicht mehr in der Lage waren, die revolutionäre Entwicklung aufzuhalten, und dass das einzig wirksame Kampfmittel dagegen die Gewalt sei. Große Hoffnungen setzte man in dem Zusammenhang auf einen Erfolg der „Kerenski-Offensive“. Das militärische Abenteuer brach jedoch nach geringen Anfangserfolgen zusammen, kostete der russischen Armee 60.000 Menschenleben und führte zur noch schnelleren Überwindung aller Illusionen über die „Vaterlandsverteidigung“. Die Niederlage an der Front sah hingegen die Bourgeoisie als geeigneten Anlass an, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aufzufordern, nun endlich von „Redereien“ zur Politik der Repressalien überzugehen und durch Abwälzen der Schuld am militärischen Misserfolg auf die Bolschewiki die Partei Lenins zu zerschlagen.

Am 16. Juli 1917 kam das Fass auf beiden Seiten zum Überlaufen, als Soldaten des 1. Maschinengewehrregiments, das sich unter starkem Einfluss von Anarchisten befand, eine bewaffnete Demonstration in der Hauptstadt ankündigten. Das Zentralkomitee der Bolschewiki hatte aber aus einer Analyse der Situation die Erkenntnis gewonnen, dass die entscheidende revolutionäre Krise noch nicht herangereift sei. Die Bolschewiki verfügten im Petrograder und Moskauer Sowjet noch über keine Mehrheit, und es war zu befürchten, dass eine isoliert bleibende Aktion in Petrograd den Plänen der Konterrevolution Vorschub leisten könnte. Deshalb wurde von Zentralkomitee der Beschluss gefasst, der am 17. Juli stattfindenden Demonstration einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen und mit diesem Ziel an deren Spitze zu treten.

Die bürgerliche Regierung, gestützt auf treue Offiziersschüler und Kosakentruppen, sah die Dinge anders und gab den Befehl, das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen, die man der „bolschewistischen Verschwörung“ und „Meuterei“ bezichtigte. Mehr als 400 Menschen wurden getötet. Man verhängte über Petro-

grad den Kriegszustand, ließ zahlreiche Bolschewiki und revolutionäre Arbeiter verhaften, die Truppeneinheiten auflösen, die an der Demonstration teilgenommen hatten und durch konterrevolutionäre Abteilungen die Druckerei der „Prawda“ demolieren. Gegen Lenin erging ein Haftbefehl wegen „Hochverrats“. Das Zentralkomitee ordnete an, ihn in die Illegalität zu schicken und gab ihm den Auftrag, sich in Finnland zu verbergen.

Am 21. Juli 1917 wurde Kerenski unter Beibehaltung seiner Funktion als Kriegs- und Marineminister Regierungschef. Das Zentralerekutivkomitee der Sowjets pries das neue Kabinett als Regierung „zur Rettung der Revolution“ und gestand ihr „unumschränkte Vollmachten und unbegrenzte Macht“ zu. Kerenski führte an der Front die Todesstrafe wieder ein, ließ militärische Feldgerichte einrichten und eine militärische Vorzensur verhängen.

Damit war die Macht in Russland völlig an die konterrevolutionäre Regierung übergegangen und die Periode der Doppelherrschaft beendet. Man hielt die bolschewistische Bewegung für erledigt. Tatsächlich waren aber die Quellen, aus der sie ihre Kräfte schöpfte, keineswegs versiegt, denn kein einziges der akuten Probleme Russlands konnte als gelöst betrachtet werden. Die weitere Entwicklung gehört bereits der unmittelbaren Vorgeschichte der Oktoberrevolution an und soll in anderem Zusammenhang zur Darstellung kommen.

Literatur:

- J. Martow/Th. Dan: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926.
Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917. Berlin 1928.
W. I. Lenin: Sämtliche Werke, Bd. 20: Die Revolution von 1917. Wien, Berlin 1928.
Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR, Bd. 1: Die Vorbereitung der großen proletarischen Revolution. Strasbourg 1937.
W. I. Lenin: Werke, Bd. 23–25. Berlin 1957ff.
Weltgeschichte, Bd. 7. Berlin 1965.
Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. 3. Moskau 1971.
W. I. Lenin: Biographie. Berlin 1971.
I. B. Berchin: Geschichte der UdSSR 1917–1970. Berlin 1972.
Lexikon der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Leipzig 1976.
Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Berlin 1977.
Valentin Gitermann: Geschichte Russlands, Bd. 3. Frankfurt/M. 1987.
Die Kerenski-Memoiren. Russland und der Wendepunkt der Geschichte. Reinbek 1989.

Die „Moskauer Clique“ – und weitere Legenden

Zur Struktur der KPÖ-Führung nach 1945

MANFRED MUGRAUER

Als die kommunistischen Parteigruppen im April 1945 – nach zwölf Jahren in der Illegalität – ans Licht der Öffentlichkeit traten, gab es keine zentrale Führung der KPÖ im Inland. Die Formierung einer neuen Parteiführung war deshalb nicht nur eine der wichtigsten Fragen des Augenblicks, sondern insgesamt eine Kernfrage ihrer Reorganisierung. Dabei war die KPÖ mit zahlreichen Problemen konfrontiert, die allgemein den Aufbau der Parteiorganisationen erschwerten: Viele der führenden FunktionärInnen der Partei befanden sich zum Zeitpunkt der Befreiung Österreichs noch in der Emigration oder waren gerade erst aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreit worden. Nicht wenige Parteiführer hatten in den Jahren der faschistischen Diktatur ihr Leben lassen müssen. So wären etwa – um nur einige Namen zu nennen – Willi Frank, Leo Gabler, Alfred Klahr, Hermann Köhler, Ferdinand Strasser und Josef Teufl gewiss in die Parteiführung des Jahres 1945 einbezogen worden. Auch bei Ernst Burger, Erwin Puschmann, Ludwig Schmidt und Franz Schuster ist davon auszugehen, dass sie aufgrund ihrer hervorragenden Rolle im antifaschistischen Widerstand führende Funktionen in der neu formierten Partei bekleidet hätten.

Die Führung der KPÖ hatte sich zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr nach Österreich mehr als elf Jahre im Ausland befunden: Nach dem Februar 1934 war die engere Leitung der bereits im Mai 1933 verbotenen Partei nach Prag gegangen. Im Oktober 1938 übersiedelte die Exilführung angesichts der Annexion der „Sudetengebiete“ nach Paris. Nachdem die französische Regierung nach Kriegsbeginn im September 1939 die Internierung der deutschen (und damit auch der österreichischen) EmigrantInnen verfügt hatte, verlegte die Parteispitze ihren Sitz in die Sowjetunion, wohin sich die kommunistischen Führungsmitglieder im September und Oktober auf weit verzweigten Routen – über Italien, Jugoslawien, Bulgarien und die Türkei – durchschlugen. Im Dezember 1939 wurde in Moskau eine Auslandsleitung gebildet, der Johann Koplenig, Friedl Fürnberg, Ernst Fischer, Hermann Köhler, Erwin

Zucker-Schilling, Friedrich Hexmann, Franz Honner, Willi Frank und Leo Gabler – und damit nahezu alle entscheidenden Führungspersönlichkeiten der vergangenen Jahre – angehörten.¹ Diese im Namen des Zentralkomitees der KPÖ agierende Exilleitung war die von sämtlichen österreichischen KommunistInnen anerkannte Parteiführung, egal ob sie in Österreich oder in den verschiedenen Exilländern wirkten – die KPÖ konnte also auch in der Illegalität und Emigration ihre innere Einheit wahren. Im Inland wäre es unter den Bedingungen der Illegalität und des Gestapo-Terrors unmöglich gewesen, eine über die Anleitung des Widerstandskampfes hinausgehende Führungsstruktur aufrechtzuerhalten, und auch die KommunistInnen in den anderen Exilländern fanden dort vielfach schwierigere Bedingungen ihres Wirkens vor. Im Moskauer Exil wurden auch jene Konzepte ausgearbeitet, die für die Politik der Partei nach der Befreiung bestimmend blieben.

Die Parteiführung im Jahr 1945

Als Johann Koplenig und Ernst Fischer am 12. April 1945 aus Moskau und Friedl Fürnberg und Franz Honner zehn Tage später aus Slowenien nach Wien zurückkehrten, stand außer Frage, dass sie nun auch die provisorische Führung der KPÖ formieren würden. Die Abwesenheit der kommunistischen Westemigration und der noch unzureichende Überblick über die in Österreich aus der Illegalität heraustretende Partei waren wohl die wesentlichen Gründe dafür, dass – im Unterschied zu SPÖ und ÖVP – im April 1945 und auch in den Folge Monaten kein provisorischer Parteivorstand der KPÖ gebildet wurde. Erst im April 1946, als in Wien der erste Parteitag der KPÖ nach der Befreiung – der insgesamt 13. ihrer Geschichte – zusammentrat, wurde ein Zentralkomitee und damit eine von der Mitgliedschaft demokratisch legitimierte Parteiführung gewählt. Dies mag auf der einen Seite überraschen, bestand die KPÖ doch seit 1918 ohne Unterbrechung, weshalb sie auch an gewählte Strukturen aus der Ersten Republik hätte anknüpfen können. Dem gegenüber hatte die „alte“ Sozialdemokratische Partei bereits 1934

zu existieren aufgehört, weshalb sich die SPÖ 1945 mit verändertem Namen und Charakter konstituierte. Die ÖVP stellte insgesamt eine Neugründung dar. Es wäre also im April 1945 durchaus eine Option gewesen, aus den in Wien anwesenden ZK-Mitgliedern der Ersten Republik ein „Rumpf“-Zentralkomitee zu etablieren und es durch die Kooptierung weiterer FunktionärInnen, die nun in leitenden Positionen aktiv wurden, zu erweitern. Auf der anderen Seite war gerade die in die 1920er Jahre zurückreichende Kontinuität der Führungsspitze dafür verantwortlich, dass die Autorität von Koplenig und Fürnberg bei allen kommunistischen Parteiorganisationen außer Frage stand. Sie hatten auch in den Jahren des Exils die bestimmenden Führungspersönlichkeiten der KPÖ dargestellt und prägten schließlich bis in die 1960er Jahre die Geschehnisse der Partei, womit diese Kontinuität über mehr als 40 Jahre währen sollte. Vor diesem Hintergrund war die unter den spezifischen Bedingungen des Jahres 1945 etablierte engere Parteiführung innerparteilich völlig unumstritten, und es bedurfte auch keiner angeblichen „Weisung Stalins“, wie Gerhard Jagschitz in einer neueren Studie behauptet, mit der die Moskauer Emigranten als Parteiführung „oktroziert“ wurden.²

Zwar wurden im Jahr 1945 vier Mal Sitzungen des Zentralkomitees einberufen, doch handelte es sich dabei nicht um ein festgefügtes Führungsgremium, sondern vielmehr um Konferenzen einer stets wechselnden Anzahl von ParteifunktionärInnen, die angesichts wichtiger anstehender politischer Entscheidungen zusammentraten. Diese vier Sitzungen hatten nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung stets einen unterschiedlichen Charakter. Das erste ZK-Plenum fand am 10. Juli 1945 statt, um über das auszuarbeitende Sofortprogramm der Partei und die Arbeit der KPÖ in den Staatssekretariaten zu beraten.³ Über die TeilnehmerInnen und den Verlauf dieser Tagung liegen keine Unterlagen vor. Es handelte sich bei dieser Zusammenkunft wohl um eine Arbeitskonferenz, zumal dort auch keine Beschlüsse gefasst wurden. Am 6. August

1945 fand eine als ZK-Sitzung bezeichnete Beratung über den Brief des Parteivorstands der SPÖ zu Fragen der Aktionsseinheit statt. An ihr nahmen 30 Wiener ParteifunktionärInnen teil.⁴ Am selben Tag wurde im Rahmen einer Wiener Parteiarbeiterkonferenz im Konzerthaus von mehr als 2.100 Delegierten das „Sofortprogramm“ der KPÖ beschlossen. Bei dem am 23. September begonnenen und am 27. September 1945 fortgesetzten ZK-Plenum handelte es sich um eine Konferenz der führenden ParteifunktionärInnen mit VertreterInnen der Bundesländer, die sich anlässlich der 1. Länderkonferenz in Wien aufhielten. Es war dies die erste bundesweite Tagung der KPÖ seit der Befreiung Österreichs.⁵ Die vierte und letzte Tagung des Zentralkomitees fand am 9. Dezember 1945 statt und beschäftigte sich zwei Wochen nach der Nationalratswahl mit dem bevorstehenden Eintritt der KPÖ in die von Leopold Figl gebildete Konzentrationsregierung. Laut Präsenzliste nahmen 102 KPÖ-GenossInnen teil, darunter erneut VertreterInnen der Bundesländer.⁶ Aufgrund ihrer Größe wurde diese Sitzung in der Parteipresse sowohl als ZK-Tagung als auch – durchaus treffender – als „Partei-Konferenz“ bezeichnet.⁷ Bis zum 13. Parteitag im April 1946 trat das Zentralkomitee nicht mehr zusammen.

Ebenso überraschen mag die Tatsache, dass 1945 nicht nur kein festgefügtter provisorischer Parteivorstand, sondern auch kein Politisches Büro (kurz Polbüro) etabliert wurde, das in kommunistischen Parteien – obwohl formal dem Zentralkomitee untergeordnet – traditionell das wichtigste Leitungsgremium darstellte. Vor diesem Hintergrund lag die tatsächliche Führung der KPÖ zunächst beim neu gebildeten Sekretariat der Partei, das in den ersten Monaten de facto Sekretariat und Polbüro in einem war. Erst im September 1945 wurde darüber hinaus ein Parteipräsidium gewählt, das in etwa den Stellenwert des späteren Polbüros hatte. Das Sekretariat setzte sich zu Beginn aus nur vier Mitgliedern zusammen: Johann Koplenig, Friedl Fürnberg, Josef Lauscher und Erwin Zucker-Schilling. Koplenig stand zwar seit den 1920er Jahren an der Spitze der Partei, wurde aber erst im Jahr 1945 auch formell als Parteivorsitzender bezeichnet. Seit April bzw. November 1924 war er in leitenden Funktionen aktiv, die zunächst „Orgsekretär“ oder „Reichssekretär“ genannt wurden; auf der Parteikonferenz des Jahres 1937 wurde er zum „Generalsekretär“ gewählt.⁸ Der neben

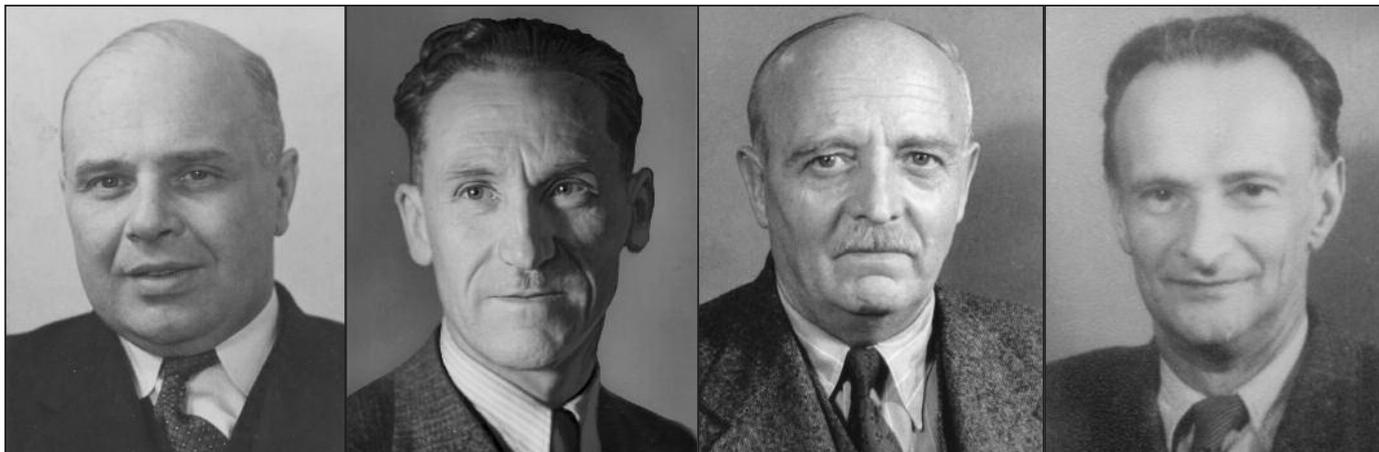
Koplenig wichtigste Parteifunktionär der Nachkriegszeit war Fürnberg, der 1933 zum Sekretär der Wiener Organisation bestimmt wurde und in den folgenden Jahren als Sekretariatsmitglied und seit 1938 als Parteienvertreter beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wirkte. Er agierte ab April 1945 als erster Sekretär der Partei, was in den Jahren 1948 bis 1954 auch im – nur in diesem Zeitraum gebrauchten – Titel „Generalsekretär“ zum Ausdruck kam. Das Sekretariat wurde durch Lauscher als Wiener Landesobmann und Zucker-Schilling, den früheren Chefredakteur der illegalen *Roten Fahne*, komplettiert. Mit deren Hinzuziehung wurde der Bedeutung der größten Landesorganisation und den Erfordernissen von Agitation und Propaganda Rechnung getragen.

Das erste überlieferte Beschlussprotokoll des Sekretariats datiert vom 6. Juni 1945, es ist aber davon auszugehen, dass es bereits in den Vorwochen in dieser Zusammensetzung den Aufbau der Partei in Angriff nahm. Die wichtigsten Aufgaben des stark operativ ausgerichteten Sekretariats waren neben der politischen und organisatorischen Anleitung der Parteiorganisationen vor allem personelle Fragen, also die Kaderpolitik der Partei, ferner Fragen der staatlichen und kommunalen Verwaltung, die Gewerkschaftspolitik, die Jugendarbeit, die Frauenarbeit, die Bauernarbeit, die Sportpolitik oder etwa die Medien- und Verlagspolitik der Partei und andere Fragen der Agitation und Propaganda. Ab Juli wurden den im Abstand weniger Tage, oft auch täglich stattfindenden Beratungen des Sekretariats zahlreiche ParteifunktionärInnen hinzugezogen. An den entlang konkreter Themenfelder erweiterten Sekretariatssitzungen nahmen auch kommunistische Regierungsmitglieder, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten, Frauenpolitikerinnen oder einzelne ApparatmitarbeiterInnen und Ländervertreter teil. Aus den Protokollen gehen in der Regel nur die Tagesordnung und konkrete Festlegungen hervor, meist personeller und organisatorischer Art. Diskussionsverläufe über politische Fragen wurden nicht protokolliert. Es ist aus diesen Unterlagen also nicht ersichtlich, welche Positionen im einzelnen vertreten wurden und welche taktischen Erwägungen den Entscheidungen zugrunde lagen.

Unklar ist, ob das Sekretariat in den folgenden Wochen und Monaten auch formal um einzelne Mitglieder erweitert wurde oder ob nur von erweiterten Sekretariatssitzungen in wechselnden Zu-

sammensetzungen auszugehen ist. Fest steht jedenfalls, dass ab August mit großer Kontinuität auch die Regierungsmitglieder Ernst Fischer, Franz Honner und Karl Altmann an den Sitzungen teilnahmen. Fischer und Honner waren offenbar aufgrund ihrer Tätigkeit in der Renner-Regierung zunächst keine fixen Mitglieder des Sekretariats. Sie hatten als Staatssekretäre zwei wichtige Amtsbereiche – Inneres und Unterricht – aufzubauen, was gewiss ihre ganze verfügbare Zeit in Anspruch nahm, während im mehrmals wöchentlich tagenden Sekretariat schwerpunktmäßig Probleme des Parteaufbaus und weniger solche der Regierungspolitik behandelt wurden. Demgegenüber war Koplenig, der als Vizekanzler ebenso der Renner-Regierung angehörte, von Beginn an stärker auf die Parteiarbeit denn auf die Regierungsarbeit konzentriert. Erinnerungsberichten zufolge soll er nur zu den Sitzungen des Kabinettsrats am Ballhausplatz erschienen sein⁹ und sich kaum in die Regierungsgeschäfte eingemischt haben, was gewiss auch mit dem autoritären Führungsstil Karl Renners zu tun hatte. Bei Altmann dürfte ein umgekehrter Faktor verantwortlich gewesen sein für seine Zuziehung zu den Sitzungen des Sekretariats: Aufgrund seiner Erfahrungen und Kompetenzen als Verwaltungsjurist entwickelte sich der Unterstaatssekretär für Justiz im Kabinettsrat geradezu zum Hauptsprecher der KPÖ in Gesetzgebungsfragen, wo es sonst grundsätzlich nicht üblich war, dass sich die UnterstaatssekretärInnen über ihren Ressortbereich hinaus zu Wort meldeten. Vor diesem Hintergrund avancierte Altmann, über dessen Übergang zur KPÖ die Parteiführung erst im April 1945 Kenntnis erlangte,¹⁰ aufgrund seiner politischen Qualifikationen zu einem Mitglied der engeren Parteiführung.

Bereits seit Ende Juli 1945 war auch Rudolf Richter ein fixer Bestandteil des Sekretariats, ohne ihm formal als Mitglied anzugehören. Richter hatte seit 1920 der kommunistischen Bewegung der Tschechoslowakei angehört, war Mitglied des Zentralkomitees des dortigen KJV und ab 1928/29 Sekretär des Zentralkomitees der KPČ für die deutschsprachigen Tschechoslowaken. Seit 1939 befand er sich im Moskauer Exil, wo er im Apparat der Kommunistischen Internationale arbeitete. Im Mai 1945 zunächst in die Tschechoslowakei zurückgekehrt, wurde er im Juli 1945 – nach der Aussiedlung deutschsprachiger AntifaschistInnen – zum Organisations-



Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPÖ 1945: Karl Altmann, Viktor Elser, Gottlieb Fiala, Ernst Fischer

sekretär der KPÖ bestellt.¹¹ In dieser Eigenschaft führte er die Protokolle der Sekretariatssitzungen. Er war zwar auch in den folgenden Jahren kein nominelles Sekretariatsmitglied, ja gehörte zunächst nicht einmal dem Zentralkomitee als Mitglied an (1946 Kandidat, erst 1951 Mitglied), war aber als Leiter der Organisationsabteilung und Sekretär des Zentralkomitees (1954 bis 1965) den Sekretariatssitzungen ständig beigezogen. Ebenso regelmäßig zugezogen wurde Heinrich Fritz, der am „Amsterdamer Plenum“ im Juni 1939 in das Zentralkomitee kooptiert worden war.¹² Fritz war bereits im Spanischen Bürgerkrieg Politikkommissar der Maschinengewehrkompanie im Tschapajew-Bataillon und Parteisekretär der österreichischen Spanienkämpfer in der XI. Brigade und wurde Anfang Juli 1945 – nach seiner Rückkehr aus dem Konzentrationslager Dachau – zum Leiter der Kaderabteilung des Zentralkomitees bestellt.

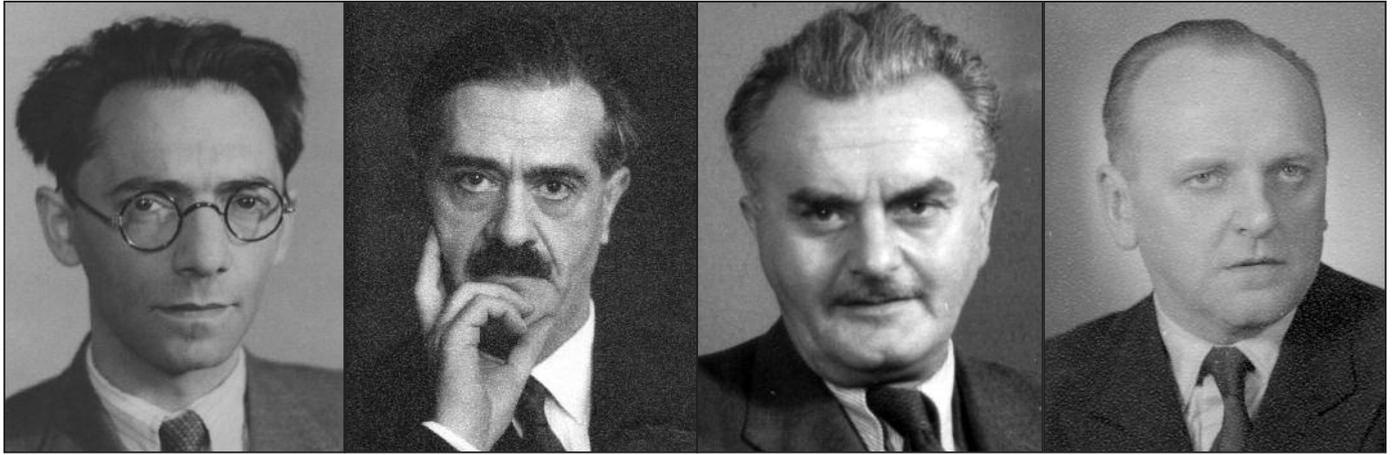
Bei der Etablierung der Parteileitungen musste verschiedenen Bedingungen des Jahres 1945 Rechnung getragen werden: Da die Partei nach zwölf Jahren der Illegalität von Grund auf neu organisiert werden musste, zahlreiche Parteikader erst im Jahresverlauf nach Österreich zurückkehrten und es in diesen Monaten zu einem sprunghaften Wachstum kam, war man erst im Herbst 1945 so weit, die im April und Mai 1945 auf Bezirks- und Landesebene spontan gebildeten Leitungen durch solche abzulösen, die auf Delegiertenkonferenzen gewählt wurden. Diese Entwicklung fand ihre Entsprechung auf höchster Ebene, als in der Sitzung des Zentralkomitees am 23. September 1945 die engere, bisher provisorisch agierende Parteileitung auch formal bestätigt wurde und zwei reguläre Führungsgremien eingerichtet wurden. Koplenig wurde am Ende dieser Sitzung zum Parteivorsitzenden bestimmt, Fürn-

berg zum Sekretär der KPÖ. Diese ZK-Tagung wählte ein so genanntes „Präsidium“, das in den sieben Monaten bis zum 13. Parteitag insgesamt acht Mal zusammentrat. Vier dieser Sitzungen, die sich mit der 2. Länderkonferenz, dem Wahlauftritt und dem Eintritt in die Figl-Regierung beschäftigten, hatten bis zu 30 TeilnehmerInnen.¹³ Das Präsidium nahm damit auf der einen Seite die Funktionen des späteren Polbüros wahr, fungierte in gewisser Weise aber auch als Ersatz für das Zentralkomitee. Im Statut der Partei, das im April 1946 beschlossen wurde, war das Präsidium schließlich nicht mehr vorgesehen. Ein solches Parteipräsidium als Zwischenglied zwischen dem Sekretariat als operativer Parteiführung und dem Zentralkomitee als höchstem Führungsgremium bestand also nur von September 1945 bis April 1946. Seine Funktionen gingen hierauf auf das so genannte „Politische Sekretariat“ über, das in dieser Bezeichnung nur zwischen 1946 und 1948 existierte und dann durch das in den folgenden Jahrzehnten übliche Polbüro abgelöst wurde.

Dem am 23. September 1945 gewählten Parteipräsidium gehörten 16 Mitglieder an: Zu den bereits bisher in der Parteiführung aktiven Funktionären (Altmann, Fischer, Fürnberg, Honner, Koplenig, Lauscher, Zucker-Schilling) kamen die Regierungsmitglieder Laurenz Genner, Hermann Lichtenegger und Helene („Hella“) Postranecky, zentrale Gewerkschaftsfunktionäre wie Gottlieb Fiala (Vizepräsident des ÖGB), Otto Horn (Zentralsekretär der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft) und Wilhelm Kunst (stellvertretender Vorsitzender Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter) sowie die Ländervertreter Viktor Elser (Landesobmann der KPÖ Steiermark), Karl Steinhardt (Wiener Vizebürgermeister) und Josef Tschofenig (Landesobmann der KPÖ Kärnten). Das

Präsidium war damit vier Mal so groß wie das zunächst gebildete Sekretariat. Aus seiner Mitte wählte es ein nunmehr erweitertes Sekretariat, dem neben Koplenig, Fürnberg, Zucker-Schilling und Lauscher auch Altmann, Fischer und Honner angehörten, womit die bereits in den Vorwochen informell etablierte Praxis bestätigt wurde. Heinrich Fritz wurde bei der konstituierenden Sitzung des Präsidiums am 23. September zum 2. Sekretär des Zentralkomitees bestellt und gehörte – einer gängigen kommunistischen Organisationspraxis entsprechend – als solcher zwar dem nun achtköpfigen Sekretariat, nicht aber dem übergeordneten Parteipräsidium an. Zucker-Schilling wurde als Chefredakteur des seit Anfang August erscheinenden Zentralorgans *Österreichische Volksstimme* bestätigt und blieb bis April 1957 in dieser Funktion. Darüber hinaus wurden in dieser Sitzung des Präsidiums erstmals drei stellvertretende Parteivorsitzende bestimmt: Honner als erster und Tschofenig als zweiter Stellvertreter sowie Postranecky als dritte Stellvertreterin.¹⁴

Bemerkenswert ist, dass damit die Frage der demokratischen Legitimierung der kommunistischen Parteiführung vorerst geklärt war und auf der so genannten „Reichskonferenz“ am 27. Oktober 1945, die (unkorrekterweise) in einem Bundesländerblatt der KPÖ auch als „erster Parteitag nach 12 Jahren Illegalität“ bezeichnet wurde,¹⁵ nicht mehr aufgeworfen wurde. Diese Konferenz mit 250 Delegierten aus allen Bundesländern fasste keinen Beschluss zur Bestätigung bzw. Neuwahl der Parteiführung. Bis zum Parteitag im April 1946 ergab sich nur insofern eine Änderung in den Führungsgremien der Partei, als am 11. Jänner 1946 Hella Postranecky – als führende Frauenpolitikerin der KPÖ – und der aus der englischen Emigration zurückgekehrte Otto Brichacek – als Vorsitzender



Mitglieder des Präsidioms des ZK der KPÖ 1945: Friedl Fűrberg, Laurenz Genner, Franz Honner, Otto Horn

der mit der KPÖ verbundenen *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) – mit beratender Stimme in das Sekretariat kooptiert wurden.¹⁶ In puncto Aufgabenteilung der Sekretariatsmitglieder wurde nur festgelegt, dass Kopenig für die Wiener Parteiorganisation und die Parteipresse, Honner für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und Altmann für das Nationalratsbüro zuständig ist.¹⁷ Fest stand auch die politische Verantwortung Fűrbergs für die Organisationspolitik, gemeinsam mit den für die Organisations- und die Kaderabteilung zuständigen Parteisekretären Richter und Fritz.

Moskauer Kader und „KommunistInnen im Lande“

Unstrittig ist, dass mit Kopenig (Vorsitzender), Fűrberg (Sekretär), Honner, Fischer und Zucker-Schilling (Chefredakteur) jene Parteiführer, die aus dem Moskauer Exil bzw. aus dem Kampfeinsatz in Slowenien nach Wien zurückgekehrt waren, den entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung der KPÖ ausübten und das öffentliche Erscheinungsbild der Partei prägten. Die fünf „Moskauer“ bildeten auch den Kern des achtköpfigen Sekretariats, dem mit Altmann, Fritz und Lauscher drei Exponenten des Widerstands bzw. ehemalige KZ-Häftlinge angehörten. Vier der fünf Parteiführer aus dem Moskauer Exil waren bereits in den Jahren 1919 und 1920 zur kommunistischen Bewegung gestoßen. Gründungsmitglieder der Partei spielten damit – ähnlich wie in der KPD des Jahres 1945 – eine dominierende Rolle. Laut dem damaligen niederösterreichischen Landessekretär Josef Meisel soll diese für die KPÖ-Politik maßgebliche Führungsgruppe im „Parteijargon“ als „Moskauer Clique“ bezeichnet worden sein.¹⁸ Dies findet zwar weder in zeitgenössischen Dokumenten noch in anderen Lebenserinnerungen kommunistischer FunktionärInnen eine Bestätigung, wurde aber von der Forschung begierig aufgegriffen und zum geflügelten Wort entwickelt.¹⁹ Die Moskauer hätten – so Meisel – „eine Clique ‚auf Gedeih und Verderb‘ dargestellt“.²⁰ Im Gegensatz dazu enthüllt Franz Marek in seinen Erinnerungen, dass Kopenig und Fűrberg einander in Wahrheit „gehasst“ haben sollen, weshalb es in den Polbürositzungen oft „zu heftigen Krachs“ gekommen sei.²¹ Gewiss war der von Bruno Frei „als erster Steuermann der Partei“²² gewürdigte Friedl Fűrberg jener Parteifunktionär, der über Jahrzehnte am stärksten die Tagespolitik der KPÖ prägte, nicht zuletzt aufgrund seines politischen Geschicks und seiner organisatorischen Fähigkeiten. In extremen Varianten wird Fűrberg zu einer „grauen Eminenz“ hochstilisiert und – trotz seiner angeblichen Farblosigkeit und fehlenden Ausstrahlung²³ – geradezu dämonisiert.

Die Fixierung auf die „Moskauer Clique“ hat in bisherigen Untersuchungen den Blick darauf verstellt, wie differenziert die verschiedenen KPÖ-Führungsgremien – Sekretariat, Präsidium, Politisches Büro und Zentralkomitee – in den Nachkriegsjahren tatsächlich zusammengesetzt waren. Entgegen mancher Polemiken in der Forschungsliteratur war die zunächst etablierte Parteiführung auch nicht gezwungen, sich – wie von Fritz Keller behauptet – gegen „konkurrierende Eliten“, wie etwa gegen eine aus dem Widerstand heraustretende Inlandsleitung oder gegen die kommunistische Westemigration, durchzusetzen oder diese gar „auszuschalten“.²⁴ Eine genaue Analyse der KPÖ-Führung zeigt vielmehr, dass es der „Moskauer“ Führungsgruppe von Beginn an gelungen ist, KommunistInnen aus dem Widerstand prominent einzubinden. Ab 1946 gehörten auch RemigrantInnen aus westlichen Exilländern und GenossInnen, die erst nach der Befreiung

im April 1945 zur KPÖ gestoßen waren, der Parteiführung an. Dies war vor allem insofern keine Selbstverständlichkeit, als im Moskauer Exil keine verlässlichen Informationen über die Widerstandsgruppen im Land und über das Schicksal der in Österreich verbliebenen ParteifunktionärInnen vorgelegen waren. Die aus dem Moskauer Exil nach Wien zurückkehrenden Kopenig und Fischer mussten also in den Umbruchtagen des April 1945 – nach Jahren der Abwesenheit – erst ein Bild über die Lage der Partei gewinnen. Ebenso wenig war zu diesem Zeitpunkt abzusehen, wann mit einer Rückkehr kommunistischer Führungskräfte aus den westlichen Exilländern gerechnet werden konnte, weshalb mit deren Berücksichtigung erst im Jahresverlauf begonnen werden konnte.

Am hartnäckigsten hält sich in der Forschungsliteratur die Legende von der fehlenden Berücksichtigung des kommunistischen Widerstands im April 1945. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass die bis heute breit rezipierte angebliche Ausschaltung des Widerstands durch die „Moskauer Clique“ allein auf Äußerungen des damaligen Vizekanzlers Adolf Schärf (SPÖ) zurückgeht, der in einer Studie über die österreichische Nachkriegsentwicklung Klotilda Hrdlicka – die kommunistische Vertreterin in der erst gegen Kriegsende in Erscheinung tretenden Widerstandsorganisation O5²⁵ – zur Leiterin eines angeblich „nicht linientreuen Zentralkomitees“ der KPÖ überhöhte.²⁶ Diese Formulierung hat auch Aichinger in seine sonst reflektierte und quellengesättigte Studie übernommen,²⁷ sie ist aber weder sachlich – also hinsichtlich der politisch-ideologischen Ausrichtung Hrdlickas – zutreffend, noch wird sie der tatsächlichen Verfasstheit des kommunistischen Widerstands in den Jahren 1944/45 gerecht, existierte doch zu diesem Zeitpunkt keine zentrale



Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPÖ 1945: Johann Kopenig, Wilhelm Kunst, Josef Lauscher, Hermann Lichtenegger

Leitung mehr. Seit der Zerschlagung der zentralen Leitungsstrukturen durch die Gestapo in den Jahren 1941/42 wurde der kommunistische Widerstand zwar ungebrochen fortgesetzt, die einzelnen Gruppen agierten fortan aber weitgehend autonom. Gewiss waren die KPÖ-Zellen um Verbindungen und eine gewisse Koordinierung ihrer Aktionen bemüht, jedoch ohne weitergehenden Anspruch, ein illegales Zentrum zu etablieren – nicht zuletzt deshalb, weil sich eine solche Zentralisierung als Einfallstor für Konfidenten der Gestapo erwiesen hatte. Nichtsdestoweniger findet sich bei Schärf die Behauptung, dass die „Moskauer Clique“ im April 1945 „die frühere Führungsgarnitur, welche im Dritten Reich den illegalen Kampf geführt hatte, sofort in den Hintergrund gedrängt“ habe.²⁸ Die „Führungsgestalten aus der illegalen Zeit verschwanden rasch“, so Schärf, wobei er – mit Ausnahme von Hrdlicka – jeden Hinweis darauf schuldig bleiben muss, wer denn in der Endphase des Krieges diese angebliche Parteiführung im Untergrund verkörpert habe: „Bei den Kommunisten mußte alles, was während des Krieges im Inland geblieben war, vor den aus Rußland Zurückgekehrten weichen.“²⁹

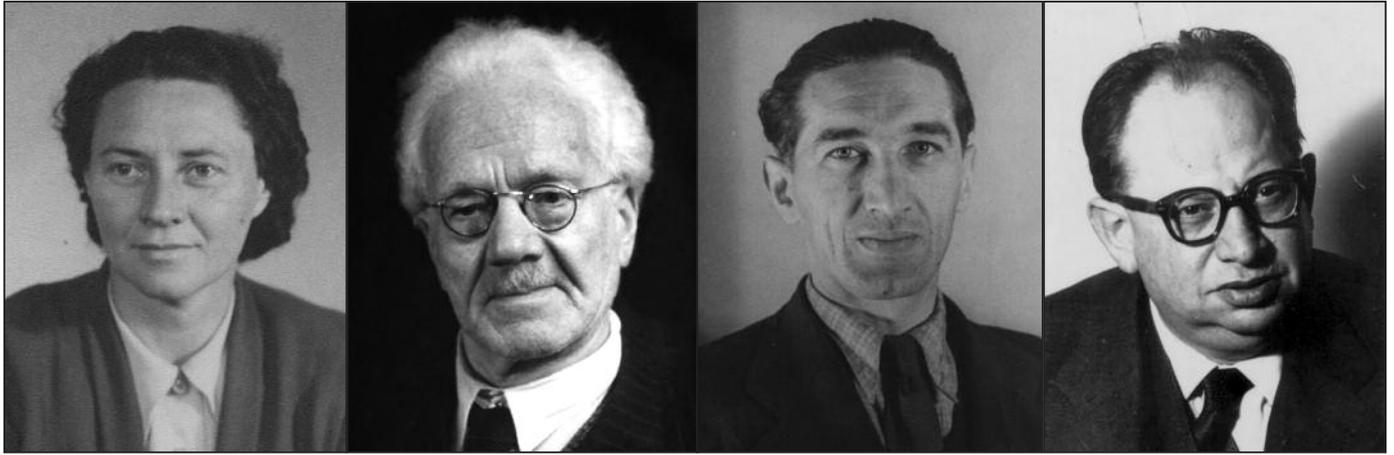
Verwunderlich ist, dass diese am ersten Höhepunkt des Kalten Krieges entwickelten antikommunistischen Klischeebilder über Jahrzehnte unhinterfragt blieben und bis in die jüngere Vergangenheit auch in seriösen wissenschaftlichen Studien kaum an Deutungsmacht eingebüßt haben. So hat die Behauptung von der angeblichen Zurückdrängung des aktiven kommunistischen Widerstands nicht nur in frühere Gesamtdarstellungen der österreichischen Geschichte Eingang gefunden,³⁰ sondern sie dominiert bis heute die einschlägige Forschungsliteratur, ohne dass diese je auf eine Analyse der konkreten Zusammensetzung der damaligen Parteiführung

gestützt worden wäre. Dies betrifft sowohl die Annahme von Manfred Rauchenstein, dass beim Parteaufbau der KPÖ der „kommunistische Untergrund“ keine Berücksichtigung gefunden habe,³¹ den gleichlautenden Befund von Brigitte Bailer-Galanda, dass die „im äußerst opferreichen Widerstand aktiv gewesenen Mitglieder [...] bei der Etablierung der zentralen Parteiführung so gut wie keine oder nur eine untergeordnete Rolle“ gespielt haben,³² als auch die Behauptung von Wolfgang Mueller, dass die „Moskauer Clique“ sowohl die Westemigration als auch jene Kommunisten, „die im Untergrund tätig gewesen waren, [...] von der Parteiführung fern gehalten“ habe.³³ Die Liste ähnlicher Zitate ließe sich fortsetzen, ja kaum eine noch so beiläufige Erwähnung der KPÖ im Jahr 1945 kommt ohne die affirmative Bezugnahme auf die von Adolf Schärf entwickelte Legende aus. In journalistischen Vergrößerungen ist gar davon die Rede, dass die „geeichten“ Kommunisten aus Moskau mit den „selbsternannten KP-Führern“ im Lande „aufgeräumt“ hätten.³⁴ All diese Aussagen entpuppen sich als ein Klischee, das aus der Fixierung auf die KommunistInnen in der O5 resultieren dürfte und die Breite des kommunistischen Widerstands außer Acht lässt.

Tatsächlich waren in allen Gremien der Partei – vom Sekretariat, dem Präsidium und Zentralkomitee über die Landesleitungen bis zu den Bezirksleitungen – und auch im Parteiapparat jene KommunistInnen, die in der NS-Zeit in Österreich im Widerstand gewirkt haben, sichtbar vertreten. Allein die Nennung der kommunistischen Regierungsmitglieder Karl Altmann, Laurenz Genner, Hermann Lichtenegger, Otto Mödlagl und Hella Postraneky reicht aus, um die prominente Einbindung der „KommunistInnen im Lande“ in die Führungsstrukturen der Partei zu veranschaulichen. Die

wichtigste Führungspersönlichkeit des kommunistischen Widerstands in der Parteiführung war Josef Lauscher, der bereits am Parteitag des Jahres 1934 in das Zentralkomitee gewählt worden war und in den Jahren der austrofaschistischen Diktatur als Sekretär des kommunistischen Jugendverbandes (KJV) arbeitete. Lauscher war im Februar 1945 nach sieben Jahren in den Konzentrationslagern Dachau und Mauthausen die Flucht aus einem Außenkommando in den Simmeringer Saurer-Werken gelungen. Umgehend begann er in Wien mit dem Aufbau eines Netzes von Verbindungen und wurde zum führenden Kopf des kommunistischen Widerstands in den letzten Kriegsmonaten. Als Mitglied des zunächst nur vierköpfigen Sekretariats gehörte Lauscher von Beginn an dem innersten Führungskreis der KPÖ an und blieb bis 1970 Mitglied des Polbüros. Bis 1969 war er Obmann der Wiener Landesorganisation der KPÖ. Auch der Hinweis auf den Parteigründer des Jahres 1918 und Wiener Vizebürgermeister Karl Steinhardt sowie auf den ÖGB-Vizepräsidenten Gottlieb Fiala belegt die prominente Einbindung des kommunistischen Untergrunds in die KPÖ-Führung des Jahres 1945.

Im 16-köpfigen Präsidium, dem maßgeblichen Leitungsgremium der Monate September 1945 bis April 1946, waren die „KommunistInnen im Lande“ mit neun ExponentInnen (Altmann, Elser, Fiala, Genner, Kunst, Lauscher, Lichtenegger, Postraneky und Steinhardt) sogar in der Mehrheit. Hinzu kamen Horn und Tschofenig, die aus den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau nach Wien zurückgekehrt waren. Damit stellten die fünf „Moskauer“ Remigranten (Fischer, Fürnberg, Honner, Kopenig und Zucker-Schilling) im Führungsgremium der Partei gegenüber den insgesamt elf ExponentInnen des „Unter-



Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPÖ 1945: Hella Postranecky, Karl Steinhardt, Josef Tschofenig, Erwin Zucker-Schilling

grunds“ und Häftlingswiderstands nur eine Minderheit dar, was die Behauptung von der fehlenden Berücksichtigung des Widerstands in der KPÖ-Spitze des Jahres 1945 anschaulich zu widerlegen vermag. Die Legende von der angeblichen Ausschaltung der „KommunistInnen im Lande“ stellt geradezu ein Musterbeispiel dafür dar, wie infolge von Abschreibübungen – auch professoraler Provenienz – ein unhinterfragtes antikommunistisches Klischee mehr oder weniger in den Status historischer Wahrheit erhoben wurde.

Parteiführung und Parteibasis

Ein Element dieser Legende besteht darin, an der Parteibasis vorhandene sektiererische Tendenzen nicht nur überzubetonen, sondern diese zu grundlegenden politisch-ideologischen Differenzen über die strategische Ausrichtung der Partei aufzuwerten. So gab es vor allem unter „alten“ KommunistInnen, die vor 1933/34 der Partei beigetreten waren, mancherlei Vorbehalte und Unverständnis über die seit 1935 entwickelte Volksfrontstrategie. Solche nahtlos an die revolutionären Inhalte und Methoden der 1920er Jahre anknüpfenden GenossInnen sprachen sich gegen die Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parteien aus, traten für eine radikale Abrechnung mit *allen* NationalsozialistInnen ein und orientierten auf einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus. Erinnerungsberichten zufolge soll Johann Kopleinig nach der ersten Parteiarbeiterkonferenz in Wien am 13. Mai 1945 „sichtlich niedergeschmettert gewesen“ sein angesichts der in der dortigen Diskussion laut werdenden radikalen Forderungen und revolutionären Phrasen.³⁵ Auch in einer späteren ZK-Sitzung äußerte sich Kopleinig kritisch über jene „alten Kommunisten, die über die 20er Jahre nicht hinausgekommen [...] und mit ihren Reden oft

der Schrecken der Sektionsversammlungen“ seien. Diese „Elemente“ müssten davon überzeugt werden, „dass es heute keinen anderen [...] als den demokratischen Weg“ gäbe.³⁶

Aus diesen zweifelsohne vorhandenen Stimmungen einen grundsätzlichen Gegensatz zu konstruieren zwischen Parteiführung und Parteibasis, ist jedoch ebenso wenig möglich wie eine Projektion dieser Widersprüche in die verschiedenen Parteileitungen. Die „kleinen Radikalinskis“ und starren „Brummbären“³⁷ waren isolierte Erscheinungen in den untersten Parteieinheiten, die sich selbst in den Bezirksleitungen kaum und in den Landesleitungen gar nicht widerspiegelten – sieht man von Johanna („Hanna“) Sturm und Friedrich Frantschitz (Bezirkssekretär von Eisenstadt) in der weniger bedeutenden burgenländischen Landesorganisation ab, die beide 1947 wegen linken Sektierertums zunächst ihrer Funktionen enthoben und dann aus der Partei ausgeschlossen wurden.³⁸ Es war also nicht notwendig, die „linksabweichlerischen“ Kreise „zu entmachten und (zu) disziplinieren“,³⁹ wie Wolfgang Mueller schreibt, da sie an keiner Stelle auch nur in die Nähe realer Machtpositionen gelangten. In den Führungsgremien der Partei spielte solch ein „Überrevolutionismus“⁴⁰ gar keine Rolle.

Insgesamt herrschte in der KPÖ des Jahres 1945 ein breiter Konsens über die im Exil entwickelte „antifaschistisch-demokratische Orientierung“, die auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus auf dem Wege der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften abzielte. Es gab keinen „revolutionären“ Flügel, der sich gegen die „reformistische“ Linie einer angeblichen „Moskauer Clique“ formiert hätte. In der praktischen, nach außen sichtbaren Politik der Partei machte sich die mancherorts anzutreffende revolutionäre Ungeduld einzelner Partei-

mitglieder nicht bemerkbar, auch deshalb, weil selbst sektiererisch motivierte Vorbehalte nur intern geäußert wurden und sich auch „radikale“ GenossInnen in der Regel der Parteidisziplin fügten. Es war deshalb gewiss mehr als eine propagandistische Floskel oder gar eine Beruhigungsstrategie, als im *Pressedienst* der Partei und auch in einem Brief der Parteiführung an Stalin zu lesen war, dass in der KPÖ „eine volle Einigkeit der Anschauungen zwischen Führung und Funktionären der Partei“ herrsche⁴¹ und „innerhalb der Partei keine Gegensätze“ bestünden.⁴²

Dieser Befund wird auch durch eine von der Roten Armee im Frühjahr 1946 ausgemachte „rechte Strömung“ im Burgenland⁴³ nicht relativiert, basierte diese Wahrnehmung doch allein auf politischen und persönlichen Konflikten im Landessekretariat zwischen dem Landesobmann Otto Mödlagl und Landessekretär Robert Rosak, die mit der Ablösung beider Kontrahenten beigelegt wurden.⁴⁴ Auch hier kam es zu keiner Formierung einer innerparteilichen Opposition. Im Spätsommer 1946 konnte festgestellt werden, dass die in der Wiener Landesorganisation „noch vorhandenen Sektierer“, die „von einer kleinen aber feinen Partei schwärmen“, nur noch am Rande eine Rolle spielen würden.⁴⁵ Es ist also nicht nur überzogen, sondern schlichtweg falsch, von „parteiinternen ideologischen Spannungen“ im Jahr 1945 zu sprechen, die aus den unterschiedlichen Zielsetzungen der „ehemals illegalen Parteianhänger und einer aus der Sowjetunion heimkehrenden Parteiführung“ resultiert sein sollen.⁴⁶ Auch die angeblich „unüberbrückbaren Spannungen zwischen den im illegalen Kampf im Land aktiv gewesenen Parteigängern und [...] Emigranten aus Moskau“, von denen Gerhard Jagschitz zu berichten weiß,⁴⁷ sind nicht mehr als ein

auf schmalster Quellenbasis kreierter Mythos. Es ist auch kein Zufall, dass die genannten AutorInnen Belege für diese „unüberbrückbaren“ Differenzen schuldig bleiben, finden sich doch in den historischen Quellen keine Hinweise auf solch eine *generelle* Konfliktlinie. Es gab zwar vereinzelte sektiererische Vorbehalte, aber keine Gegenkonzeption zur Politik der Führung der KPÖ, kamen doch die „ultraradikalen“ Stimmen selbst an der Parteibasis kaum über ein „Murren“ hinaus. Diese Haltung fand nirgendwo eine organisierte Plattform und nicht den kleinsten publizistischen Ausdruck, und es kann nicht ein prominentes Parteimitglied namhaft gemacht werden, das sich zum Sprachrohr solcher Stimmungen gemacht und eine Gegenposition zur „volksdemokratischen“ Generallinie der KPÖ formuliert hätte. Liest man demgegenüber die in einer Diplomarbeit aus dem Jahr 1997 getroffene „Analyse“, wonach die KPÖ „im Lauf der vierziger Jahre von dem ständig schwelenden Konflikt zwischen der radikal antifaschistischen Basis und der liberal-demokratischen Führung aufgegeben und ideologisch entfremdet“ worden sei,⁴⁸ fühlt man sich unweigerlich an die neuerdings von US-Präsident Donald Trump ins Treffen geführten „alternativen Fakten“ erinnert.

Vom 12. zum 13. Parteitag

Als für den 19. bis 22. April 1946 der 13. Parteitag einberufen wurde, stand die KPÖ vor der Aufgabe, ein repräsentatives Zentralkomitee zu wählen, das der Breite und dem veränderten Charakter der Partei seit 1945 Rechnung trug. Es spielte dabei keine bzw. nur eine untergeordnete Rolle, an die am 12. Parteitag im September 1934 oder auf der Reichskonferenz im August 1937 gewählten Parteiführungen anzuknüpfen. Vor allem die am Prager Parteitag gewählte Führung bot bei der Neubildung des Zentralkomitees keinen Orientierungspunkt, zumal diese bereits zeitgenössisch aufgrund der Bedingungen der Illegalität, zahlreicher Verhaftungen und der räumlichen Entfernung seiner Mitglieder praktisch keine Rolle spielte und im Juni 1935 und im Jänner 1936 zu nur zwei Sitzungen zusammentrat. Auch das auf der Reichskonferenz des Jahres 1937 neu gewählte Zentralkomitee tagte nur zwei Mal – im August 1938 und im Juni 1939 in Paris – und konnte somit nie die Funktion eines tatsächlichen Führungsgremiums wahrnehmen. Zum jeweiligen Zeitpunkt dieser vier Tagungen war die gewählte Zusammensetzung des Zentral-



Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 23. September 1945 (von links): F. Honner (am Pult), L. Genner, E. Zucker-Schilling, H. Lichtenegger, O. Horn, V. Elser, J. Kopenig, J. Lauscher, E. Fischer, K. Altmann, H. Postranecy

komitees infolge von Verhaftungen, Ausschlüssen und Enthebungen bereits vielfach überholt. So wurde in einer Ende 1935 erstellten Kaderanalyse festgehalten, dass drei Mal fast ein gesamtes Zentralkomitee kooptiert werden musste, wobei de facto die anwesenden „Teilnehmer bestimmter Konferenzen“ zu ZK-Mitgliedern erklärt worden seien. Von den solcherart kooptierten sei jedoch „niemand übrig“ geblieben, da sich unter ihnen auch „viele schlechte Elemente“ befunden hätten.⁴⁹ Manche in der Praxis führende Parteifunktionäre wiederum – wie etwa Erwin Puschnann – gehörten formal nie dem Leitungsgremium der KPÖ an, wurden aber den entscheidenden Sitzungen des (erweiterten) Politischen Büros der Partei beigezogen. In den Kriegsjahren war keine ZK-Sitzung möglich bzw. war das Zentralkomitee in seiner 1937 gewählten Zusammensetzung obsolet geworden.

Es entsprach also allein den Zweckmäßigkeiten des kommunistischen Politik- und Organisationsverständnisses, als Parteisekretär Friedl Fűrberg im Jahr 1946 am 13. Parteitag die Vorstellung entwickelte, das 1934 gewählte Zentralkomitee hätte bis 1945 als einheitliches Spitzengremium agiert und „die politische Linie der Partei erarbeitet“.⁵⁰ Ein wichtiger Bestandteil dieser den hierarchischen Parteaufbau legitimierenden Konstruktion war der im September 1945 begründete Mythos von den „Helden des Zentralkomitees“, die dem Kampf gegen den Faschismus zum Opfer gefallen waren. In der im September 1945 erstmals herausgegebenen Broschüre „Unsterbliche Opfer“ war zu lesen, dass sich an der Spitze des anti-

faschistischen Widerstandskampfes „das kampfgestählte Zentralkomitee als oberste Führung der Partei“ befand, hinter dem „geschlossen die Funktionäre und Mitglieder der Partei im Kampf um Österreichs Freiheit“ standen.⁵¹ Die zwölf hingerichteten bzw. in den Jahren der NS-Diktatur umgekommenen Führungsmitglieder waren bis in die 1990er Jahre auf einer Doppelseite in den Mitgliedsbüchern der Partei präsent, was die große identitätsstiftende Bedeutung des solcherart „hierarchisierten“ Widerstandskampfes belegt. Zwar handelte es sich bei den zwölf „Helden“ in der Tat um kommunistische Führungspersönlichkeiten, jedoch nicht um solche, die – wie am 13. Parteitag von Johann Kopenig und Friedl Fűrberg behauptet – am letzten Parteitag im September 1934 ins Zentralkomitee gewählt worden waren.⁵² Zwar wurden die Namen der 30 ZK-Mitglieder des Prager Parteitags (21 Vollmitglieder, neun KandidatInnen) nicht veröffentlicht, mit Sicherheit lässt sich jedoch nur von vier der zwölf „Helden“ – Oskar Grossmann, Hermann Köhler, Franz Schuster und Josef Teufl – behaupten, dass sie bei dieser Tagung tatsächlich ins Zentralkomitee gewählt worden sind.⁵³

Der Tatsache Rechnung tragend, dass die letzte von einer Delegiertenkonferenz legitimierte Parteiführung nicht im Jahr 1934, sondern im August 1937 auf der ebenso in Prag stattfindenden Reichskonferenz gewählt wurde, schrieb Franz West im Jahr 1952 im Theorieorgan der Partei, dass hier jenes Zentralkomitee etabliert worden sei, „das bis zum 13. Parteitag im Jahre 1946 [...] den Kampf der Partei in ihrer schwersten

Zeit leitete und aus dessen Reihen dreizehn der Besten im Kampf für Österreichs Unabhängigkeit gefallen sind“.⁵⁴ Aus konspirativen Gründen wurden zwar auch die Namen der Mitglieder dieses im Umfang verkleinerten Zentralkomitees nicht veröffentlicht, aus Moskauer Archivalien über die KPÖ geht jedoch hervor, dass sich unter den 20 von der Reichskonferenz gewählten ZK-Mitgliedern gar nur zwei der zwölf „Helden“ befinden, nämlich Hermann Köhler und Ferdinand Strasser.⁵⁵ Willi Frank (1935), Leo Gabler (1929 und 1931), Alfred Klahr (1932 und 1935) und Anton Reisinger (1925) wurden zu einem früheren Zeitpunkt entweder in das Zentralkomitee gewählt oder kooptiert. Erwin Puschmann, Franz Sebek und Hedy Urach dürften zu keinem Zeitpunkt dem zuletzt im Juni 1939 tagenden Gremium angehört haben, sondern wurden entweder als repräsentative Führungspersönlichkeiten der Inlandsleitung der Partei oder als Mitglieder des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes in den „Kanon“ der Helden des Zentralkomitees integriert.⁵⁶

Von den 20 auf der Prager Reichskonferenz im Jahr 1937 gewählten ZK-Mitgliedern gehörten letztlich acht auch dem am 13. Parteitag im April 1946 gewählten Zentralkomitee als Mitglied an, nämlich Ernst Fischer, Friedl Fürnberg, Franz Honner, Johann Kopleng, Wilhelm Kunst, Hermann Lichtenegger, August („Gustl“) Moser und Erwin Zucker-Schilling. Josef Kohl wurde Kandidat und schied bereits 1948 wieder aus. Es gab aber keinen Automatismus, ausschlaggebend war vielmehr die konkrete Funktion in der reorganisierten KPÖ bzw. ihrem Umfeld. Franz West etwa, der 1935 kooptiert und 1937 in das Zentralkomitee gewählt worden war und in den Jahren des Exils als Präsident des *Austrian Centre* in London und des *Free Austrian World Movement* fungierte, wurde erst 1948 wieder ZK-Mitglied. Hans Pointner – 1935 kooptiert, 1935/36 Mitglied des Inlandssekretariats der Partei und auf der Reichskonferenz 1937 als ZK-Mitglied bestätigt – wurde erst am 15. Parteitag im Jahr 1951 Kandidat und am 16. Parteitag im Jahr 1954 auch wieder Vollmitglied des Zentralkomitees. Dies gründete aber in keiner Zurücksetzung seiner Person, sondern darin, dass er erst knapp vor dem Parteitag 1946 provisorisch mit der Funktion des burgenländischen Landessekretärs betraut worden war und mit Vinzenz Böröcz (Landesobmann von 1946 bis

1981) ein anderer Vertreter dieser kleinen Landesorganisation als Kandidat in das KPÖ-Führungsgremium einzog. Insgesamt waren 13 der 20 im Jahr 1937 gewählten ZK-Mitglieder (neben den bereits Genannten noch die zu einem späteren Zeitpunkt gewählten Johann Lechner und Johann Täubl) auch nach 1945 wieder Angehörige der kommunistischen Parteiführung. Zwei weitere (Köhler und Strasser) wurden hingerichtet, vier ehemalige Parteiführer spielten trotz fortwährender Mitgliedschaft nach 1945 entweder eine untergeordnete (Leopold Hagmüller, Raimund Huber, Walter Landgraf) bzw. keine Rolle (Konrad Bucher) im Parteileben. Über den 1937 als Vertreter der kommunistischen Sportler gewählte Kollitsch, der bald darauf verhaftet wurde, verliert sich bereits 1938 die Spur. Nimmt man die 30 am Parteitag des Jahres 1934 gewählten Mitglieder und KandidatInnen zum Vergleich, so gehörten ebenso 13 von ihnen in der Zweiten Republik erneut dem Zentralkomitee an (darunter – über die bereits Genannten hinaus – Oscar Deubler, Friedrich Hexmann, Fritz Lauscher, Anton Neuhauser und Ditto Pözl). Zwar fielen dem Staatsterror in der Sowjetunion auch Mitglieder des Parteivorstands der KPÖ zum Opfer, etwa der Arbeiterkammerrat und Wiener Parteisekretär Alois Ketzlik, der von 1923 bis 1925 und 1927 bis 1933 der KPÖ-Führung angehört hatte. Unter diesen befand sich aber kein im Jahr 1937 gewählter Angehöriger der Parteiführung und mit Ernst Reiterer nur ein ZK-Mitglied, das am Parteitag 1934 gewählt (und 1935 wieder enthoben) worden war.⁵⁷ Ganz im Unterschied zur KPD und anderen kommunistischen Parteien war die Führung der KPÖ damit vom Stalin-Terror kaum betroffen.

Das Zentralkomitee der KPÖ des Jahres 1946

Im Vergleich zu späteren Jahren war das am 13. Parteitag im April 1946 gewählte Zentralkomitee mit 39 Mitgliedern und 13 KandidatInnen zwar ein relativ kleines, aber dennoch vor allem repräsentatives Gremium, das in der Praxis kaum jene Führungs- und Leitungsfunktion ausüben konnte, die das Statut für die höchste Instanz der KPÖ nach dem Parteitag vorsah. Die Zugehörigkeit zu diesem Gremium war demgemäß nicht mit der Teilhabe an der realen Führungsmacht der Partei verbunden. Ein solcher Einfluss war erst in Verbindung mit anderen Funktionen – entweder in der Partei oder im öffentlichen Leben – gesi-

chert. Das Zentralkomitee trat in der Regel im Abstand von zwei bis vier Monaten zusammen, in Ausnahmefällen lagen fünf bis sechs Monate zwischen den Tagungen. Im Jahr 1950 gab es gar nur zwei Sitzungen (im Februar und Oktober). Insgesamt fanden zwischen dem 13. und 14. Parteitag acht ZK-Plena statt, zwischen dem 14. und 15. Parteitag zehn und zwischen dem 15. und 16. Parteitag schließlich neun. Nicht zuletzt aufgrund seiner Größe nahm das Zentralkomitee den Charakter eines „Parteiparlaments“ an. Es ähnelte stärker einem Deklamationsorgan zur Bestätigung der vom Polbüro entwickelten politischen Linie denn einem eigenständigen politischen Diskussions- und Entscheidungsgremium. Da das Polbüro aufgrund seiner „Körperschaftsdisziplin“ im Plenum stets einheitlich auftrat und vorangegangene Meinungsverschiedenheiten vor den ZK-Mitgliedern nicht publik gemacht wurden, wurden die Diskussionsspielräume weiter eingeengt. Aufgrund der „geschlossenen Front des Polbüros [...] war das Plenum faktisch nur eine Staffage, eine Attrappe der Demokratie“, so Walter Fischer (ZK-Mitglied bis 1965) rückblickend.⁵⁸ Nur in den krisenhaften Jahren 1956/57 und 1968/69, als auch im Zentralkomitee ein offener Meinungsaustausch stattfand, wurde das Führungsgremium der Partei politisch aufgewertet.

Die Zusammensetzung der Zentralkomitees soll nachfolgend nach verschiedenen quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten ausgewertet werden, wobei – um das Zahlenmaterial nicht weiter zu komplizieren – die 39 Mitglieder und 13 KandidatInnen als Einheit in Betracht gezogen werden. Berücksichtigt werden etwa die Dauer der Zugehörigkeit zur Partei und das vorangegangene Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei, der Anteil von Männern und Frauen, die verschiedenen Lebenswege und Erfahrungshintergründe in den Jahren der NS-Diktatur oder etwa die Ebene der Repräsentanz der einzelnen Mitglieder. So wurden bei der Auswahl der insgesamt 52 Mitglieder und KandidatInnen des Zentralkomitees auch verschiedenen regionalen Gesichtspunkten und der möglichst breiten Einbindung von ExponentInnen wichtiger kommunistischer Politikfelder Rechnung getragen. Ausgesprochen stark vertreten waren die insgesamt elf kommunistischen GewerkschaftsfunktionärInnen, von denen acht im ÖGB oder in der Arbeiterkammer beschäftigt waren. Überraschen mag der geringe Frauenanteil, betrug dieser doch nur

13,5% (vier Mitglieder, drei Kandidatinnen). Weniger überraschend ist, dass 30 Wiener ParteifunktionärInnen im Zentralkomitee in der Mehrheit waren. Insgesamt kamen 35 der 52 ZK-Angehörigen aus der sowjetischen Zone (darüber hinaus noch vier aus der niederösterreichischen Landesorganisation, einer aus dem Burgenland) und 17 aus den westlichen Bundesländern (6 Steiermark, 3 Kärnten, 3 Oberösterreich, 2 Vorarlberg, 2 Salzburg, 1 Tirol). Signifikant war die Dominanz der Parteiangestellten im Zentralkomitee, waren doch insgesamt 30 von ihnen (58%) in den verschiedenen Strukturen und Apparaten der KPÖ beschäftigt (13 zentral, 14 in den Ländern, zwei in der Parteipresse, einer in der FÖJ). In beruflicher Hinsicht war das Zentralkomitee damit von KPÖ-, ÖGB- und AK-Angestellten geprägt. Nicht diesen beiden Gruppen zuzuordnen sind allein Bundesminister Karl Altman und Viktor Matejka als Wiener Stadtrat für Kultur und Volksbildung, sowie Franz David, der als Chefarzt der Wiener Gebietskrankenkasse arbeitete, die Gewerkschafterin Leopoldine („Lisl“) Kummer als Fürsorgerin der Gemeinde Wien und die drei Bundesbahnbediensteten Hermann Lichtenegger, Josef Peskollar und Karl Zmek.

Beträchtlichen Anteil an der Parteiführung hatten ehemalige SozialdemokratInnen, die nach dem Februar 1934 zur KPÖ gestoßen waren, entwickelte sich die KPÖ doch erst in diesem Zuge zu einem relevanten Faktor in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung. Nach dem 12. Parteitag im September 1934 gehörten 48% „neue“ Parteimitglieder dem Zentralkomitee an.⁵⁹ Dieser Anteil sank nach der Reichskonferenz im August 1937 auf 30%, nachdem durch eine Verkleinerung des Zentralkomitees das Gewicht der seit den 1920er Jahren „bewährten“ Parteiführer wieder gestärkt wurde. Von den 52 ZK-Angehörigen des Jahres 1946 wiederum waren 23 vor dem Februar 1934 der KPÖ beigetreten (44%). Zwölf von ihnen (23%) waren bereits in der Gründungsphase der KPÖ, also in den Jahren 1918 bis 1920, Mitglied der Partei. Ein Sonderfall ist Wilhelm Kunst, der der KPÖ zwar bereits seit ihrer Gründung im Jahr 1918 angehörte, 1921 aber zur Sozialdemokratie übergang und 1934 erneut zur KPÖ stieß, in deren Zentralkomitee er 1937 nominiert wurde. Damit stellten die „neuen“ Parteimitglieder die Mehrheit im 1946 gewählten Führungsgremium: 20 ZK-Mitglieder (38%) wa-



Die KPÖ-Führung am 1. Mai 1947 vor dem Parlament (v.l.): Anton Neuhauser, dahinter Rudolf Richter, Heinrich Fritz, dah. Otto Brichacek, Gottlieb Fiala, dah. Hermann Lichtenegger, Karl Altmann, dah. Josef Tschofenig und Josef Lauscher, Johann Koplenig, Ernst Fischer, Friedl Fürnberg, Karl Steinhardt, Franz Honner, dah. Franz David, Hella Postranecky, dah. Viktor Matejka, Erwin Zucker-Schilling, Wilhelm Kunst

ren nach dem Februar 1934 von der SDAPÖ zur KPÖ übergetreten, in den Jahren der NS-Zeit schlossen sich weitere sechs ehemalige SozialdemokratInnen (12%) dem kommunistischen Widerstand an (darunter Elser, Genner, Postranecky, der Zentralsekretär der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Egon Kodicek und der St. Pöltner Gewerkschaftssekretär und Stadtrat Stephan Raidl). Die erst seit dem April 1945 zur KPÖ gestoßenen ParteigängerInnen waren mit drei Mitgliedern (6%) im Zentralkomitee vertreten: der bis dahin als Linkskatholik geltende Viktor Matejka, der – für viele überraschend – im April 1945 der KPÖ beitrug, dann Max Haller, Bregenzer Vizebürgermeister und Mitglied des provisorischen Landesausschusses von Vorarlberg, der im Juni 1945 zur KPÖ kam, und zuletzt die ehemalige sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Marie Köstler, die in England Vorsitzende einer sozialdemokratischen Exilgruppe war, die – im Gegensatz zum *Londoner Büro der österreichischen Sozialisten* – zur Kooperation mit dem kommunistischen Exil bereit war. Ihrem Antrag auf Wiederaufnahme in die SPÖ wurde im Jänner 1946 vom Parteivorstand die Zustimmung verweigert, worauf sie sich am 7. Februar 1946 öffentlichkeitswirksam mit einem offenen Brief an die SPÖ-Mitglieder wandte und der KPÖ beitrug.⁶⁰ In Summe gehörten damit – inklusive dem erwähnten Wilhelm Kunst – 26 ehemalige SozialdemokratInnen, die nach 1934 zur KPÖ gestoßen waren, dem Zentralkomitee der KPÖ an. Bezieht man auch Otto Bricha-

cek und Franz Haider, die bereits 1933 ihren Weg in die KPÖ gefunden hatten, in diese Bilanz des Übergangs mit ein, so steigt deren Prozentanteil von 50 auf 54. Nicht zu vergessen, dass in Summe 38 der 52 ZK-Angehörigen (73%) am Beginn ihrer politischen Entwicklung einer sozialdemokratischen Organisation angehört hatten. Zwölf waren direkt und ohne Umwege zur kommunistischen Bewegung gestoßen. Nur Haller und Matejka hatten in den 1930er Jahren der *Vaterländischen Front* angehört.

Eine Bestätigung findet der bereits im Zusammenhang mit dem Parteipräsidium festgestellte Befund: RemigrantInnen, WiderstandskämpferInnen im Lande und RückkehrerInnen aus Gefängnissen und Konzentrationslagern waren im ersten nach der Befreiung gewählten Zentralkomitee angemessen vertreten, quantitativ in annähernd gleichen Gewichten. Der zahlenmäßigen Aufschlüsselung sei eine einschränkende Bemerkung vorangestellt: Um das politische Profil des KPÖ-Kaders noch tiefergehend bestimmen zu können, wären über die Mitglieder des Zentralkomitees hinaus die leitenden ParteifunktionärInnen in weiteren Strukturen und Ebenen in die Analyse einzubeziehen: etwa die Landesobmänner und Landessekretäre, die Mitglieder der Landesleitungen, Bezirksobmänner und Bezirkssekretäre, die wichtigsten Mitglieder der Bezirksleitungen, die MitarbeiterInnen des Parteiapparats, das Führungspersonal der Vorfeldorganisationen oder die in den Parteimedien tätigen JournalistInnen. Auch aus einer solchen noch zu leistenden



Mitglieder der engeren Parteiführung nach 1945: Heinrich Fritz, Otto Brichacek, Friedrich Hexmann, Franz Marek

Analyse wird sich aber – so viel sei vorweggenommen – schwerlich eine Zweitrangigkeit jener ParteifunktionärInnen ableiten lassen, die in Österreich gegen die faschistische Diktatur gekämpft hatten, inhaftiert gewesen waren oder die NS-Zeit in der westlichen Emigration verbracht hatten. Festzuhalten ist auch, dass die unterschiedlichen, auch langfristig wirksam bleibenden Prägungen zwar zu Spannungen führen konnten, sich in der KPÖ aber nicht zu einer Kluft zwischen abgrenzbaren Gruppen vertieften. Es kann sich bei dieser Dreiteilung demgemäß nur um eine Hilfskonstruktion handeln, um unterschiedliche Erfahrungshorizonte deutlich zu machen, in der Realität liegen aber Überschneidungen und Unschärfen und keine homogenen Gruppenidentitäten vor: Kommunistische Spanienkämpfer, die nach Ende des Bürgerkriegs in französischen Lagern interniert und danach in deutsche Konzentrationslager deportiert wurden, sind etwa genauso als Exilanten zu werten wie jene, die erst nach dem März 1938 vertrieben wurden und bis 1945 oder länger im Exil blieben. In den in diesem Beitrag vorgenommenen Auswertungen werden sie aber den KZ-Häftlingen zugeordnet. Letztere wiederum sind qualitativ nicht dem „Widerstand im Lande“ gegenüberzustellen, weil die kommunistischen Häftlinge auch in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen ihren antifaschistischen Widerstand in vielfältigen Formen fortsetzten. Zudem hatten sich KommunistInnen, die von der NS-Justiz zu Haftstrafen verurteilt oder von der Gestapo in Konzentrationslager eingewiesen wurden, zuvor im antifaschistischen Widerstand betätigt. Jene, die nach Ablauf ihrer Haftstrafe aus dem Zuchthaus entlassen wurden, setzten die illegale politische Arbeit fort, ebenso wie jene, die bereits vor 1945 wieder aus den Kon-

zentrationenlagern freikamen. Die „KommunistInnen im Lande“ und die kommunistischen Häftlinge sind deshalb zwei Personenkreise, die sich in mehreren Punkten überschneiden. Auch sind Differenzierungen innerhalb dieser Personenkreise nicht zu vernachlässigen: dies betrifft sowohl die divergierenden Exilerfahrungen in den jeweiligen Zufluchtsländern, die unterschiedlichen Lagererlebnisse und Zuchthausserfahrungen und die vielfältigen und abgestuften Formen antifaschistischen Widerstands, den die im Lande verbliebenen KommunistInnen leisteten.

Im Zentralkomitee der KPÖ waren die in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen Inhaftierten mit 17 GenossInnen präsent (33%), was die Behauptung des ÖVP-Politikers Lois Weinberger widerlegt, wonach die kommunistischen KZ-Häftlinge „nichts mehr zu reden“ gehabt hätten, nachdem „die in Moskau geschulte erste Garnitur nach Österreich geflogen war“.⁶¹ Unter diesen 17 befanden sich vier KZ-Häftlinge mit Exilerfahrung (Josef Tschofenig in Belgien, Heinrich Fritz in Spanien, Belgien und Frankreich und die beiden weiteren Spanienkämpfer Hermann Langbein und Alois Peter), und sieben Personen, die vor oder nach ihrer Haft über einen längeren Zeitraum illegale Arbeit in Österreich leisteten und vor diesem Hintergrund auch den WiderstandskämpferInnen „im Lande“ zugerechnet werden müssten (etwa Anna und Franz Haider, Josef Lauscher und Anton Neuhauser). 14 weitere Mitglieder und KandidatInnen des Zentralkomitees (27%) waren in der NS-Zeit durchgängig in Österreich. Mit einem Anteil von 60% befanden sich also die „KommunistInnen im Lande“ und die inhaftierten GenossInnen im Zentralkomitee sogar in der Mehrheit.

Ins Reich der Legenden und Klischees zu verweisen ist die von Dieter Binder

und Ernst Bruckmüller konstruierte „besondere parteiinterne Kontrolle“ für jene Führungsmitglieder, die nicht im sowjetischen Exil waren, gehen die Autoren doch von einer für die kommunistischen Führungsmitglieder typischen „Moskauer“ Normbiographie aus, die – wie sie schreiben – auf einem „lückenlos kontrollierbaren Kaderakt“ basierte. Aufgrund dieser Fixierung auf die „Moskauer“ werden alle anderen kommunistischen Führungspersönlichkeiten von Binder und Bruckmüller – ganz im Jargon der Fraktionskämpfe der 1920er Jahre – zu „Funktionäre(n) mit einer abweichenden Biographie“ gestempelt.⁶² Auch die Behauptung von Roman Sandgruber, dass die KPÖ im Jahr 1945 aus jenen Kadern geformt worden sei, die in Moskau „auf ‚Linie‘ gebracht“ worden wären,⁶³ lässt bereits in ihrer Wortwahl erkennen, dass der Autor stärker von ideologisch geprägten Vorurteilen denn von analytischen Interessen angetrieben wurde.

Die in der Forschungsliteratur viel strapazierten „Moskauer Kader“ waren im Zentralkomitee des Jahres 1946 mit zwölf ExponentInnen (23%) vertreten. Richtig ist, dass RemigrantInnen aus westlichen Exilländern in den Führungsgremien der Partei 1945 zunächst nicht präsent waren, was allein in den schwierigen Bedingungen ihrer Rückkehr nach Österreich begründet lag. Danach bekleideten WestemigrantInnen sowohl in den Führungsgremien, als auch im zentralen Parteiapparat, in den Landesorganisationen, in der Parteipresse und den befreundeten Organisationen der KPÖ wichtige Positionen. Auch der zutreffende Hinweis auf die Dominanz der Westemigranten im Wirtschaftsapparat der Partei vermag nicht die Tatsache zu verdecken, dass RemigrantInnen aus westlichen Exilländern in den Führungsgremien der Partei und im Parteiapparat stark vertreten waren. Es gab keine „Aufgabenteilung“ zwischen dem

sowjetischen Exil und der Westemigration, wonach erstere die politische Führung der Partei übernahm und zweiterer im Gegenzug der Wirtschaftsapparat überlassen wurde. Da zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr die meisten Positionen schon besetzt waren, mussten mancherorts FunktionärInnen der „ersten Stunde“ den ExilantInnen weichen. So wurden die in der englischen Emigration führenden *Young Austria*-Funktionäre Otto Brichacek und Herbert Steiner im Jänner 1946 zum Vorsitzenden bzw. Bundessekretär der FÖJ gewählt. Der bisherige Vorsitzende Franz Danimann war fortan als Stellvertreter aktiv.⁶⁴

Von den insgesamt 20 RemigrantInnen, die 1946 ins Zentralkomitee gewählt wurden (38%), kamen acht aus westlichen Exilländern: drei aus Großbritannien (Otto Brichacek, Marie Köstler, Willy Scholz), jeweils zwei aus Frankreich (Egon Kodicek, Franz Marek) und Skandinavien (Franz Loistl, Gustl Moser) sowie einer aus der Schweiz (Theodor Maller). Die Behauptung von Josef Toch, wonach „nur ganz wenige ‚Westler‘ [...] in höhere politische Positionen“ der Partei gelangten,⁶⁵ findet demgemäß keine Bestätigung. Und selbst als im Zuge der Schauprozesse in Osteuropa in den Jahren 1949 bis 1953 auch in der KPÖ eine „bestimmte Reserve“ gegen die Westemigration spürbar wurde,⁶⁶ gab es weder in der Parteispitze noch in den untergeordneten Leitungen Maßregelungen – ganz im Unterschied zur SED und KPD, wo es zu zahlreichen Funktionsenthebungen und Parteiausschlüssen kam und am KPD-Parteitag im Jahr 1951 fünf von sieben Sekretariatsmitglieder ausgetauscht wurden. Auch einer sowjetischerseits ausgesprochenen Empfehlung, sich „von zweifelhaften Personen“ in der Parteiführung „aus der westlichen Emigration zu befreien“,⁶⁷ kam die Parteiführung der KPÖ mit einer Ausnahme nicht nach. So wurde im März 1953 der Ausschluss Brichaceks aus der Partei und die Enthebung von Herbert Steiner als Kandidat des Zentralkomitees beschlossen.⁶⁸ Diese Maßnahmen werden zwar mancherorts mit dem Slánský-Prozess in Verbindung gebracht,⁶⁹ sie resultierten jedoch aus innerorganisatorischen Problemen der FÖJ, vor allem aus dem Bekanntwerden einer geheimen Kasse im März 1952. Als Vorsitzender der FÖJ war der damals 37-jährige Brichacek aber schon im November 1951 aus Altersgründen ausgeschieden und als Bezirkssekretär in den 2. Wiener Gemeindebezirk gewechselt⁷⁰ – vier Monate bevor die Affäre um die „schwarze Kasse“ der FÖJ ins Rollen kam.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass vier in den 1920er bzw. 1930er Jahren führende KPÖ-Funktionäre, die nach 1938 im Parteauftrag ins skandinavische Exil gingen, nach 1945 zwar wieder wichtige Funktionen bekleideten, mit Ausnahme von Gustl Moser aber nicht in die engere Parteiführung einbezogen wurden: Oscar Deubler, Mitglied des Parteivorstands von 1921 bis 1924 und wieder ab 1934, 1922 kurzzeitig Organisationssekretär der Partei und im Austrofaschismus Leiter der Zentralkommission zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften, war von 1946 bis 1961 Sekretär des ÖGB, wurde aber erst 1957 wieder in das Zentralkomitee gewählt. Johann (Hans) Täubl, der Deubler von 1961 bis 1970 als ÖGB-Sekretär folgte, war seit 1931 Mitglied des Zentralkomitees und bis 1935 Organisationssekretär der Partei. Nach 1945 war er stellvertretender Vorsitzender der Landesexekutive des ÖGB Niederösterreich, wurde aber erst 1954 zum Kandidaten und 1957 wieder zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt. Franz Loistl war seit 1931 Sekretär der Wiener Stadtleitung und auch in der Illegalität Mitglied der Inlandsleitung der Partei. Nach seiner Rückkehr aus Schweden arbeitete er zunächst als Wahlkreissekretär der KPÖ in Niederösterreich, seit 1949 bis zu seinem frühen Tod im Jahr 1956 war er Zentralbetriebsratsobmann im für die Parteiarbeit wichtigen Zistersdorfer Erdölgebiet. Dem Zentralkomitee gehörte er seit 1946 an. Johann Lechner, der 1934 als junger Betriebsarbeiter in das Zentralkomitee kam und auch auf der Reichskonferenz im Jahr 1937 wiedergewählt wurde, war 1948 kurzzeitig Vizepräsident der neu konstituierten niederösterreichischen Arbeiterkammer und über Jahrzehnte Betriebsrat bei Semperit in Wimpasing. Er wurde 1948 Kandidat und 1957 wieder Mitglied des Zentralkomitees.

Erst zu einem späten Zeitpunkt kehrten auch zwei weitere hochrangige Parteifunktionäre der Ersten Republik in das höchste Führungsgremium der Partei zurück: Richard Schüller, Sekretär des KJV in seiner Gründungsphase und von 1922 bis 1928 Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale, war von 1928 bis 1933 Chefredakteur der *Roten Fahne* und seit 1929 Mitglied des Zentralkomitees, aus dem er im November 1933 wegen inhaltlicher Differenzen ausscheiden musste.⁷¹ Aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrt, übernahm er 1947 die Leitung der oberösterreichischen Parteizeitung *Neue Zeit*. 1948 wur-

de er zunächst Kandidat und 1951 Vollmitglied des Zentralkomitees. Leopold Hornik wurde bereits 1921 erstmals in den damaligen Parteivorstand gewählt. 1936 unter den Bedingungen der Illegalität kurzzeitig in das Zentralkomitee kooptiert, war er bis 1940 Leiter der Parteigruppe im englischen Exil. Nunmehr als Gewerkschaftsredakteur der Parteipresse tätig, wurde er 1957 in das Zentralkomitee der KPÖ gewählt.

Die engere KPÖ-Führung ab 1946

Laut dem neu beschlossenen Statut wählten die Parteitagsdelegierten zunächst das Zentralkomitee als höchstes Führungsgremium der Partei. In einem gesonderten Wahlgang wurden vom Parteitag auch der Vorsitzende (Koplenig) und der erste Sekretär (Furnberg) direkt gewählt. Die Wahlen fanden 1946 offen statt, erst infolge einer Statutenänderung am 14. Parteitag wurden 1948 – zum ersten Mal in der Geschichte der KPÖ – sowohl das Zentralkomitee als auch der Vorsitzende und Generalsekretär in gesonderten geheimen Abstimmungen gewählt.⁷² Bestätigt wurden in der konstituierenden ZK-Sitzung am 23. April 1946 die drei stellvertretenden Vorsitzenden Honner, Tschofenig und Postranecky (nach ihrer Heirat mit dem Bundesminister für Energiewirtschaft und Energiewirtschaft Karl Altmann im August 1947 Altmann-Postranecky). Ab 1948 wurden – bis zum 29. Parteitag im März 1994 – keine stellvertretenden Parteivorsitzenden mehr gewählt. Dem Zentralkomitee oblag es auch, die engere Parteiführung aus seiner Mitte zu wählen, die bis 1990 in Gestalt des Politischen Büros das eigentliche Machtzentrum der KPÖ darstellte. Unter dieser Bezeichnung pendelte sich das Polbüro allerdings erst 1954 in einer praxistauglichen Größe mit zehn bis zwölf Mitgliedern ein. Bis dahin agierten verschiedene Foren mit wechselnden Bezeichnungen und in unterschiedlicher Größe als engere Parteiführung: Am 13. Parteitag im April 1946 wurden zunächst das bisherige 16-köpfige Präsidium und das achtköpfige Sekretariat abgeschafft und durch ein so genanntes „Politisches Sekretariat“ (auch Politsekretariat) aus zwölf Mitgliedern ersetzt. Zu den bisherigen Sekretariatsmitgliedern hinzu kamen Nationalrat Elser, der niederösterreichische Landesrat Genner, die Gewerkschafter Fiala und Horn und die KPÖ-Frauenvorsitzende Postranecky. Heinrich Fritz wurde dem Politischen Sekretariat ebenso wie der



14. Parteitag der KPÖ im Wiener Konzerthaus vom 29. Oktober bis 2. November 1948.

damalige FÖJ-Vorsitzende Otto Brichacek beratend beigezogen, womit dieses Gremium de facto 14 Mitglieder umfasste. Damit setzte sich das Politsekretariat neben dem fünfköpfigen Moskauer Kern aus einem weiteren Remigranten (Brichacek), fünf „KommunistInnen im Lande“ und vier ehemaligen KZ-Häftlingen zusammen. Die Gewichte waren also annähernd gleich verteilt. In der ersten Sitzung des wöchentlich tagenden Gremiums wurde Fritz am 2. Mai 1946 als 2. Sekretär der Partei bestätigt.⁷³

Im Begriff des „Politischen Sekretariats“ sollte zum Ausdruck kommen, dass es nicht nur um die operative Anleitung, sondern auch um die politische Führung der Partei zwischen den Sitzungen des Zentralkomitees ging. Das Politsekretariat erfüllte also dieselbe Funktion wie in späteren Jahren das Politische Büro. Zur organisationspolitischen Entlastung dieses Gremiums wurde parallel dazu ein Organisationsbüro (Org.-Büro) etabliert, das bis 1954 aus neun (1946), zwölf (1948) bzw. 13 (1951) GenossInnen zusammensetzte. Ihm gehörten die Organisationssekretäre der KPÖ, die Landessekretäre (Alois Peter und Josef Meisel) und weitere maßgebliche FunktionärInnen der Wiener und niederösterreichischen Landesorganisation sowie VertreterInnen der wichtigsten Massenorganisationen (Gewerkschaft, Frauen,

Jugend) an. Das Org.-Büro war ein Hilfsgremium des Politsekretariats, dessen Beschlüsse auch erst in Kraft traten, wenn von keinem Sekretariatsmitglied Einspruch erhoben wurde. Sein Aufgabenbereich wurde vom Sekretariat festgelegt und umfasste neben Organisationsfragen die Arbeit der Abteilungen des Zentralkomitees und die Anleitung der Landesorganisationen. Die enge Bindung des Org.-Büros an die politische Führung der Partei blieb auch dadurch gewährleistet, dass Fürnberg als dessen Leiter und Fritz als Stellvertreter bestimmt wurden.⁷⁴ Personalentscheidungen, etwa die Anstellung von MitarbeiterInnen des Parteiapparats und der RedakteurInnen der Parteimedien, blieben dem Politischen Sekretariat vorbehalten.

Am 14. Parteitag im Jahr 1948 wurde von der zweistufigen Führungspraxis wieder abgegangen und im Zuge einer Statutenänderung zum dreistufigen Modell der Jahre 1945/46 zurückgekehrt: Das „Politische Sekretariat“ wurde durch ein vergrößertes, nunmehr erstmals als „Politisches Büro“ bezeichnetes Gremium abgelöst und parallel dazu erneut ein Sekretariat mit acht Mitgliedern etabliert.⁷⁵ Dem in der konstituierenden Sitzung des Zentralkomitees am 2. November 1948 gewählten Polbüro gehörten 18 Mitglieder an, also um sechs mehr als dem bisherigen Politsekretariat: Neben den bisher nur beratend beigezogenen Brichacek und Fritz fanden nun auch Otto Fischer (Landessekretär der KPÖ Steiermark), Franz Haider (Landesobmann der KPÖ Oberösterreich), Friedrich Hexmann (bis 1947 Parteienvertreter der KPÖ in Moskau, dann Gewerkschaftsreferent der KPÖ Wien) und Franz Marek Aufnahme im Machtzentrum der Partei. Im Plenum musste Fürnberg die von mehreren ZK-Mitgliedern vorgebrachten Argumente abwehren, wonach im Politbüro Vertreter aller Bundesländer vertreten sein sollten. Gegen einen solchen „Länderpartikularismus“ wandten sich auch weitere Stimmen, die dafür plädierten, dass das Politbüro nur aus den „politisch stärksten und fähigsten Genossen“ gebildet werden solle.⁷⁶

Durch Otto Fischer und Hexmann wurde das Gewicht der nunmehr sieben „Moskauer“ im Polbüro etwas gestärkt.

Insgesamt setzte sich das Gremium fortan aus neun RemigrantInnen und neun „KommunistInnen im Lande“ bzw. ehemaligen Häftlingen zusammen. Als Mitglied der Parteileitung im französischen Exil war Marek der neben Brichacek zweite Exponent der Westemigration, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Führungsspitze der KPÖ angehörte. Marek gehörte neben Altmann, Fiala, Ernst Fischer, Fürnberg, Honner, Koplenig und Zucker-Schilling auch dem Sekretariat an, womit der Chefredakteur von *Weg und Ziel*, der bisher nur Kandidat des Zentralkomitees war, direkt in den innersten Führungskreis aufstieg.⁷⁷ Ernst Fischer berichtet in seinen Erinnerungen, dass der sich bereits 1945 für die Einbeziehung Mareks in die engere Parteiführung eingesetzt habe, sich damit aber nicht durchsetzen können.⁷⁸ Marek entwickelte sich in den folgenden Jahren zum neben Fischer wichtigsten Theoretiker der KPÖ und war der neben Fürnberg maßgeblichste Parteifunktionär in ideologischen Fragen.

Begründet wurde diese Restrukturierung der Organe des ZK mit dem Argument, dass sich das bisherige Politsekretariat mit zwölf Mitgliedern gleichermaßen mit der praktischen Arbeit wie mit den politischen Fragen hätte beschäftigen sollen, in der Praxis aber die Beratung der politischen Probleme vernachlässigt worden sei. Das verkleinerte Sekretariat sollte sich fortan auf die operative Leitung der Partei konzentrieren und dem Polbüro verantwortlich sein. Das Polbüro wiederum war als Körperschaft konzipiert, die sich zwar auch mit der organisatorischen Arbeit, schwerpunktmäßig aber mit den grundlegenden politischen Fragen beschäftigen und die Linie der Partei ausarbeiten sollte.⁷⁹ Am drei Jahre später stattfinden 16. Parteitag wurde dieser Modus mit nur geringfügigen personellen Änderungen fortgeschrieben: Das achtköpfige Sekretariat blieb in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen, aus dem Polbüroschieden Genner, Brichacek und Otto Fischer wegen Funktionswechsel aus. Ihnen folgten der frühere Metallarbeitersekretär von Leoben und neue Landesobmann der KPÖ Steiermark Heribert Hütter (Exil in der Sowjetunion), der nach dem Oktoberstreik aus dem ÖGB ausgeschlossene Metallarbeitersekretär und Stadtrat von Steyr Gustl Moser (Exil in Skandinavien) und der FÖJ-Vorsitzende Walter Wachs. Letzterer entzieht sich mit den biographischen Stationen Spanischer Bürgerkrieg (1938/39), fran-

1945/46	13. Pt. 1946	14. Pt. 1948	15. Pt. 1951	16. Pt. 1954
Zentralkomitee				
–	52 (39 + 13)	82 (58 + 16 bzw. 24)	83 (60 + 23)	86 (59 + 27)
Präsidium (16)	Politisches Sekretariat (12 + 2)	Politisches Büro (18)	Politisches Büro (18)	Politisches Büro (11)
Sekretariat (8)		Sekretariat (8)	Sekretariat (8)	

Die Führungsgremien der KPÖ nach 1945 (in Klammer die Anzahl ihrer Mitglieder).

zösische Internierungslager (1939 bis 1943), britische Armee (1943), Exil in der Sowjetunion (1943/44) und Partisan der Kampfgruppe Steiermark (1944/45) jeder Typologisierung.

In der Praxis führte dieser Modus jedoch dazu, dass das Polbüro nicht – wie geplant – die politische und das Sekretariat die operative Leitung übernahm, sondern das Sekretariat sich zur tatsächlichen politischen Führung der Partei entwickelte, während das 18-köpfige Polbüro sich als zu schwerfällig erwies, auch die Tagespolitik der Partei zu bestimmen. Demgemäß wurde im März 1953 auch in einem sowjetischen Bericht kritisiert, dass das von Fűrberg geleitete Sekretariat das Politbüro „de facto [...] abgelöst“ habe.⁸⁰ Es sei als „Zwischeninstanz“ zwischen Zentralkomitee und Sekretariat „nicht richtig in Funktion getreten“, wie auch die KPÖ-Führung einschätzen musste.⁸¹ Als Schlussfolgerung aus dieser Kritik wurde am 16. Parteitag im Mai 1954 die Parteiführung grundlegend reorganisiert und wieder zum „alten“ zweistufigen Modus zurückgekehrt. Ein verkleinertes Polbüro, das auch die „praktische tägliche politische Leitung“⁸² übernehmen sollte, ersetzte nun das bisherige Sekretariat. Im ursprünglich formulierten Vorschlag, das Sekretariat in Präsidium umzubenennen und das Polbüro ganz abzuschaffen,⁸³ wird deutlich, dass es allein eine Frage der Sichtweise und Akzentsetzung war, ob das Sekretariat nun zum Polbüro aufgewertet wurde oder das Polbüro ohne Namensänderung – wie schon in den Jahren 1946 bis 1948 – die Funktionen des Sekretariats übernahm. Realpolitisch betrachtet ging es eher darum, das wenig funktionsfähige bisherige Polbüro überflüssig zu machen und das machtpolitisch ausschlaggebende Sekretariat beizubehalten. Dessen „frühere Bezeichnung Sekretariat war nicht richtig und hat nicht das ausgedrückt, was diese Instanz wirklich war, denn sie hat schon früher die politische Leitung der Partei inne gehabt“, würde insofern bei der Neuwahl des Polbüros treffend eingeschätzt.⁸⁴

Auf diesem Parteitag wurde auch der 1948 (und nicht 1945 oder 1946) für Friedl Fűrberg bestimmte Titel „Generalsekretär“ wieder abgeschafft, nachdem er bereits seit September 1953 stillschweigend nicht mehr verwendet worden war.⁸⁵ Anstelle der bisherigen Direktwahl des Generalsekretärs durch den Parteitag wurden in der konstituierenden ZK-Sitzung am 16. Mai 1954 vier Sekretäre des Zentralkomitees gewählt, unter denen Fűrberg weiterhin – obwohl nicht als 1. Sekretär bezeichnet – die wichtigste Position einnahm. Die weiteren Sekretäre waren der Leiter der Kaderabteilung Heinrich Fritz, der niederösterreichische Landesobmann Franz Honner und der Leiter der Organisationsabteilung Rudolf Richter.⁸⁶ Alle vier ZK-Sekretäre wurden 1957 nach dem 17. Parteitag bestätigt. Auch der Parteivorsitzende wurde ab 1954 wieder vom Zentralkomitee und nicht mehr vom Parteitag direkt gewählt. Das bisher bestehende Org.-Büro wurde abgeschafft.⁸⁷ Das neue Polbüro setzte sich aus elf Mitgliedern zusammen und war identisch mit dem bisher bestehenden Sekretariat, das bereits ein Jahr vor dem Parteitag – in der ZK-Sitzung am 24./25.3.1953 – durch Hinzuziehung von Fritz, Hexmann (Sekretär der Gewerkschaftsabteilung) und Lauscher (Wiener Landesobmann) erweitert worden war.⁸⁸ Aufgrund dieser Reorganisation schieden Altmann-Postranecky, Elser, Haider, Horn, Hütter, Moser und Wachs aus der engeren Parteiführung aus. Damit verschob sich das Gewicht zu den RemigrantInnen (sieben von elf) und hier wiederum zu den sechs „Moskauern“, die nun erstmals nach 1945 tatsächlich die Mehrheit in der Führungsspitze stellten.

In dieser Größe blieb das Polbüro in den weiteren Jahrzehnten der bestimmende Faktor der KPÖ-Politik. Nach dem 17. Parteitag im März 1957 kam es nur zu kleineren Änderungen: Heinrich Fritz musste wieder ausscheiden, nicht zuletzt als Reaktion auf die am 20. Parteitag der KPdSU geäußerte Kritik und die anschließende Auflösung der Kader-

abteilung, die in die Organisationsabteilung einging. Er blieb aber sowohl Sekretär des Zentralkomitees als auch Vorsitzender der 1954 eingerichteten sechsköpfigen Finanzkommission,⁸⁹ womit er auch in den folgenden Jahren eine einflussreiche Führungspersonlichkeit

war. Dem Zentralkomitee gehörte er bis ins Jahr 1974 und der Finanzkommission bis in die 1980er Jahre an. Von 1970 bis 1974 war er als Finanzreferent auch wieder Mitglied eines im Jahr 1965 neu geschaffenen fünfköpfigen Sekretariats.⁹⁰ Statt Zucker-Schilling war ab 1957 der neue *Volksstimme*-Chefredakteur Erwin Scharf, der 1956 die linkssozialistische *Sozialistische Arbeiterpartei* (SAP) in die KPÖ überführt hatte, Mitglied des Polbüros.⁹¹ Am 18. Mai 1958 kamen im Zuge von Ergänzungswahlen der niederösterreichische Landesobmann Robert Dubovsky neu und Otto Horn erneut ins Polbüro,⁹² womit dem Gremium nun zwölf Mitglieder angehörten. Nach dem 18. Parteitag im April 1961 wurden Egon Kodicek, Franz Muhri und Franz West anstelle von Altmann (1960 verstorben), Fiala und Fischer gewählt. Honner blieb zwar Mitglied des Polbüros, ließ sich aber aus Altersgründen als ZK-Sekretär von Hexmann ablösen. Erst im Jahr 1965, als Muhri zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde, kam mit Maria Urban wieder eine Frau in die engere Parteiführung. Neu im Polbüro war seit diesem Jahr auch Alfred Ruschitzka. Ausgeschieden waren Hexmann, der zum Ehrenvorsitzenden gewählte Kopenlig und der 1964 verstorbene Honner. Die Anzahl der ZK-Sekretäre wurde von vier auf zwei reduziert: Fűrberg und Scharf, der Franz West als Chefredakteur der *Volksstimme* Platz gemacht hatte. Obwohl Fűrberg geplant hatte, bereits am 20. Parteitag im Jänner 1969 aus Altersgründen aus der Parteiführung auszuscheiden, blieb er aufgrund der krisenhaften Entwicklung der Partei in den Jahren 1968 bis 1971 bis 1970 ZK-Sekretär und bis 1977 Mitglied des Polbüros.

Das Zentralkomitee ab 1948

Am 14. Parteitag im Herbst 1948 wurde das Zentralkomitee stark erweitert: von 39 auf 58 Mitglieder, sowie von 13 auf zunächst 16 und nach dem Oktoberstreik im Jahr 1950 auf 24 KandidatInnen. Am 15. Parteitag im November 1951 (60 Mitglieder und 23 KandidatIn-



16. Parteitag der KPÖ im Mai 1954 im Wiener Konzerthaus.

nen) und 16. Parteitag im Mai 1954 (59 Mitglieder und 27 KandidatInnen) blieb diese Gesamtzahl annähernd konstant. Abschließend soll der Blick darauf gelenkt werden, ob und wie sich angesichts der Vergrößerung von 52 auf mehr als 80 ZK-Angehörige die Gewichte verschoben haben. Zunächst ist von Interesse, dass zu den RemigrantInnen, Inhaftierten und „KommunistInnen im Lande“ eine vierte Gruppe hinzukam: jene, die in den Jahren der NS-Diktatur zum Kriegsdienst in der Wehrmacht verpflichtet worden waren. Von den ZK-Mitgliedern des Jahres 1946 waren nur der Salzburger Landesobmann Franz Strasser, der Burgenländische Landesobmann Vinzenz Böröcz und der Landessekretär von Vorarlberg Fritz Bickel in der Wehrmacht, wobei Böröcz und Bickel aufgrund ihrer politischen Aktivitäten in ein Strafbataillon eingezogen worden waren. In den Zentralkomitees der Jahre 1948, 1951 und 1954 waren nun zehn bis zwölf ehemalige Wehrmachtangehörige vertreten, wobei auch hier zu betonen ist, dass es sich dabei nicht um Angehörige der „HJ-Generation“, sondern mit einer Ausnahme um kommunistische Parteigänger im wehrfähigen Alter handelte, die zum Teil bereits vor 1934 der KPÖ angehört und auch in der NS-Zeit illegale politische Arbeit geleistet hatten. Mit Ernst Schmidt, der 1946 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, 1947 der KPÖ beitrat und 1951 zum Betriebsratsobmann von Austro-Fiat in Wien-Floridsdorf gewählt wurde, wurde nach dem Oktoberstreik des Jahres 1950 erstmals ein Vertreter der Antifa-Bewegung in den sowjetischen Lagern als Kan-

didat des Zentralkomitees kooptiert und 1951 zum Mitglied gewählt.

Insgesamt bestand eine Herausforderung für die KPÖ als neu formierter Massenpartei darin, neben erfahrenen ParteifunktionärInnen, die sich in den Jahren der Illegalität – im antifaschistischen Widerstand oder im Exil – bewährt hatten, auch „frische, junge Kräfte“⁹³ in die Parteiführung einzubinden. Der Anteil der nach 1945 der KPÖ beigetretenen GenossInnen im Zentralkomitee blieb aber mit 8% im Jahr 1954 relativ gering. Im Zuge der Vergrößerung des Zentralkomitees wurde das Gewicht der „alten“ KommunistInnen sogar weiter gestärkt: Waren von den ZK-Angehörigen des Jahres 1946 nur 44% vor 1934 der KPÖ beigetreten, stieg dieser Prozentsatz im Jahr 1951 auf 55. Hierin kommt auch die bereits oben angeführte Tatsache zum Ausdruck, dass im Zuge der Verbreiterung des Zentralkomitees verdiente Funktionäre aus den Jahren der Ersten Republik – wie etwa Schüller, Pointner und Täubl – erneut in die Führung einbezogen wurden.

Noch mehr als in der Anfangsphase der Zweiten Republik wurde das Zentralkomitee in den 1950er Jahren von hauptberuflichen FunktionärInnen dominiert: Deren Anteil stieg von 60% (1946) auf 80% (1954). Darin spiegelt sich aber nicht nur eine gewisse Bürokratisierung der Partei, sondern auch die Ausgrenzung der KPÖ aus der österreichischen Gesellschaft, die exponierte KommunistInnen auf Wirkungsmöglichkeiten innerhalb der Partei zurückwarf. So fanden etwa jene Gewerkschaftssekretäre, die nach dem Oktoberstreik aus dem ÖGB

ausgeschlossen wurden – darunter auch die ZK-Mitglieder Gottlieb Fiala, Leopold Hrdlicka und Gustl Moser –, entweder in USIA-Betrieben oder im Apparat der Partei einen neuen Arbeitsplatz.⁹⁴ Damit waren nur 17 der insgesamt 86 ZK-Angehörigen des Jahres 1954 außerhalb der Partei und ihres Umfelds beschäftigt: vier davon in ÖGB und Arbeiterkammer, zwei bei der ÖBB, einer bei der Polizei (Moritz Fels-Margulies). Ab 1950 gelang es in zunehmendem Maße, auch Betriebsarbeiter in die Parteiführung einzubeziehen: neben Ernst Schmidt etwa den Betriebsratsobmann der Alpine Donawitz Franz Petz (Mitglied bis 1965), den Betriebsrat von Schoeller-Bleckmann in Ternitz Johann Pinkl (Mitglied bis 1970), den VÖEST-Betriebsrat Josef Luckeneder (Kandidat bis 1961) oder den Betriebsrat der Steyr-Werke Franz Hofmann (Kandidat bis 1961). 1954 lag der Anteil der BetriebsarbeiterInnen bei 8% (drei Mitglieder und vier Kandidaten). Der Angestelltenbetriebsrat von Steyr Leopold Linsenmayer (Kandidat bis 1957) wurde nach seiner Kündigung infolge des Oktoberstreiks Direktor des zur USIA gehörenden Nibelungenwerks in St. Valentin. Auffällig ist der vergleichsweise geringe Anteil jener, die in intellektuellen Berufen arbeiteten, ist hier doch bis zum Jahr 1957 allein der Arzt Franz David zu nennen. Bezeichnend wiederum ist die Tatsache, dass die Anzahl der Frauen trotz Vergrößerung des Zentralkomitees in den Jahren 1946, 1948, 1951 und 1954 mit insgesamt sieben konstant blieb, womit der ohnehin geringe Frauenanteil von 13,5% (1946) auf 8% (1954) zurückging. In der Gesamtmitgliedschaft waren Frauen demgegenüber mit 37% vertreten.⁹⁵

Der Altersschnitt der ZK-Mitglieder stieg in den Jahren 1946 bis 1954 von 44 auf 47 Jahre. Etwas mehr als die Hälfte der ZK-Angehörigen des Jahres 1946, nämlich 27 von 52, war zwischen 40 bis 49 Jahre alt, gefolgt von der Alterskohorte der 30 bis 39-Jährigen mit 14 VertreterInnen. Die übrigen zehn waren älter als 50 Jahre. Der jüngste wurde 1915 geboren (Vinzenz Böröcz), der älteste 1875 (Karl Steinhart). Die Fluktuation blieb bis 1954 relativ gering: bis dahin waren insgesamt 16 GenossInnen wieder ausgeschieden und 38 – vor allem im Zuge der Vergrößerung – nachgerückt, wobei sich diese nicht aus jüngeren GenossInnen, sondern mehrheitlich aus den Kreisen älterer Parteimitglieder mit Widerstands- und Exilhintergrund rekrutierten. Somit kommt im vergleichsweise gerin-

gen Anstieg des Durchschnittsalters kaum die Tendenz zum Ausdruck, dass der Anteil der 30- bis 39-Jährigen von 27 auf 15% und jener der 40- bis 49-Jährigen von 52 auf 42% zurückging, während jener der 50- bis 59-Jährigen von 17 auf 35% zulegte. 1951 wurde erstmals ein unter 30-Jähriger, nämlich der 1927 geborene neue FÖJ-Vorsitzende Hubert Schwab, in das Führungsgremium gewählt.

Auch die darauffolgenden Parteitage in den Jahren 1957 und 1961 waren weitgehend von personeller Kontinuität geprägt. Neue ZK-Mitglieder rekrutierten sich nach wie vor weniger aus „neuen“ Parteimitgliedern, sondern entsprachen generationell weitgehend dem bisherigen Profil. Erst am 19. Parteitag im Mai 1965 schieden 34 der bisherigen 87 Mitglieder aus dem Zentralkomitee aus und machten mehrheitlich jüngeren GenossInnen Platz, die erst nach 1945 der KPÖ beigetreten waren. Im Vorfeld des 20. Parteitags im Jänner 1969 wurde schließlich der Beschluss gefasst, dass Mitglieder des Zentralkomitees, die das 60. Lebensjahr überschritten hatten, im allgemeinen nicht mehr kandidieren sollten. Mit dem darauffolgenden Rückzug der „alten Garde“ aus der Parteiführung fand auch die den obigen Analyse Kriterien zugrunde liegende Nachkriegskonstellation ein Ende.

Anmerkungen:

1/ Einige Protokolle dieser Leitungssitzungen aus den Jahren 1939, 1940 und 1942 liegen in: Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte, Moskau (RGASPI) 495/12/24, 495/74/13, 495/74/19 und 495/80/558.

2/ Jagschitz, Gerhard: Regierung- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen 2006, S. 367–416, hier S. 397.

3/ Vgl. Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 4.7.1945.

4/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 6.8.1945.

5/ Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Gemeinsam mit den Delegierten aus den Ländern, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.9.1945, S. 1.

6/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945.

7/ Sonntag Tagung des Zentralkomitees, in: *Pressedienst des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs*, Nr. 24, 7.12.1945,

S. 1; Die Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Pressedienst*, Nr. 26, 10.12.1945, S. 1.

8/ Mitteilung des Zentralkomitees, in: *Die Rote Fahne*, Nr. 8, August 1937.

9/ Glaubauf, Fritz: Johann Kopenig. Zum 80. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden der KPÖ am 15. Mai, in: *Volksstimme*, 16.5.1971, S. 11–12, hier S. 11.

10/ Vgl. Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich 1973, S. 49.

11/ ZPA der KPÖ, Rudolf Richter: Lebenslauf, 28.8.1945.

12/ RGASPI 495/74/17/2, Johann Kopenig an Georgi Dimitrow, 8.2.1941; Fritz, Heinrich: Stationen meines Lebens. Wien 1990 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 4), S. 21.

13/ ZPA der KPÖ, Protokolle Nr. 3, 4, 5 und 6 der Sitzungen des Präsidiums des ZK der KPÖ am 8.10.1945, 25.10.1945, 30.11.1945 und 8.12.1945.

14/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPÖ am 23.9.1945; Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Gemeinsam mit den Delegierten aus den Ländern, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.9.1945, S. 1.

15/ Parteitag der kommunistischen Partei Österreichs, in: *Salzburger Tagblatt*, 27.10.1945, S. 1.

16/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 20 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 11.1.1946, S. 3.

17/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 17 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 5.1.1946, S. 1.

18/ Meisel, Josef: Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970. Wien 1986 (Biografische Texte zur Kultur- und Zeitgeschichte, Bd. 3), S. 15–19, hier S. 16 und 19.

19/ Keller, Fritz: Die KPÖ 1945–1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994. Berlin 1994, S. 104–121, hier S. 106 und 111; Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 85.

20/ Meisel: Mauer, S. 17.

21/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Exilbibliothek 9475, Franz Marek: Erinnerungen, o.D., S. 91.

22/ DÖW 20126/O3, Bruno Frei an Friedl Fürnberg, 16.5.1962.

23/ Genner, Michael: Mein Vater Laurenz Genner. Ein Sozialist im Dorf. Wien, München, Zürich: Europaverlag 1979, S. 192.

24/ Keller, Fritz: Die KPÖ und die Schauprozesse in Osteuropa 1948 bis 1953, in: Maderthaler, Wolfgang/Schafranek, Hans/Unfried, Berthold (Hg.): „Ich habe den Tod verdient“. Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956. Wien 1991, S. 199–218, hier S. 209. An anderer Stelle modifiziert Keller diesen Befund zur Nullaus-

sage, dass diese „konkurrierenden Eliten“ entweder „integriert oder ausgeschaltet“ worden seien (Keller: Die KPÖ 1945–1955, S. 106).

25/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Eine „Bande von Gaunern, Schwindlern und naiven Leuten“. Die Widerstandsbewegung O5 und die Kommunistische Partei Österreichs, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien. Jahrbuch 2016. Wien 2016, S. 101–139, hier S. 108–119.

26/ Schärf, Adolf: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1950, S. 87.

27/ Aichinger, Wilfried: Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Wien 1977 (Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 1), S. 164.

28/ Schärf: Volksdemokratie, S. 71.

29/ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955, S. 73 und 183.

30/ Wandruszka, Adam: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954, S. 289–485, hier S. 473; Gutkas, Karl: Die politische Entwicklung in der Zweiten Republik, in: ders./Brusatti, Alois/Weinzierl, Erika: Österreich 1945–1970. 25 Jahre Zweite Republik. Wien 1970 (Schriften zur Erwachsenenbildung in Österreich, Bd. 21), S. 3–191, hier S. 51.

31/ Rauchensteiner, Manfred: Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien 1987, S. 33.

32/ Bailer, Brigitte: WiderstandskämpferInnen und politisch Verfolgte in der Zweiten Republik, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. Wien 2013, S. 283–305, hier S. 289.

33/ Mueller: Besatzung, S. 85.

34/ [Marschalek, Manfred]: Die Wirren der ersten Tage: Es geschah im „Roten Salon“, in: *AZ. Tagblatt für Österreich*, 5.4.1985, Thema (Beilage), S. VI–VII, hier S. VII.

35/ Wiener Stadt und Landesarchiv (WStLA), Historische Kommission 1945, Nr. 176, Interview mit Otto Langbein am 5.8.1975, S. 19.

36/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 5. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.9.1947, Beilage: Referat von Johann Kopenig, S. 3.

37/ WStLA, Historische Kommission 1945, Nr. 176, Interview mit Otto Langbein am 5.8.1975, S. 19, der an dieser Stelle auch hervorhebt, dass die Führung der Partei in der Volksfrontorientierung „vollkommen einig“ gewesen sei (S. 5).

38/ Hanna Sturm wurde 1956 wieder aufgenommen (ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Kommission zur Behandlung von Parteiverfahren am 29.8.1956); Böröcz, Vinzenz: Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy gehörte. Wien 1995 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiter-

- bewegung, Bd. 6), S. 147.
- 39/ Mueller: Besatzung, S. 85.
- 40/ Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, NL 38, Ernst Fischer, Do 126, Mappe 3, Bericht über die Bezirke Knittelfeld, Leoben, Bruck und Mürzzuschlag.
- 41/ Auftakt zur Werbekampagne in Wien, in: *Pressedienst des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs*, 5.10.1945, S. 1.
- 42/ RGASPI 17/128/781/232–236, Johann Kopenig und Friedl Fürnberg an Josef Stalin, 14.10.1945, Dok. Nr. 22 in Mueller, Wolfgang u.a. (Hg.): *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven*. Wien 2005 (Fontes Rerum Austriacarum, 2. Abteilung: Diplomataria et Acta, Bd. 93), S. 211–221, hier S. 217.
- 43/ RGASPI 17/128/112/68–71, Bericht der Politverwaltung der Zentralen Heeresgruppe, 17.4.1946, Dok. Nr. 27 in: ebd., S. 247–251, hier S. 247.
- 44/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 28 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 18.3.1946, S. 1.
- 45/ ZPA der KPÖ, Org.-Bericht der Wiener Stadtleitung der KPÖ, 16.9.1946, S. 14.
- 46/ Enderle-Burcel, Gertrude: Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.): *Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur*. Wien 1995 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 60), S. 80–93, hier S. 84.
- 47/ Jagschitz: Regierungs- und Verwaltungsaufbau, S. 397.
- 48/ Kamptner, Susanne: Der Kalte Kulturkrieg. Österreich als Subjekt und Objekt im Ost-West-Spannungsfeld. Antikommunismus als kulturpolitischer Konsens dargestellt am Beispiel der Wiener Theaterkritiken aus den Jahren 1945–1955. Diplomarbeit Universität Wien 1997, S. 25.
- 49/ RGASPI 495/80/449/28–47, Über die Kaderfrage am ZK-Plenum, Dezember 1935, hier Bl. 30.
- 50/ Von 1934 bis 1946. 12 Jahre Kampf für Freiheit und Demokratie. Referat des Genossen Friedl Fürnberg (Sekretär der KPÖ) auf dem 13. Parteitag der KPÖ als Bericht über die Arbeit seit dem 12. Parteitag (1934). Wien 1946, S. 4.
- 51/ Unsterbliche Opfer. Gefallen im Kampf der Kommunistischen Partei für Österreichs Freiheit, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. o.O. [Wien] o.J. [1945], S. 5f. und 39.
- 52/ Im Zeichen der Solidarität von Ost und West. Der Beginn des Parteitages der Kommunistischen Partei Oesterreichs, in: *Österreichische Volksstimme*, 20.4.1946, S. 1–2, hier S. 1; Von 1934 bis 1946, S. 12. Beide sprachen in dieser Stelle von 13 umgekommenen ZK-Mitgliedern, wobei Kopenig auch Heinrich Müller nannte. Damit war wohl Josef Müller angesprochen, der gemeinsam mit Bruno Dubber, Josef Czarmann u.a. Ende 1938 verhaftet und am 6. April 1945 beim Massaker im Zuchthaus Stein erschossen wurde.
- 53/ RGASPI 495/80/405/5–7, XII. Parteitag der KPÖ, hier Bl. 7.
- 54/ West, Franz: Die Reichskonferenz der KPÖ – vor 15 Jahren, in: *Weg und Ziel*, 10. Jg. (1952), Nr. 9, S. 607–611, hier S. 611.
- 55/ RGASPI 495/74/9/3, Verzeichnis der Mitglieder des ZK der KPÖ, gewählt auf der Parteikonferenz im August 1937, 19.5.1938.
- 56/ Mugrauer, Manfred: „Soldat der gerechten Sache“. Zum 100. Geburtstag der kommunistischen Widerstandskämpferin Hedy Urach, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 3, S. 9–21, hier S. 11f.
- 57/ McLoughlin, Barry/Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: *Kommunismus in Österreich 1918–1938*. Innsbruck, Wien, Bozen 2009, S. 481.
- 58/ Fischer, Walter: *Kurze Geschichten aus einem langen Leben*. Mannheim 1986, S. 193.
- 59/ Der Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, 3. Jg., Nr. 53, 4.10.1934, S. 2301–2305, hier S. 2302.
- 60/ Marie Köstler, ehemalige SP-Abgeordnete, der KP beigetreten, in: *Österreichische Volksstimme*, 16.2.1946, S. 2.
- 61/ Weinberger, Lois: *Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich*. Wien 1948, S. 249. Zu ergänzen bleibt, dass diese Aussage auch vom Zeitablauf her unsinnig ist, gelang es doch den Häftlingen in der Regel erst Wochen nach der Befreiung, nach Wien zurückzukehren, also nach der Rückkehr der wichtigsten Moskauer Exilanten.
- 62/ Binder, Dieter A./Bruckmüller, Ernst: *Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918–2000*. Wien 2005 (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde), S. 40.
- 63/ Sandgruber, Roman: *Das 20. Jahrhundert*. Wien 2003 (Geschichte Österreichs, Bd. VI), S. 106.
- 64/ *Unser Weg*. Bericht über die Arbeitstagung der Freien Österreichischen Jugend 12. und 13. Jänner 1946. Wien F.Ö.J. 1946, S. 32.
- 65/ Toch, Josef: *Enklave KPÖ*, in: Hannak, Jacques (Hg.): *Bestandaufnahme Österreich 1945–1963*. Wien, Hannover, Bern 1963, S. 63–82, hier S. 65.
- 66/ Meisel: *Mauer*, S. 17f. und 109.
- 67/ Russisches Staatsarchiv für neuere Geschichte (RGANI) 5/28/70/2–30, 32–39, 45–56, Bericht des sowjetischen Hochkommissars W. P. Swiridow und des Politischen Vertreters der UdSSR in Österreich S. M. Kudrjawtschew, 21.3.1953, Dok. Nr. 84 in Mueller u.a. (Hg.): *Sowjetische Politik*, S. 819–891, hier S. 887.
- 68/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.3.1953, S. 3.
- 69/ *Etwa Müller-Kampel, Beatrix* (Hg.): *Edith Rosenstrauch-Königsberg. Von der Metallschleiferin zur Germanistin. Lebensstationen und historische Forschungen einer Emigrantin und Remigrantin aus Wien*. Wien, Köln, Weimar 2001 (Literatur und Leben, Bd. 56), S. 11–77, hier S. 30, Anm. 35.
- 70/ *Unser dritter Bundeskongreß*, in: *Jugend voran*, 6. Jg., Nr. 21, 3.11.1951, S. 8–9; ZPA der KPÖ; *Beschlüsse der Sitzung des Büros der Wiener Stadtleitung am 9.11.1951*.
- 71/ McLoughlin/Leidinger/Moritz: *Kommunismus in Österreich*, S. 305f.
- 72/ *Statut der Kommunistischen Partei Österreichs*. Wien o.J. [1948], S. 9.
- 73/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Politischen Sekretariats am 2.5.1946, S. 1.
- 74/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Politischen Sekretariats am 21.5.1946, S. 1.
- 75/ *Statut der Kommunistischen Partei Österreichs*. Wien o.J. [1948], S. 11.
- 76/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 2.11.1948, S. 2–6.
- 77/ *Die Wahl des Zentralkomitees*, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.11.1948, S. 1; *Der 14. Parteitag* (Protokoll), S. 212.
- 78/ Fischer: *Das Ende einer Illusion*, S. 164.
- 79/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 8. ZK-Plenums der KPÖ am 28./29.8.1948, Beilage 32: *Schlusswort von Johann Kopenig*, S. 4f.; Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 2.11.1948, S. 1.
- 80/ Dok. Nr. 84 in Mueller u.a. (Hg.): *Sowjetische Politik*, S. 819–891, hier S. 887.
- 81/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 21 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 7.5.1954, S. 2.
- 82/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 16.5.1954, S. 1.
- 83/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 36 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 9.9.1953, S. 2.
- 84/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 16.5.1954, S. 1.
- 85/ Vgl. ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 38 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 21.9.1953, S. 1.
- 86/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 16.5.1954, S. 1.
- 87/ *Statut der Kommunistischen Partei Österreichs beschlossen am 15. Parteitag 13. bis 16. Mai 1954*. Wien o.J. [1954], S. 9f.
- 88/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.3.1953, S. 4.
- 89/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 2 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 20.5.1954, S. 1.
- 90/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 16.6.1970, S. 1f.
- 91/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 6.4.1957, S. 2.
- 92/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 10. ZK-Plenums der KPÖ am 17./18.5.1958, S. 2.
- 93/ Fürnberg, Friedl: *Unsere Partei*, in: *Österreichische Volksstimme*, 18.9.1945, S. 1–2, hier S. 1.
- 94/ Autengruber, Peter/Mugrauer, Manfred: *Oktobersstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme*. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 2016, S. 62.
- 95/ *Material zum XVI. Parteitag Mai 1954, vorgelegt vom Zentralkomitee der KPÖ*. o.O. [Wien] o.J. [1954], S. 5.

Frieda und Otto Hauberger

Widerstand in Kapfenberg

HEIMO HALBRAINER

Der Kapfenberger Helmut Hauberger war 1958 einer der aufstrebenden Linksaußen-Stürmer auf dem Sprung ins österreichische Fußballnationalteam.¹ Dazu ist es aber nicht gekommen. „Berühmt“ wurde er aber dennoch, wenn auch nur indirekt. Am 12. Oktober 1958 spielte der Kapfenberger Sportverein (KSV) auf der Simmeringer Had. Kurz vor Spielende schoss Hauberger das 1:0 Siegestor für den KSV. Der Tormann von Simmering rächte sich in der letzten Spielminute und Hauberger wurde mit einem offenen Schien- und Wadenbeinbruch vom Platz getragen. Der im Stadion anwesende Helmut Qualtinger fasste das in seinem berühmten Satz – „Die Stierkämpf’, a matte Sache ... Simmering gegen Kapfenberg, das nenn’ i Brutalität“ – zusammen.² Während dieser Satz in den Zitatenschatz Österreichs Eingang fand,³ blieb Helmut Hauberger eine weitere Fußballkarriere verwehrt, und er wurde nicht berühmt. Kaum bekannt ist aber auch die Geschichte seiner Eltern, die in Kapfenberg führend im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv waren.

Sozialisation

Frieda Hauberger wurde am 9. August 1916 als Siegfriede Sterner in Kapfenberg geboren. Als sie sechs Jahre alt war, trennten sich ihre Eltern und ihre Mutter und sie mussten wieder zu den Großeltern ziehen. Um das kärgliche Einkommen der Mutter aufzubessern, musste Frieda neben der Schule ihrer Mutter bei der Arbeit helfen. Während der Schulzeit schloss sie sich der sozialdemokratischen Jugendorganisation der *Roten Falken* an. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule sowie einer Haushaltungsschule ging sie für zwei Jahre nach Wien, wo sie als Hausgehilfin arbeitete. 1932 kehrte sie wieder nach Kapfenberg zurück, wo sie ihren späteren Mann, den damals 20-jährigen Schlosser, Otto Hauberger, beim Theaterspielen im Rahmen der Sozialistischen Jugend kennen lernte.

Otto Hauberger war auch Mitglied des Republikanischen Schutzbundes, der am 12./13. Februar 1934 in Kapfenberg die zentralen Gebäude und Orte der Stadt besetzt hielt und den Gendarmerieposten angriff. Nachdem am Nachmittag des

13. Februars Militär aus Neusiedl am See und eine Abteilung des Wiener Neustädter Heimatschutzes nach Kapfenberg verlegt worden waren, die in der Folge die von den Schutzbündlern gehaltenen Stellungen – u.a. am Schlossberg – stürmten, flohen die Schutzbündler teilweise in die Berge. Am 16. Februar 1934 vermerkte die Gendarmeriechronik: „Vom Posten Kapfenberg wurden bisher 149 Personen verhaftet und gegen die noch Flüchtigen oder vom Posten Bruck an der Mur oder Frohnleiten Verhafteten die Anzeige erstattet.“⁴ Otto Hauberger war einer dieser später Festgenommenen, der bis 4. Juni 1934 in Leoben in Haft war.

1935 heirateten Otto und Frieda Hauberger und ihr Sohn Helmut wurde noch im gleichen Jahr geboren. Beide waren – wie Frieda Hauberger in einem Interview berichtete⁵ – in der Folge der Februar-kämpfe vier Jahre arbeitslos. Sie blieben nach dem Verbot der sozialistischen und kommunistischen Organisationen weiter politisch aktiv – so auch kurz vor dem „Anschluss“ im März 1938. „Anlässlich eines Fackelzuges in Kapfenberg verstreuten wir Flugblätter, während die Menschen alle ‚Heil Hitler‘ riefen. Es blieben uns dabei aber noch viele Zettel übrig. Mit diesen fuhr mein Mann auf dem Fahrrad bis nach St. Marein und verstreute sie auf der Straße. Die Leute meinten am nächsten Tag, da müsse ein Auto gefahren sein, weil so viele Flugzettel auf der Straße lagen.“ Daneben habe sie „Fahnen mit Hammer und Sichel und den drei Pfeilen auf Strommasten aufgehängt“.⁶

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938 und den Verhaftungen von politischen Gegnern versuchten die Nationalsozialisten auch eine Aussöhnung mit den Kommunisten und Sozialdemokraten herbeizuführen und sie kurzfristig für ein „Ja“ bei der Volksabstimmung am 10. April 1938 zu gewinnen. Ein Mittel war, ihnen mit einer *Kraft durch Freude* (KdF)-Fahrt nach Deutschland die „Er rungenschaften“ des „Dritten Reiches“ zu zeigen. Aus diesem Grund verabschiedete der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich, Gauleiter Josef Bürckel, am

21. März 1938 die KdF-Fahrer mit den Worten: „Ihr früheren Kommunisten und Sozialdemokraten! Ich glaube nicht daran, dass einer, der deutsches Blut in den Adern hat, innerlich schlecht sein kann. Es gibt tausende anständige Menschen im früheren roten Lager, die geglaubt haben, ihre Sache sei richtig. [...] Nun geht ihr ins Reich! Macht die Augen auf, redet mit euren Kameraden am Schraubstock. [...] Ich verlange nicht, dass ihr euch gleich als Nationalsozialisten bekennt, aber bei eurer Rückkehr sollt ihr mir ins Auge sehen und sagen: ‚Ich habe mich bemüht, das Neue zu verstehen!‘“⁷

Otto Hauberger, aber auch andere Kapfenberger, gehörten zu jenen, die so für das nationalsozialistische Deutschland gewonnen werden sollten. Nach seiner Rückkehr von der KdF-Fahrt erhielt Otto Hauberger zudem wieder Arbeit in Kapfenberg, wo die Böhler-Werke mit über 7.000 Arbeitern zu einem der führenden Rüstungsbetriebe in der Steiermark aufstiegen. Otto Hauberger schloss sich 1938 dem kommunistischen Widerstand an,⁸ der in Kapfenberg in zwei Gruppen geteilt war. So organisierte die Kapfenbergerin Desideria Breitler,⁹ ein ehemaliges ZK-Mitglied des KJV, eine bis nach Mürrzusschlag reichende Organisation der KPÖ. Parallel dazu baute der im Mai 1938 von Graz nach Kapfenberg übersiedelte Elektrotechniker Anton Buchalka eine Organisation der KPÖ auf, die bis nach Leoben reichte. Im Frühjahr 1940 gelang es der Gestapo, die beiden Organisationen zu zerschlagen. Auch Otto Hauberger wurde verhaftet und nach Graz überstellt. Frieda Hauberger musste sich eine Arbeit suchen: „Durch eine Volksschullehrerin, die ich kannte, bekam ich eine Stelle bei der Post, obwohl mein Mann eingesperrt war. Für den Innendienst war ich zu wenig ‚braun‘. Viele Leute protestierten dagegen, dass ich diesen Posten bekommen habe. Es passte ihnen nicht, dass die Frau eines ‚Verbrechers‘ bei der Post arbeitete.“¹⁰

Während der Kopf des kommunistischen Widerstands in Kapfenberg, Anton Buchalka, vom Volksgerichtshof Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und am 10. Juli 1941 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde,¹¹ kam Otto Hauberger nach einigen Mona-



Frieda Hauberger (1916–2009)

ten Haft im August 1940 schwer krank und teilweise gelähmt wieder nach Hause. „Ich setzte alles daran, dass mein Mann auf Kur nach Baden fahren konnte. Nach vier Wochen Behandlung konnte er dann wieder am Stock gehen. Langsam wurde es immer besser und er konnte dann auch wieder arbeiten gehen. Aber wir hatten keine Ruhe mehr. Die Leute glaubten, er sei jetzt ein Spitzel, da er aus der Haft entlassen wurde.“¹²

In Kapfenberg existierten in dieser Zeit trotz der Verhaftungen weiterhin Widerstandszellen in den Böhler-Werken, die in die Landesleitung der KPÖ um Franz Hiebler eingegliedert wurden.¹³ Auch nach der Zerschlagung dieser Organisation im August 1942 blieben viele unentdeckt, und es entstanden neue *Rote Hilfe*-Zellen bzw. begannen Arbeiter der Böhler-Werke um Maximilian Haitzmann und Otto Hauberger ab Ende des Jahres 1942 eine neue Organisation aufzubauen.

Gruppe Hauberger, Haitzmann, Büschinger

Im Sommer 1942 begannen der ehemalige sozialdemokratische Betriebsrat Maximilian Haitzmann und Otto Hauberger Mitglieder zu werben und eine Organisation nach dem „Dreikopfsystem“ aufzubauen, „von dem aus alle Gegner des Nationalsozialismus unter der Arbeiterschaft in Kapfenberg und Umgebung erfasst und politisch betreut werden sollte“, wie es im Urteil des Oberlandesgerichts gegen sie heißt.¹⁴ Zudem wurden Verbindungen zu den ausländischen Arbeitern im Werk hergestellt.

Otto Hauberger und Franz Büschinger, ein weiteres Mitglied der Kapfenberger

Organisation, kamen im Herbst 1943 auf Kur in die Rheumastation nach Laško (Tüffer). Dort trafen sie die aus Graz stammende Krankenschwester Aurelia Mikusch,¹⁵ die Kontakte zu den slowenischen Partisanen hatte und sie mit Milan Zagrajsek, einem Verbindungsmann zu den Partisanen, zusammenbrachte. Zagrajsek fuhr im Dezember 1943 zu einem Treffen nach Kapfenberg, bei dem besprochen wurde, wie Züge zum Entgleisen gebracht werden könnten, und bei dem auch vereinbart wurde, einen Kurierdienst nach Slowenien aufzubauen, Sanitätsmaterial zu liefern und Personen, die in Kapfenberg untertauchen müssten, zu den Partisanen zu bringen. Kontaktpersonen zwischen Lasko und Kapfenberg waren Franz und Aurelia Mikusch, wobei die Wohnung von Franz Mikusch in Graz eine Anlaufstelle war.¹⁶ In der Folge fuhren Otto und Frieda Hauberger sowie Haitzmann und Büschinger mehrmals in die Gegend von Loka (Laak), um sich mit Zagrajsek und anderen slowenischen Partisanen zu besprechen. Bei einer der Fahrten Mitte Jänner 1944 nahm Büschinger eine russische Studentin, die als Ostarbeiterin bei den Böhler-Werken gearbeitet hatte, zu den Partisanen nach Laak mit. Mitte März 1944 begleitete Frieda Hauberger die beiden Kapfenberger Otto Gleisler und Albert Freund zu den Partisanen und nahm auf dem Rückweg Sprengstoff mit. „Ich bekam 15 kg Sprengstoff, den ich an deutschen Truppen vorbeismuggeln musste. Da ich deutsch sprach, schöpften sie keinen Verdacht. Ich erzählte ihnen, dass ich gehamstert hätte, da mein Mann von der Front heimkommt.“¹⁷ Mit dem Sprengstoff wollten die Kapfenberger einen Munitionszug zwischen Kindberg und Kapfenberg sprengen. Während Frieda Hauberger am Abend vor dem Anschlag mit dem Zug in die Veitsch fuhr, brachte ihr Mann kurz vor Kindberg die Sprengladung an den Geleisen an. Doch bereits wenig später – „als er durch Schirmitzbüchel [Teil von Kapfenberg] fuhr, hörte er einen lauten Knall und der Himmel färbte sich blutrot. Da wusste er, dass etwas schiefgelaufen war. Als ich am nächsten Morgen aus der Veitsch herausfuhr und zu der Stelle kam, waren schon viele SS-Leute mit Hunden dort. Die Leute meinten, die Partisanen seien schon hier. Alles stand um den Zug herum. Die Geleise waren auf einer Länge von sieben Metern weggerissen. Der Zugführer hatte seine Lok repariert und wollte ausprobieren, ob sie wieder funktioniert. Er fuhr mit der Lok

genau auf die Sprengladung auf. Wir konnten ja nicht ahnen, dass da mitten in der Nacht einer so weit aus dem Bahnhofsbereich hinausfährt. So schlug der Anschlag auf den Munitionszug fehl.“¹⁸

Als der Anschlag erfolgte, war die Gestapo über die Aktivitäten der Kapfenberger bereits bestens informiert. Ende des Jahres 1943 hatte sich ihnen nämlich ein Mann angeschlossen, der sich „Erich Ritter“ nannte, in Wirklichkeit aber Hubert Moretti, ein V-Mann der Gestapo, war.

Frieda Hauberger hegte vom ersten Moment an Zweifel: „Büschinger hat mir den Erich Ritter als Freiheitskämpfer vorgestellt. Er sagte, dass Ritter Agent einer Wiener-Kunstphotoanstalt sei und für die Freiheitsbewegung arbeite. Er zeigte auch ein mit der Schreibmaschine geschriebenes und inhaltlich schlecht gehaltenes Flugblatt. [...] Ich hatte instinktmäßig gegen Ritter ein Misstrauen. Ich habe mein Misstrauen dem Ritter offen ins Gesicht gesagt und mich dahingehend ausgedrückt, dass es mich wundere, dass er jetzt als Kunstmaler herumreisen könne, wo doch alle verfügbaren Leute bei der Wehrmacht sein müssten. Ritter war nicht verlegen, sondern stellte sich empört, weil ich ein Misstrauen hatte. Er hatte damals eine Pistole mit sich. Ich habe ihm die Waffe weggenommen und sie ihm angesetzt und den Leuten gesagt, es wäre besser, wenn wir Ritter erschießen, als einem Spitzel aufsitzen.“¹⁹ Die anderen glaubten Ritter, der mit ihnen vereinbarte, sie mit der Leitung der KPÖ in Wien in Verbindung zu bringen.

Bei den Verbindungsleuten zu den slowenischen Partisanen wusste man Ende März 1944 bereits, dass in der Kapfenberger Organisation ein Spitzel saß. So tauchten Franz und Aurelia Mikusch am 23. März unter und schlossen sich den Partisanen in Slowenien an. Zur gleichen Zeit arrangierte Ritter im Auftrag der Gestapo am 26. März 1944 im Hotel „Ungarischer Hof“ in Wien ein Treffen zwischen Büschinger, Haitzmann und Hauberger und angeblichen Vertretern des Zentralkomitees der KPÖ, das aber in Wirklichkeit aus Gestapoleuten bestand. Haitzmann berichtete bei dieser Besprechung mit dem angeblichen Zentralkomitee der KPÖ über die Verbindungen zu den Partisanen. Frieda Hauberger war in Kapfenberg geblieben: „Ich konnte die ganze Nacht nicht schlafen, da ich ein ungutes Gefühl hatte. Ich wollte, wenn mein Mann nicht mehr zurückkommt, zu den Partisanen flüchten. Ich bereitete meine Eltern darauf vor, dass ich vielleicht fort müsse und

bat sie, auf meinen Sohn aufzupassen. Aber mein Mann kam nach Hause und sagte, es sei alles in Ordnung.“²⁰

Nachdem der Gestapo alle Kontakte bekannt waren, schlug sie drei Wochen später am 20. April 1944 zu und verhaftete zunächst die Männer im Böhler-Werk. Otto Hauberger widersetzte sich der Festnahme und wurde beim Fluchtversuch angeschossen. Anschließend wurden die Frauen festgenommen. Als die Gestapo bei Frieda Hauberger auftauchte und sagte, „ich soll mir ein Handtuch, Seife und eine Zahnbürste mitnehmen, da wusste ich schon, was es geschlagen hatte. Dort wo heute groß Böhler draufsteht, ist nebenan ein neues Gebäude mit Büroräumen. Damals war dort eine Baracke für den Werkschutz. Als ich dort hin kam, sah ich Blut. Ich fragte einen bekannten Schutzbündler, ob das von meinem Mann sei und was ihm passiert sei. Er sagte, dass er einen Beindurchschuss habe und dass ihn die Leute in der Mariazeller Straße aufgehalten hätten.“²¹ Zwei Wochen später war Otto Hauberger tot, er soll in der Gestapohaft Selbstmord begangen haben.

In der Todeszelle

Am 28. November 1944 verurteilte das Oberlandesgericht Graz, Senat für Hoch- und Landesverrat, Maximilian Haitzmann, Franz Büschinger und Frieda Hauberger zum Tode. Vier weitere Mitglieder der Organisation wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Im Urteil hieß es: „Sie haben sich in der Zeit von 1942 bis März 1944 in den Dienst der kommunistischen Partei und der slowenischen Banden gestellt, denen Maximilian Haitzmann und Siegfriede Hauberger auch Leute zugeführt haben, und sich dadurch der Vorbereitung zum Hochverrat und der Feindbegünstigung schuldig gemacht.“²² Die zum Tode Verurteilten blieben im landesgerichtlichen Gefangenenhaus, wo sich im Keller seit Sommer 1943 eine Hinrichtungsstätte befand. Frieda Hauberger kam in die Zelle 57, die „Todeszelle“. Dort standen sieben Betten, wie sie sich später erinnerte: „Immer wieder habe ich Zuwachs bekommen. Da war einmal die Leitner Anni aus Judenburg, dann kamen drei Frauen aus Kärnten, dann eine Mutter von drei Kindern. Wenn man alle umgebracht hatte, war ich wieder alleine.“²³ Nachdem diese Frauen am 23. Dezember 1944 bzw. 4. Jänner 1945 hingerichtet worden waren, kamen am 7. Jänner wieder Frauen zu ihr in die Zelle, die die Partisanen in Kärnten unterstützt hatten.²⁴ „Dann sind sechs aus

Kärnten gekommen, die viel gebetet haben. Sie schrieben ein Gesuch. Von der Frau der Mann war blind. Der wusste nicht, was in seinem Bauernhaus alles vor sich ging, den haben sie nicht mitgenommen. Aber seine Frau und die Tochter und der Schwiegersohn wurden umgebracht. Dann habe ich es nicht mehr ausgehalten und ich habe mich mit der Verdunkelungsschnur erhängt. Als ich schon am Strick hing, schaute gerade ein Aufseher herein und rettete mir so das Leben. Er massierte mich und gab mir Schnaps und Kaffee zu trinken und versuchte, mich zu ermutigen. Er meinte, mein Akt sei sicher nicht in Berlin angekommen, er müsste sonst schon längst zurück sein. Ich soll die Hoffnung auf Freiheit nicht aufgeben.“²⁵

Hoffnung kam tatsächlich auf, als am 27. März 1945 der damals diensthabende Wachkommandant das Fallbeil hatte verschwinden lassen. Er übergab es einem Justizwachebeamten, der es gemeinsam mit einem Häftling in einem Bombentrichter im südlichen Teil des Gartens des Gefangenenhauses vergrub. Damit waren Hinrichtungen im Landesgericht nicht mehr möglich. Zudem war bereits Anfang Februar 1945 seitens des Reichsjustizministers ein Schreiben an den Generalstaatsanwalt in Linz ergangen, „Vorbereitungen der Freimachung der Vollzugsanstalten des Oberlandesgerichtsbezirks Graz“ zu treffen, denn Oberdonau, wie Oberösterreich damals hieß, sollte zum „Aufnahmebezirk“ für die in den landesgerichtlichen Gefangenenhäusern der Steiermark einsitzenden Männer und Frauen werden.²⁶ Als die Rote Armee die steirische Grenze überschritten hatte, wurden Anfang April 1945 die Gefangenen aus dem landesgerichtlichen Gefangenenhaus entweder freigelassen, nach Oberösterreich verlegt oder ermordet. Frieda Hauberger berichtete: „Alle Politischen, die noch nicht verurteilt waren, wurden freigelassen. Zu mir hat man gesagt: ‚Der Vollzug ist aufgehoben, bis wir die Russen zurückgeschlagen haben.‘ Kurze Zeit später ruft einer zu mir herein: ‚Hauberger, fertigmachen zum Vollzug!‘ Dann ist aber der Regierungsrat gekommen und hat gesagt: ‚Glauben Sie dem Mann nicht, ich nehme Sie mit auf Transport.‘ [...] Wir wurden in einen Viehwaggon gestoßen.“²⁷

Frieda Hauberger wurde mit anderen nach Wels überstellt, wo sie von den Amerikanern befreit wurde. Ihre Mitstreiter Haitzmann und Büschinger wurden allerdings gemeinsam mit anderen bereits zum Tode verurteilten Wider-



Otto Hauberger (1912–1944) mit seinem Sohn Herbert

standskämpfern am 7. April in der SS-Kaserne in Wetzelsdorf ermordet.

Nachgeschichte

Wieder in Kapfenberg übernahm Frieda Hauberger das Milchgeschäft in der bereits im Juni 1945 nach ihrem Mann benannten „Otto-Hauberger-Straße“. Da es aber immer schlechter ging, pachtete sie gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten, dem Spanienkämpfer Erich Sorko, für zwei Jahre die Sonnenschienhütte auf dem Hochschwab, ehe sie ab 1964 im Zentrum von Bruck an der Mur eine Trafik erhielt, die sie bis 1984 führte.²⁸ Bis Ende der 1990er Jahre war sie in Schulen als Zeitzeugin unterwegs und wirkte als Vorstandsmitglied im KZ-Verband mit. Am 12. März 2009 starb Frieda Hauberger im 93. Lebensjahr in Kapfenberg.

Der Spitzel, der die Widerstandsgruppe in Kapfenberg hatte auffliegen lassen, Hubert Moretti, wurde vom Volksgericht Graz am 4. November 1948 wegen Denunziation zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt.²⁹

Im Jahr 2016 wurden in der Hochschwabsiedlung in Kapfenberg zwei Plätze entlang der Otto Hauberger-Straße nach dessen Mitstreitern Maximilian Haitzmann und Franz Büschinger benannt.³⁰

Anmerkungen:

1/ Helmut Hauberger's Fußball-Album ist online: https://issuu.com/heimoferschin/docs/hauberger_album [17.2.2017].

2/ Helmut Hauberger's Fußball-Karriere war damit zu Ende. Er spielte in der Folge noch bei Austria Kapfenberg in unteren Spielklassen und wirkte später erfolgreich als Fußballtrainer in

Angriffe von EU und Unternehmern auf die Gewerkschaften

ANNE RIEGER

Im Jahr 2010 kam es EU-weit zu einer Stagnation der Reallöhne. Verantwortlich hierfür sei „nicht zuletzt die in der Europäischen Union vorherrschende Politik“, so das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der deutschen Hans-Böckler-Stiftung im Jahr 2011. Die Krise werde genutzt, um erkämpfte Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu schleifen und Lohnkürzungen als vermeintliche Krisenlösungsstrategie zu propagieren.

Noch ist die Mehrheit der Beschäftigten in Europa durch kollektivvertragliche Regelungen geschützt. In Österreich liegt die KV-Dichte bei 95 Prozent – ein weltweiter Spitzenwert. Grundlage dafür ist der Flächenkollektivvertrag, der nun aber EU-weit geschleift werden soll. Der Abbau, das Unterlaufen und die radikale Dezentralisierung der KV-Systeme in den europäischen Krisenstaaten ist das Rezept, das die Unternehmer bereits in Deutschland nach 1990 erfolgreich erprobt haben. Verbunden mit Hartz IV führte es zur enormen Schwächung der deutschen Gewerkschaften. Auf diesen „Erfolg“ aufbauend, forderte 2012 die Generaldirektion Wirtschaft und Finan-

zen der Europäischen Kommission die Senkung gesetzlicher Mindestlöhne, die Aufhebung der KV-Verträge, die Kürzung von Arbeitslosenunterstützung und „weniger zentralisierte Lohnverhandlungssysteme“, mit dem Ziel der „Verzerrung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht“. Dieser Angriff auf die Gewerkschaften läuft in Österreich auf allen Ebenen: gegen die KV-Verträge, die gesetzlichen Arbeitnehmerrechte und durch die Kürzungspolitik, schönfärbereich Austeritätspolitik genannt. Ergebnis ist Massenarbeitslosigkeit, die die Kampfkraft der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften enorm schwächt.

Angriffe auf die Kollektivverträge

Herzstück der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht sind die KV-Verträge, mit denen Lohn und Gehalt, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Lehrlingsentschädigungen, Zulagen und Zuschläge, Arbeitszeit, Gleichstellung von ArbeiterInnen und Angestellten, Geltungsbereich und Laufzeit vereinbart werden. Einige Beispiele sollen die Mechanismen der Angriffe auf die KV-Verträge in Österreich illustrieren:

Atypisch Beschäftigte, EPU's: 2015 gab es 1,21 Millionen atypische Arbeitsverhältnisse – das sind 33,5% der unselbstständig Beschäftigten – darunter 1,02 Millionen Teilzeit- und nahezu 78.000 Leiharbeitsverhältnisse sowie 34.000 freie Dienstverträge. 300.000 Menschen, acht Prozent aller Erwerbstätigen, arbeiten als Ein-Personen-Unternehmen (EPU's), die Zahl der Crowdworker ist unbekannt. Sie alle verdienen weniger wegen verkürzter Arbeitszeit oder weil für sie kein KV oder ein ungünstigerer KV als für Stammbeschäftigte gilt.

Aufspaltung von Branchen und Betrieben, Kündigung von KV's: Branchen, die vormals eine KV gemeinsam verhandelten, werden aufgespalten, z.B. die Metallbranche in sechs Fachverbände. Die Beschäftigten der sechs Fachverbände müssen nun getrennt gegen die Unternehmerphalanx ihre Forderungen durchsetzen. Bei drei Runden sind das bereits 18 Termine. Die Koordinierung wird schwierig. Die Wirkung ist enorm, kampfstärke Branchen werden von kampfunerfahreneren getrennt. Mit letzteren beginnen dann die Unternehmer die Verhandlungen. Seit der Branchen-

der Steiermark. Zum Spiel „Kapfenberg gegen Simmering“ siehe u.a. den Bericht seiner Fußballkollegen: Karl Egger/Ernst Kolar: „Kapfenberg gegen Simmering, das ist Brutalität!“, in: Elke Murlasits/Maria Frohofer (Hg.): kicken „... ist doch offensichtlich die größte Liebe, die man entwickelt.“ Weitra 2007, S. 115.

3/ Robert Sedlaczek: Simmering gegen Kapfenberg, in: *Wiener Zeitung*, 4.11.2008.

4/ DÖW 13.114, Chronik des Gendarmeriepostenkommandos Kapfenberg.

5/ Interview von Rudolf Schlaipfer mit Frieda Hauberger (Transkript).

6/ Ebd.

7/ Rede des Gauleiters Josef Bürckel vor KdF-Fahrern, 21.3.1938, in: *Wiener Neueste Nachrichten*, 22.3.1938.

8/ Bestätigung der KPÖ Kapfenberg vom 17.1.1949, dass Otto Hauberger seit 1938 in der KPÖ Kapfenberg organisiert war.

9/ Heimo Halbrainer: Desideria Breitler, in: Ilse Korotin (Hg.): *biografA. Lexikon österreichischer Frauen*. Wien, Köln, Weimar 2016, S. 416f.

10/ Interview von Rudolf Schlaipfer mit Frieda Hauberger.

11/ Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, 2 J 103/40 g, Anklage und Urteil gegen Anton

Buchalka u.a. vom 12.2.1941.

12/ Interview von Rudolf Schlaipfer mit Frieda Hauberger.

13/ Siehe dazu die Kapitel „Die Gruppe Hiebler und das Ende des zentral organisierten Widerstandes der KPÖ“ und „Kommunistische Zellen in den Betrieben nach der Zerschlagung der zentralen Leitungen“ in: Heimo Halbrainer: „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“ Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945. Ein Gedenkbuch, Graz 2014, S. 60–70.

14/ Oberlandesgericht Graz, OJs 89/44, Urteil gegen Maximilian Haitzmann u.a. vom 28.11.1944.

15/ Heimo Halbrainer: Aurelia und Franz Mikusch – Bei den slowenischen Partisanen und im Ersten Österreichischen Bataillon, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 4, S. 15–18.

16/ Franz Mikusch: Mein Weg zu den jugoslawischen Partisanen, Manuskript, S. 4.

17/ Interview von R. Schlaipfer mit F. Hauberger.

18/ Ebd.

19/ Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Landesgericht Graz, Vr 6890/47, Zeugenvernehmung von Frieda Hauberger, 19.11.1947.

20/ Interview von R. Schlaipfer mit F. Hauberger.

21/ Ebd.

22/ OLG Graz, OJs 89/44.

23/ Frieda Hauberger: Zeitzeuginnen-Gespräch in Graz, 9.3.1988.

24/ Zu den Frauen siehe die Biografien in: Halbrainer, „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“, S. 108–128.

25/ Frieda Hauberger: Zeitzeuginnen-Gespräch.

26/ Zur Räumung: Heimo Halbrainer: „...die vorgenannten Elemente sind dagegen der Polizei zu Beseitigung zu überstellen ...“ – NS-Verbrechen anlässlich der Räumung der Haftanstalten und Konzentrationslager, in: Heimo Halbrainer/Victoria Kumar (Hg.): *Kriegsende 1945 in der Steiermark. Terror, Kapitulation, Besatzung, Neubeginn*. Graz 2015, S. 71–95.

27/ Rüdiger Mendel/Horst Rohrhofer: Zeitgeschichte persönlich erlebt von FRIEDA HAUBERGER, in: *Reibeisen. Das Kulturmagazin*, Nr. 8/1991, S. 63–68, hier S. 68.

28/ Josef Kaltenböck d. Ä.: Das Portrait: Siegfriede Hauberger, in: *Kapfenberger Senioren Zeitung*, 4.11.2001.

29/ StLA, LG Graz, Vr 6890/47, Urteil gegen Hubert Moretti, 4.11.1948.

30/ Zwei neue Plätze, in: *Kleine Zeitung (Bruck)*, 19.3.2016.

aufteilung ist die Lohnerhöhung dort kontinuierlich gesunken.

Weitere Mechanismen sind *Betriebsaufspaltungen* wie z.B. bei Magna. Dadurch erreichte der Konzern, dass ein Teil der Angestellten nach den schlechteren Handels- bzw. Gewerbe-KVs bezahlt wird. Den gleichen Effekt hat die Kündigung von KV's wie z.B. bei der AUA. Auch vom KV abweichende Vereinbarungen werden erzwungen oder der KV für alle wird unterlaufen, wie in der Elektroindustrie, wo ein Teil der Lohnsumme zur individuellen Verteilung freigegeben wurde. Das führt zu ungleichen Löhnen im Betrieb.

Benya-Formel: Eine andere Form der Reallohnsenkung ist die Absenkung der ökonomischen Indices bei den Lohnverhandlungen. Auf der Grundlage der Benya-Formel wurde den Beschäftigten bei Lohnerhöhungen die offizielle Inflationsrate plus der Hälfte des Produktivitätszuwachses abgegolten. Still und leise wird über die Abgeltung des Produktivitätszuwachses nicht mehr gesprochen. Der Verlust ist enorm. In 14 Jahren ist die Arbeitsproduktivität um 18% gestiegen, der reale Bruttolohn aber nur um 9%. Der von den Beschäftigten erarbeitete Wert fließt in die Taschen der Eigner der Betriebe.

6.745 Euro Verlust bei einer Nulllohnrunde: Zunehmend setzen Dienstgeber Nulllohnrouden oder Einmalzahlungen durch. Laut einer Berechnung des ÖGB beträgt der Einkommensverlust einer einzigen Nulllohnrunde innerhalb von zehn Jahren 6.745 Euro bei einem Einkommen von 2.200 Euro. Auch eine Einmalzahlung ist ein Verlustgeschäft. Für die gegenwärtig Beschäftigten fällt sie bei der nächsten und allen folgenden Lohnerhöhungen aus – entsprechend der negativen Zinseszinsrechnung. Alle zukünftig Beschäftigten haben gar nichts davon, die Lohnsumme sinkt also auf Dauer. Auch die früher übliche Überzahlung über den KV-Lohn hat abgenommen und die Kalte Progression kappt die Brutto-Löhne zugunsten des Staates.

Laufzeit: Die übliche Laufzeit eines KV beträgt ein Jahr. Zunehmend werden Laufzeiten verlängert und ein „Doppel“-abschluss durchgesetzt. Dadurch können zukünftige ökonomische Daten, wie sie sich in zwei Jahren entwickeln, nur grob geschätzt werden. Verändern sie sich zu Ungunsten der Beschäftigten, so ist eine Verbesserung bei einem geschlossenen KV schwer denkbar und durch einen Streik rechtlich unmöglich.

Entsenderichtlinie: Eine tatsächliche Gleichstellung von Beschäftigten aus an-



Aktion des GLB Steiermark zur Arbeitszeitverkürzung am 1. Mai 2012 in Graz.

deren EU-Ländern mit niedrigeren Einkommen und Arbeitsstandards sollen mit der Entsende- und Durchsetzungsrichtlinie erreicht werden. Da es aber keine grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung gibt, hat sich hier ein erheblicher Hebel zum Unterlaufen von KV entwickelt.

CETA: Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA wären absolute KV-Killer. Ein Konzern könnte einen Staat verklagen, weil ein verbesserter oder neu abgeschlossener KV die geplanten Gewinne in bestehende oder geplante Investitionen verringert oder einschränkt.

Machtverhältnisse auf Zeit: Im Ergebnis wird deutlich, dass zwar die Anzahl der Beschäftigten zugenommen hat (die der Erwerbslosen auch), die Lohnquote aber, also der Anteil der Löhne und Gehälter der unselbständig Beschäftigten am gesamten Volkseinkommen, in der gleichen Zeit zurückgegangen ist. EU-Vertretern und Unternehmern ist klar, dass KV's eine Festschreibung von Machtverhältnissen auf Zeit sind. Je mehr es ihnen gelingt, KV's auszuhebeln, atypisch Beschäftigte statt Normalbeschäftigte mit kurzer Arbeitszeit und vollem Lohnausgleich zu beschäftigen, Reallohnerhöhungen zu verhindern, um so schwächer werden die Gewerkschaften.

Streikrecht: Obwohl es in Österreich kaum Streiks gibt, wird das Streikrecht, das Notwehrrecht der Beschäftigten gegen ökonomische Übergriffe der Unternehmer, verbal angegriffen. Wirtschaftsminister Mitterlehner trommelte 2011 vor und während des Metallstreiks öffentlich, dass „das Mittel Streik zu früh ergriffen worden“ sei.

Angriffe auf die Arbeitszeit: Neben Lohn ist die Arbeitszeit zentraler Aspekt der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht. Die gesetzliche Arbeitszeit in Österreich beträgt 40 Stunden, im kol-

lektivvertraglichen Mittel 38,8 Stunden. Die tatsächlich durchschnittliche Arbeitszeit ist mit 43,5 Stunden die zweithöchste in der EU. Das reicht den Unternehmern nicht.

Flexible Arbeitszeiten: Im Laufe der Jahre haben die Unternehmer flexible Arbeitszeiten durchgesetzt. Ausgedehnte Arbeitszeitkonten und lange Durchrechnungszeiten führen zu längeren als 40-Stunden-Wochen. Ergebnis ist die Verdichtung der Arbeit, denn gearbeitet wird, wenn Aufträge da sind. Sind keine da, bleiben die Menschen zu Hause. Flexzeiten sind verbunden mit der Streichung von Überstundenzuschlägen. *Vida*-Chef Roman Hebestreit zum aktuellen Vorstoß von Unternehmern im Verbund mit der Regierung: Bei der von der Wirtschaft gewünschten Flexibilisierung mit zwei Jahren Durchrechnungszeitraum gehe es in Wirklichkeit um „brutalen Lohnraub“ durch die Arbeitgeber.

Überstunden: Permanent werden bezahlte und unbezahlte Überstunden ausgeweitet. Rein rechnerisch würde der Abbau der Überstunden 180.000 Arbeitsplätze schaffen. Bezahlte Überstunden werden häufig – keineswegs immer – mit Zustimmung der männlichen Beschäftigten gemacht, weil der Grundlohn unzureichend ist. Unbezahlte bzw. unzureichend bezahlte Überstunden fallen zusätzlich bei All-In-Verträgen und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) an.

12-Studentag: Pausenlos fordern Unternehmer die Möglichkeit, 12 Stunden arbeiten zu lassen. Da es bereits 13 gesetzliche Möglichkeiten dafür gibt, die Forderung trotzdem beständig erhoben wird, bleibt als Schlussfolgerung, sie wollen den 12-Studentag ohne einen Cent Zuschlag. Im nächsten Schritt soll dann der 12-Studentag Regelarbeitstag werden? Zurück ins 19. Jahrhundert.

Teilzeit: Während den einen die Arbeitszeit verlängert wird, müssen andere sich mit Teilzeitjobs zufrieden geben. Die Frauen-Teilzeitquote ist von 26% (1994) auf 48% (2016) angestiegen, bei Männern von 4,2 auf 11,6%. Häufigste Gründe sind Mangel an Vollzeitstellen und Kinderbetreuungseinrichtungen, wirklich freiwillig wird Teilzeit selten gewollt. Es wird weniger in die Pensionsversicherung eingezahlt. Frauen sind daher stärker von Altersarmut bedroht.

Freizeit-Option: Mit dieser hässlichen Form der Arbeitszeitverkürzung kaufen sich Beschäftigte freie Zeit. Sie können anstelle einer Lohnerhöhung mehr Freizeit in Anspruch zu nehmen. Den Unternehmen entstehen so keine Kosten. Für solch individuell zu nehmende verkürzte Arbeitszeit wird kein/e Beschäftigte/r mehr eingestellt. Die vorhandene Arbeit fliegt dennoch nicht dahin. Sie wird entweder von im Betrieb zurückbleibenden KollegInnen mit erledigt oder aber vom Zeiterkäufer in seiner verkürzten Zeit. Die Arbeit wird weiter verdichtet.

Gewinner sind in jedem Fall die Unternehmer, denn verloren geht der Gedanke der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Bei einem ÖBB-Unternehmen, in der Elektro-, Metall- und Papierindustrie wird das bereits praktiziert. Einem Teil der Beschäftigten – geplagt von der zunehmenden Arbeitsintensivierung und dem damit verbundenen Stress – ist selbstbezahlte Arbeitszeitverkürzung lieber als gar keine. Beschäftigte mit niedrigerem Einkommen können sie sich nicht leisten.

Kurzarbeit: Kurzarbeit ist eine befristete Verkürzung der Arbeitszeit zur „Überbrückung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ des Unternehmers. Der Lohnausfall wird durch einen teilweisen Lohnausgleich aus dem Budget der AMS bezahlt. Begreiflicherweise ziehen die Beschäftigten die verkürzte Arbeitszeit einer Kündigung vor. Es bleibt aber eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich. Man kann sie auch befristete Teilzeit nennen, finanziert von der Versicherten-Gemeinschaft.

Pensionsantrittsalter: Seit Jahren wird die Lebensarbeitszeit verlängert. Der gravierendste Eingriff war jener der schwarz-blauen Regierung 2003. Das Pensionsantrittsalter stieg in der Folge von 58,2 Jahre im Jahr 2003 auf 61,6 Jahre im Jahr 2015. Sanktionen machen einen früheren Pensionsantritt unattraktiv (Malus). Mit der Pensionsreform wurden die vorzeitige Alterspensionen bei Arbeitslosigkeit, bei langer Versicherungsdauer und die Gleit-

pension gestrichen. Die Erwerbslosenquoten älterer ArbeitnehmerInnen stiegen.

Lohnnebenkosten senken: Lohnnebenkosten senken ist die infamste Forderung der Unternehmer, denn für viele ist schwer zu durchschauen, dass es sich um eine Lohnkürzung handelt. Lohnnebenkosten sind Teil des Lohnes. Lohnnebenkosten senken heißt weniger Sozialversicherungsleistungen des Dienstgebers für die Beschäftigten. Das führt zu geringerer Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, weniger Abfertigung, geringerer Pension, Senkung des Lebensstandards, was sich deutlich im Urlaubs- und Weihnachtsgeld zeigt.

Angriffe auf Betriebsräte

Direkte Angriffe auf Personen verringern die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht. So wird immer öfter die Gründung einer neuen Interessenvertretung behindert. Am meisten Aufsehen erregte der Versuch einer Betriebsratsgründung beim Fernsehsender *Servus TV* mit 264 Beschäftigten. Als die Vorbereitung zur Betriebsratswahl bekannt wurde, kündigte der Besitzer des Senders, Dietrich Mateschitz, zweitreichster Österreicher mit einem Vermögen von 7,6 Mrd. Euro, allen Beschäftigten mit der Begründung, der Sender sei defizitär und müsse geschlossen werden. Als daraufhin ca. 200 verängstigte Beschäftigte einen offenen Brief unterschrieben („wir wollen und brauchen keinen Betriebsrat“), entschied Mateschitz nach Gutsherrenmanier, den Sender weiterzuführen und nahm die Kündigungen zurück.

Dies ist kein Einzelfall: Auch die Drogeriekette Müller, die Post-Tochter E-Commerce und der Tourismusverband Innsbruck kündigten die InitiatorInnen von Betriebsratsgründungen. Schon der Milliardär Stronach wollte beim Kauf vom Puch-Werk den Betriebsrat durch ein „Fairness-Komitee“ ohne alle Rechte ersetzen. Im gewerkschaftlich stark organisierten Puch-Werk konnte er das nicht durchsetzen. In allen anderen großen Magna-Werken in der Steiermark hingegen gibt es keinen Betriebsrat.

Auf andere staatliche Angriffe durch Gesetzesänderungen wie z.B. Kürzung der Mindestsicherung und Auszahlung aus dem Familienlastenausgleichsfonds, Senkung der Pensionshöhe durch Nulllohnstunden, Einmalzahlungen und Erhöhung unterhalb der Inflationsrate, Verkauf der Bundeswohnungen sei hier nur cursorisch verweisen. Alle Kürzungen und Behinderungen wirken negativ auf die Kampfkraft der Gewerkschaften. Aus

Furcht vor Arbeitsplatzverlust geben sich Menschen mit weniger Lohn zufrieden statt sich kollektiv zu wehren.

Zurück zu Kaisers Zeiten?

1896 setzte die Arbeiterbewegung erstmals in Österreich einen Kollektivvertrag für die Buchdrucker durch. 1919, im Ergebnis der Revolution, wurde das Kollektivvertragsrecht beschlossen und die Gewerkschaften als Tarifpartner anerkannt. Diese Errungenschaften werden nun etappenweise wieder abgeschafft.

Der seit 1989/90 geschwächte ÖGB und seine Fachgewerkschaften versuchen mit Protesten, vor allem aber mit sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit, den Rückschritt aufzuhalten. Realen Widerstand organisierten sie 2003 gegen die Angriffe auf die Pensionen und konnten so die vollständige Schleifung verhindern. Die umfassenden Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung durch Kapital und Politik aber werden permanent fortgeführt. Die Proteste dagegen bleiben zurückhaltend. Vor allem fehlt eine Analyse der politisch und ökonomisch grundlegend verschobenen Machtverhältnisse seit 1990 und der Strategie des Klassegegners.

So gibt es zwar Forderungen nach einem Mindestlohn von 1.700 Euro, der 35-Stunden-Woche, einer 6. Urlaubswoche, einer Wertschöpfungsabgabe, der Vermögens- und Erbschaftssteuer, Lohnerhöhungen und verbesserten Rahmenbedingungen in den KV-Runden. Es gibt Proteste gegen völlig unzureichende KV-Erhöhungen, die Verlängerung des Arbeitstages auf zwölf Stunden, gegen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Senkung der Pensionshöhe und die Erhöhung des Pensionseintrittsalters. Aber ein wirklicher Widerstand wird nicht organisiert.

Betriebsversammlungen, Betriebsrätekonferenzen, Kundgebungen und Demonstrationen während der Arbeitszeit sind richtig: Sie zeigen dem Kapital, dass die Gewerkschaften in der Lage sind zu politischen Protesten zu mobilisieren. Aber wenn die Kraft der Beschäftigten nicht ausgeschöpft wird, wenn ein Streik wie jener der Metaller schon beendet wird, bevor er ökonomischen Druck ausgeübt hat, wird sich das Kräfteverhältnis nicht zu unseren Gunsten ändern.

Referat am Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark „Die Demontage der sozialen Standards in Österreich und der EU“ am 12. November 2016 in Graz.

Die Wiedergutmachungsstelle für die Opfer des Faschismus und die Gründung der KPÖ in Spittal an der Drau 1945

GEORG TIDL

Die ehemaligen KZ-Häftlinge und Gefangenen bezogen keine Lebensmittelmarken, hatten oft keine Kleider, außer denen, die sie am Leibe trugen, sie waren zu schwach, zu arbeiten oder sich um Arbeit zu kümmern, zu verwirrt, sich in dem vergessenen Leben zurechtzufinden, manche hatten keine Wohnung, keinen Menschen, der sich um sie kümmerte. Was hier gebraucht wurde, war also klar. Wie es beschafft werden sollte, war mir vorläufig völlig unklar“, schrieb Marie Hofmann in ihr Tagebuch, als sie im Mai 1945 von Wilhelm Jost, dem KPÖ-Gemeinderat von Spittal an der Drau, beauftragt wurde, sich um diese Menschen zu kümmern.

Zum ersten Mal erwähnt wird die Wiedergutmachungsstelle in einem Protokoll der KPÖ-Bezirksleitung vom 31. Juli 1945. An diesem Tag wurde das Lokal in der Bahnhofstraße nach der „Übersiedlung der Wiedergutmachungsstelle, deren Material den ersten organisatorischen Überblick über die antifaschistischen Kräfte im Spittaler Bezirk bot“, zum Parteilokal der KPÖ. Die Wiedergutmachungsstelle war überparteilich organisiert und wurde zunächst auch vom British Military Government unterstützt. So wurde z.B. am 25. Juli 1945 für Maria Hofmann ein „Permit“ ausgestellt, dass sie auch während des Ausgehverbots außer Haus sein dürfe zwecks „working for exconcentrated people“. Da aber mit der Zeit immer stärkere Verflechtungen der Wiedergutmachungsstelle zur KPÖ, sowohl hinsichtlich ihrer MitarbeiterInnen als auch ihres Klientels, sichtbar wurden, änderte die antikommunistisch eingestellte britische Besatzungsmacht ihr Verhalten zu dieser sozialen Einrichtung. Am 16. August 1945 stellte die Wiedergutmachungsstelle – ausgewiesen mit einem offiziellen Stempel mit dem Schriftzug „Wiedergutmachungsstelle Bezirkshauptmannschaft Spittal a. d. Drau“ und dem typischen Dreieck der politischen KZ-Häftlinge – einen Antrag an die Militärregierung, einem freiwilligen Helfer die Fahrgenehmigung für seinen Fiat auszustellen, da dieser Fahrtendienste für die Stelle übernehmen wollte: „So oft wir nämlich unsere Erholungsbedürftigen in das Heim nach Seeboden bringen müssen oder von dort abholen [...] müssen wir entweder bei der Fahr-

bereitschaft jedesmal um Bewilligung ansuchen oder die Angestellten müssen mit dem Rad fahren. Beides ist für uns sehr umständlich und wir wären sehr froh, wenn wir für diese Fälle Herrn Baldauf zur Verfügung hätten.“ Die Antwort fiel lapidar aus: „There is no substantial reason why the applicant should be granted a Permit. The Burghauptmannschaft has already 3 motor cars and there is no reason why the Committee of Redress shouldn't use one of these cars.“

Am 29. Juli 1945 fand im Feuerwehrsaal die erste Bezirkskonferenz der KPÖ Spittal statt. Nach einem zweieinhalbstündigen Festprogramm vor ungefähr 600 ZuhörerInnen fand von 17 bis 19 Uhr die eigentliche Bezirkskonferenz mit 300 bis 400 Mitgliedern statt. Die Tagesordnung: „Die Lage wie sie ist – die Lage wie sei sein soll. Aufgaben in der jetzigen Periode“, handschriftlich ergänzt durch: „Slowenischer Organisationsbericht“. Marie Hofmann, für die Organisationsarbeit der KPÖ in Spittal zuständig, begann gleichzeitig mit dem Aufbau einer Frauenorganisation: Am 18. November 1945 nahmen an der Landeskonzferenz der Kärntner Kommunistinnen in Klagenfurt 86 Frauen teil.

Die Wiedergutmachungsstelle blieb weiter aktiv und versorgte ehemalige KZ-Häftlinge und Opfer des Faschismus. Sie wurde sogar zu einem eigenen Amt innerhalb der Bezirkshauptmannschaft mit fix bezahlten Angestellten. Die politische Arbeit übernahm im Laufe der folgenden Jahre Schritt um Schritt der KZ-Verband. Weder im Stadt- noch in den Landesarchiven finden sich irgendwelche Hinweise auf diese damals sehr wichtige humanitäre Einrichtung. Die einzige Quelle ist das Tagebuch von Marie Hofmann (in Familienbesitz), in dem sich folgende Zeilen finden:

Im Allgemeinen wurde mir von den Beamten zugebilligt, was ich verlangte. Aus Mitleid mit den von mir Vertretenen? Aus Angst und schlechtem Gewissen? Auf den Bezirkshauptmann Grubis dürfte das Letztere zutreffen. Er war, was damals in unserem Kreis noch nicht bekannt war, illegales NSDAP-Mitglied gewesen. Genosse Jost vertrat als einziger die KPÖ im provisorischen Gemeinderat und war seit dem 18. Mai zusammen mit dem SPÖ-Gemeinderat Schwarz mit dem

Wohnungswesen betraut. Jost wies die Wiedergutmachungsstelle, wahrscheinlich geht auch diese Bezeichnung auf ihn zurück, in das sogenannte Parkhäusl ein. Das war ursprünglich ein zum Schloss gehöriger Stall, den die Nazi während des Krieges als Bureau für irgendeinen technischen Dienst benützt haben. Man betrat unser Büro durch eine Tür in der Schloßmauer, die jetzt schon lange nicht mehr steht. Auch das Häusl wurde inzwischen abgerissen. [...]

Für Ende Juni war die Durchfahrt eines Autobusses angesagt, der 72 Kärntner aus dem KZ Dachau nach Hause bringen sollten. Im Gemeindeprotokoll heißt es, daß das Rote Kreuz Vorbereitungen treffen wird und: „Die Durchzugsstraßen werden geflaggt. Am Empfang nimmt die Bevölkerung, die Stadträte und der Bezirkshauptmann und der Bürgermeister teil. Der Bürgermeister wird die Ankommenden namens der Stadt begrüßen. Sie erhalten alle einen kleinen Imbiß. Von weiteren Formalitäten musste Abstand genommen werden, weil der Aufenthalt sich nur auf wenige Minuten beschränkt.“ Formalitäten! Welch unbeabsichtigte Selbstentlarvung der maßgebenden Herren Gemeinderäte.

Für uns von der Wiedergutmachungsstelle war der Autobus von größter Bedeutung. Welche noch Vermissten würden aus unserer Stadt, aus unserem Bezirk darunter sein? Welche Freunde, Genossen durften wir erwarten, von welchen wenigstens Nachricht erhoffen? Nachricht über Tod und Leben konnte dieser Autobus bringen. Der Aufenthalt dauerte länger als nur Minuten. Frau Porges fragte die Ankömmlinge nach ihrem Mann Dr. Porges, lange praktizierender Arzt in Spittal, Jude. Einer von den vielen hatte ihn wirklich gesehen. „Er schaut schrecklich aus“, war alles, was er sagen konnte. Und Frau Porges wartete weiter. Vergeblich.

Ich saß an einem Tisch, im Freien, an sonniger Tag. Sie zogen einer nach dem anderen an mir vorbei, Männer jeden Alters. Einen sehe ich noch vor mir. Er trug ein flammendes rotes Halstuch, das ihm der Wind ins Gesicht wehte. Seine Sprache erinnerte mich an die Zeit vor dem Krieg. Sie war wie stehengeblieben mit Wörtern, die niemand mehr gebrauchte. Wie er mir erzählte, war er in

Deutschland verhaftet worden und 12 Jahre in Haft gewesen. Zum ersten Mal sah ich einen Menschen, der so lange in der Hölle gewesen war. Bevor er wieder in den Autobus einstieg, zeigte er mir ein nicht ganz Handteller großes Fetzen und ließ mich raten, was es sein könnte. Für ein Papier war es zu fettig, für Stoff ließ es die Fäden zu wenig erkennen. Ein abgerissener Pappendeckel am ehesten. Der Mann durfte den Autobus nicht versäumen, steckte das Stückchen sorgsam wieder zwischen Papiere und in die Innentasche seines Rocks. „Es ist Menschenhaut“, sagte er. Daran habe ich später oft denken müssen, als man von Übertreibungen und „Greuelberichten“ über die KZ-Lager sprach.

Nur so nebenbei erfuhren wir, daß Viktor Huber, für den wir ein Gesuch wegen Überlassung einer Trafik eingebracht hatten, am ganzen Körper mit Narben bedeckt war. So oft und so schwer war er geprügelt worden. Wir bemühten uns auch, den Sohn einer Zigeunerin bei der Post unterzubringen. Das war nicht einfach. Er war noch nie in einem Arbeitsverhältnis gestanden und praktisch Analphabet. Sieben Jahre Lagerhaft hatten ihn die kümmerlichen Kenntnisse aus seiner Volksschulzeit vergessen lassen. Er sah wie ein Elfjähriger aus, obwohl er, glaube ich, damals schon 16 war. Sein Leben verdankte er zwei von ihm unbeeinflussbaren Tatsachen. Erstens war er kein Zwilling und zweitens war seine Mutter Aufräumefrau bei Dr. Mengele gewesen, der hatte sich an sie gewöhnt und war zufrieden mit ihr. Das war jener Dr. Mengele, der nie vor einem Gericht gestanden ist, obwohl seine Verbrechen international bekannt sind. Er machte medizinische Experimente mit Zwillingkindern, er spritzte ihnen Substanzen, wodurch ihr ganzer Körper anschwellte. Ihre Beinchen wurden so dick, daß sie sie beim Gehen nicht mehr auseinanderbrachten. Die Zigeunerin führte mir vor, wie die Kleinen dahinzuscheln versuchten. Sie sang mir auch das Lied vor, das sie angesichts des aus den Schloten aufsteigenden Rauches sangen. Es ging nach der Melodie von Lili Marleen. Der Mann der Zigeunerin war Geigenspieler, übrigens kein Zigeuner, sondern Deutscher, wie sie immer wieder versicherte. Er gehörte zu jenen Zigtausenden, deren Verhaftung das letzte war, was ihre Angehörigen von ihnen wußten.

Ohne Zweifel wäre es Aufgabe der Wiedergutmachungsstelle gewesen, die Schicksale der von uns Betreuten festzuhalten für eine spätere, nüchterne und

kritische Analyse. Aber wir dachten nur an die Gegenwart. Nicht einmal Namenslisten haben wir angelegt.

In den Gemeinderatsprotokollen der Stadt Spittal ist auf keiner Seite die Wiedergutmachungsstelle genannt. Nur von Cognac ist am 28. August die Rede, und 12 Tage später von einer Cognac-Spende im Zusammenhang mit den KZ-Häftlingen. Aus der Niederschrift wird nicht klar, wer schließlich den französischen Beute-Cognac, denn das muss es ja gewesen sein, getrunken hat, hoffentlich doch die Erholungsbedürftigen aus unserem Heim. Wir hatten nämlich – und das sehe ich heute noch als den Höhepunkt unserer Tätigkeit – ein Heim unter unserer Verwaltung. Eine wunderschöne, geräumige Villa, am Hang in einem großen Garten gelegen, keine 200 Schritte vom See entfernt, zur Gemeinde Seeboden gehörend.

Wir nahmen auch Gäste von weither auf. Wir wollten uns nicht auf den Bezirk, nicht auf das Land beschränken. Und wäre es denn nicht selbstverständlich gewesen, wenn die Republik Österreich den Opfern, jenen Heldenmütigen, deren sie sich ungern erinnert, ein Erholungsheim zur Verfügung gestellt hätte. Der folgende Brief vom 18. Mai 1945 ist ein recht merkwürdiger Beweis dafür, wie viele Personen mit verschiedenen Anliegen an uns herantraten: „An unsere liebenswerte Helferin! Wir haben uns erlaubt rasch einige Fälle von uns unglücklichen Opfern des Hitlersystems ihnen zu übermitteln um ihre Herzengüte in Anspruch zu nehmen. Möge uns ihre in liebenswürdiger Weise zuge dachte Unterstützung zum vollen Erfolg und zu unserer Freiheit führen. Gott möge es ihnen vielmals vergüten und vorläufig sagen wir Ihnen alle, als unseren Engel ein recht inniges ‚Vergelt's Gott?‘. Das weitere für ihre Mühe werden wir bestimmt zu würdigen wissen. Nehmen sie als Zeichen unserer Achtung – die Unglücklichen.“

Beilage eine Liste mit den Kurzbiographien von 18 dieser Unglücklichen mit dem Hinweis, dass in allen vier Zellen des Spittaler Gefängnisses insgesamt 35 Mann wären, und der bittere Nachsatz: „Es betreuen uns noch immer dieselben preußischen Beamten, die uns immer mit dem Erschießen gedroht haben und aus unseren Leibern Kunstdünger bereiten wollten, wie sie es immer nannten. Es wird täglich gebraten und gut gekocht für diese Aufseher und uns gibt man 7/10 l Suppe mittags und abends nebst 140 gr. Brot täglich.“ Es handelte sich bei den meisten um Schwarzschlächter, die zu



Geld- und bis zu 6-jähriger Haftstrafe verurteilt worden waren. Wahrscheinlich hatte ihnen ein Aufseher den Rat gegeben, sich an uns zu wenden. Es war selbstverständlich ein Unterschied, ob eine slowenische Kleinbäuerin ihr letztes Schaf mit den Partisanen teilte, ob einer in einem Dorf seine alte Kuh stückweise zu den Nachbarn trug, um später dann wieder einen gleichen Brocken zurückzubekommen, sodaß sich alle so durchwurstelten, oder ob einer von den Großen seine Ware statt an die Lebensmittelbehörde abzugeben, einem PG-Bonzen aus dem „Altreich“ verkaufte. Schwarzschlächter als Widerstandskämpfer: Ja, das war möglich, aber wir sahen uns außerstand, bei diesen 35 Mann – die meisten von ihnen waren aus Wien, einige aus der Tschechoslowakei – die Politischen von den Kriminellen zu trennen. Wir leiteten das Ansuchen an die Engländer weiter.

Die Wiedergutmachungsstelle war vielleicht das Vernünftigste, was ich in meinem Leben auf die Beine gestellt habe, auf alle Fälle damals das Notwendigste. Wie lange sie Bestand hatte, darüber konnte mir niemand mehr Auskunft geben. Die Belange der ehemaligen KZler sind später auch in Kärnten vom KZ-Verband in Wien vertreten worden.

Dr. Marie Hofmann musste mit ihrem späteren Mann Dipl.-Ing. Johann Tidl im Herbst 1945 aus der englischen Zone flüchten. Johann Tidl wurde während eines Presseprozesses gegen einen Spittaler Kommunisten im Gerichtssaal verhaftet. Ihm wurde Verächtlichmachung von „God save the Queen“ vorgeworfen, weil er am Ende des Prozesses beim Singen der Hymne gelächelt haben soll. Bis zum Prozess auf Bewährung – auch auf Intervention von Georg Fuchs, der damals in Spittal als englischer Militär angehöriger stationiert war – aus dem Gefängnis entlassen, gelang beiden mit Hilfe kommunistischer Eisenbahner die Flucht über den Semmering in die sowjetische Zone. Am 1. November 1945 begann Marie Tidl an einer Wiener Mittelschule zu unterrichten.

Gisela May (1924–2016)

Am 2. Dezember 2016 ist die Sängerin und Schauspielerin Gisela May, die als „Doyenne“ der Brecht-Interpretinnen galt, in Berlin gestorben. Am 31. Mai 1924 in Wetzlar geboren, absolvierte May in Leipzig die Schauspielschule und war ab 1951 am Deutschen Theater in Berlin engagiert. 1962 wechselte sie ans Berliner Ensemble, dem sie bis 1992 angehörte.

Ab 1957 veranstaltete das Deutsche Theater Matineen mit Programmen von Kurt Tucholsky, Johannes R. Becher und Bertolt Brecht, an denen neben Ernst Busch, Wolfgang Heinz und Wolfgang Langhoff auch Gisela May mitwirkte. Mit dem Brecht-Programm gastierte das Ensemble zwischen 1958 und 1962 in vielen europäischen Metropolen, u.a. in Brüssel, Mailand, London, Stockholm und Prag. Am 14. Dezember 1958 wurde das Programm „Bertolt Brecht. Lieder, Gedichte, Geschichten“ auch im Mozart-Saal des Wiener Konzerthauses dargeboten. Von der kommunistischen Presse wurde das Brecht-Programm aus vier Jahrzehnten bejubelt, von den bürgerlichen Blättern beschmutzt: „Ein Stoßtrupp des Ost-Berliner Staatstheaters exportiert derzeit Lieder und Prosatexte des Stalinisten Brecht zum Zweck des Nachweises, daß Kunst nichts mit Politik zu tun habe und daß Brecht ein Dichter sei“, war etwa im *Kurier* zu lesen.¹

Die Weltkarriere von Gisela May als Solistin begann im Juni 1959 in Mailand mit einem Auftritt am Piccolo Teatro. Bereits wenige Monate später, Ende August 1959, war sie am Volksstimmefest

Gisela May am Volksstimmefest 1959



Brecht-Matinee im Wiener Konzerthaus am 16. Dezember 1958, von links: Ernst Busch, Gisela May, Wolfgang Langhoff, Peter Fischer und Wolfgang Heinz.

fest, dem jährlich stattfindenden Pressefest der KPÖ, zu Gast, wo sie Gedichte, Chansons und Lieder vortrug. Einen Tag später wurde das künstlerische Programm für die MitarbeiterInnen des Festes in der Stadthalle wiederholt. „Jeder der Anwesenden fühlte, daß Gisela May eine ebenso gute Künstlerin wie Genossin ist und wie reich und wie schön die Kunst ist, die revolutionäre Künstler der Arbeiterklasse geben können“, war in der *Volksstimme* über ihren Auftritt zu lesen.²

Gisela May absolvierte in den folgenden Jahrzehnten zahlreiche Auftritte in Österreich und feierte als ausdrucksstarke Brecht-Interpretin große Erfolge. Im November 1959 durchbrach sie im Wiener Musikverein erneut den damals noch währenden Brecht-Boykott. Weitere Brecht-Abende folgten im September 1966 im Großen Konzerthausaal und im Dezember 1968 im Mozart-Saal desselben Hauses. Daneben war sie immer wieder auch im kulturpolitischen Umfeld der KPÖ aktiv, etwa mit einem Auftritt im Arbeiterklub der KPÖ-Floridsdorf am 26. November 1959. „Ich glaube, daß man Brecht nicht überzeugend interpretieren kann, wenn man nicht seine Weltanschauung teilt“, machte May keinen Hehl aus ihrem politischen Engagement. Im Oktober 1973 wirkte sie bei der Großkundgebung der KPÖ Wien in der Stadthalle mit. Neben ihr trat der deutsche Liedermacher Dieter Süverkrüp bei dieser Wahlkampfveranstaltung auf. May las Texte von Brecht, Tucholsky, Kästner und Becher.³ „Die Wahlveranstaltung der KPÖ war, so glaube ich es einschätzen zu können, eine große begeisternde Sache“, schrieb die Künstlerin kurz darauf an Hugo Huppert.⁴ Im

August 1980 war May noch einmal am Volksstimmefest der KPÖ zu Gast und präsentierte gemeinsam mit dem Schauspieler Alfred Müller das Programm „Denn wovon lebt der Mensch...“.⁵ Ihr letzter Auftritt in Österreich fand im 24. Februar 2009 im Jüdischen Museum statt, als May anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung über Hanns Eisler drei Lieder des Komponisten interpretierte.

Im bürgerlichen Feuilleton wurde Gisela May anlässlich ihres Ablebens als „First Lady des politischen Chansons“ und als „sozialistischer Weltstar“ gewürdigt, wobei ihr kaum ein Etikett weniger gerecht werden könnte, war May doch eine singuläre Künstlerpersönlichkeit, die es nicht nötig hatte, sich als „Star“ zu inszenieren. Der „Nachruhm“ Gisela Mays ist auch durch zahlreiche Schallplatteneinspielungen gesichert, die in den 1960er und 1970er Jahren in der DDR entstanden sind. Ihre Aufnahmen mit Werken von Brecht, Eisler, Dessau, Weill, Kästner und Tucholsky sind – ähnlich wie jene von Ernst Busch, Hilmar Thate und anderen – ein fixer Bestandteil des kulturellen Erbes der ArbeiterInnenbewegung.

M.M.

Anmerkungen:

1/ -eig-: Ost-Berliner Propaganda unerwünscht, in: *Neuer Kurier*, 3.12.1958, S. 5.

2/ Das nachgeholte Fest: Die Künstler spielten für die Aktivisten des ‚Volksstimmefest‘-Festes, in: *Volksstimme*, 2.9.1959, S. 3.

3/ Kunst und Künstler helfen siegen, in: *Volksstimme*, 4.10.1973, S. 7.

4/ Akademie der Künste, Hugo-Huppert-Archiv, 496, Gisela May an Hugo Huppert, 15.10.1973.

5/ „First Lady des politischen Songs“, in: *Volksstimme*, 22.8.1980, S. 9

George Huppert: Comrade Huppert. A Poet in Stalin's World. Bloomington: Indiana University Press 2016, 159 S., 22,50 Euro

Als nahezu Achtzigjähriger machte der amerikanische Historiker George Huppert, ehemals Professor an der Universität Chicago, bei einem Aufenthalt in Cincinnati einen Abstecher in die dortige Universitätsbibliothek. Auf einem Bücherbord im Lesesaal standen drei dicke Bände, die seinen Namen trugen – die Autobiografie des österreichischen kommunistischen Schriftstellers Hugo Huppert. Als Spezialist für die Geschichte Europas in der frühen Neuzeit verband George Huppert mit dem Schriftsteller Huppert nur die gemeinsame Herkunft: beide entstammten deutschsprachigen jüdischen Familien aus dem polnischen Teil des Olsa-Gebiets, der östlichen Hälfte des ehemaligen österreichischen Kronlandes Schlesien. Der 1902 geborene Hugo Huppert war in Bielitz (Bielsko-Biala) aufgewachsen, der 1934 geborene George Huppert in jenem Teil der Stadt Teschen/Těšín, der damals schon zu Polen gehörte. Er beschloss, der Biografie seines Namensvetters nachzugehen.

Das Ergebnis dieser Nachforschungen umfasst eine ausführliche Darstellung der Familiengeschichte sowie von Hupperts persönlichem Leben (insbesondere seinem Verhältnis zu Frauen), seiner Entwicklung zum Schriftsteller und kongenialen Nachdichter sowjetischer Autoren, allen voran Wladimir Majakowskis. Darüber hinaus behandelt das Buch die „politische Geschichte“ Hupperts – in der KPÖ, in der KPdSU, aber auch in Schriftstellervereinigungen. Das Besondere an der Arbeit ist die Unbefangtheit, mit der der Autor, der sich zum ersten Mal mit der Geschichte der kommunistischen Bewegung befasst, sich seinem Gegenstand nähert, wobei er auch auf Hupperts Umgang mit seinen jüdischen Wurzeln eingeht.

Ausgehend von Hugo Hupperts unfreiwilligem mehrjährigem Aufenthalt in Georgien Anfang der 1950er Jahre versucht George Huppert, die Diskrepanz zwischen der Selbst- und der Fremdwahrnehmung Hugo Hupperts zu erklären. Als Offizier der Roten Armee, der eine bedeutende Rolle in der Kulturpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich spielte, wurde Huppert Opfer einer Intrige und zurück in die UdSSR abkommandiert. Dort bot man ihm die Möglichkeit, als Gast der Georgischen Akademie der Künste sich einige Jahre hindurch der Nachdichtung des georgischen National-epos „Der Recke im Tigerfell“ von Schota Rustaweli (1172–1216) zu widmen – mit allen Annehmlichkeiten, die die Sowjetunion privilegierten Kunstschaffenden bot. Dazu kam ein angenehmes persönliches Umfeld von Menschen, die sich um Hupperts Wohlergehen in jeglicher Hinsicht kümmerten. Der Dichter selbst suchte allerdings beständig nach Anzeichen, dass er „abgehängt“ worden sei, dass andere ihm vorgezogen werden, und verscherzte es sich schließlich mit fast allen, die ihn mit menschlicher Wärme aufgenommen hatten.

George Huppert knüpft daran Überlegungen zur ungewöhnlichen beruflichen Situation Hugo Hupperts in seinen letzten Lebensjahrzehnten: Als ein Schriftsteller, dessen Bücher fast ausschließlich in der DDR erschienen, der hier von so vielen Verlagen wie niemand sonst gedruckt wurde, der seine Honorare und Staatspreise in Westwährung ausbezahlt bekam, wurde er nicht müde, sich über vermeintliche Zurücksetzungen zu beklagen. Und während er im Westen gern über seine kurzzeitige Verfolgung während des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion berichtete, bemühte er sich in der DDR, seine Treue zur Parteilinie unter Beweis zu stellen.

Das Buch enthält ein Namensregister sowie ein komplettes Werksverzeichnis und eine umfangreiche Liste von

Büchern und Aufsätzen, in denen Hugo Hupperts Wirken thematisiert wird. Hauptquelle der Arbeit war das Hugo Huppert Archiv in der Akademie der Künste Berlin, der Huppert zu DDR-Zeiten seinen Nachlass überlassen hatte.

WINFRIED R. GARSCHA

Ernst Fischer: Neue Kunst und neue Menschen. Literarische und essayistische Texte aus seinen Grazer Jahren (1918–1927), hg. und mit einem Nachwort von Jürgen Egyptien. Graz: Clio 2016, 400 S., 25,- Euro

Als am 2. Jänner dieses Jahres der seit den 1970er Jahren in Frankreich lebende britische Schriftsteller und Kunstkritiker John Berger 90-jährig starb, hätten diejenigen medialen Trompeten, die andauernd irgendwelche Sprechblasen von den „europäischen Werten“ absondern, Gedankenlinien ziehen können, um tatsächlich in das einzutauchen, was eventuell als europäische Werte bezeichnet werden könnte. Dabei wären sie vielleicht über diesen bedeutenden marxistischen Kritiker zu Picasso gelangt, dessen Werk kaum jemand einer derart konsequent-kritischen Prüfung unterzogen hat wie Berger, ohne ihm die herausragende Genialität abzusprechen („Glanz und Elend des Malers Pablo Picasso“). Oder sie wären eventuell auch bei Ernst Fischer gelandet, den Berger im Sommer 1972 in Prenting bei Deutschfeitz nördlich von Graz besucht und dessen letzten Lebenstag er begleitet und zärtlich beschrieben hat („Ein Philosoph und der Tod“). – Was für illusionäre Vorstellungen! Denn Fischer ist heute weitgehend vergessen, auch wenn der Aachener Germanist Jürgen Egyptien als Herausgeber dieses neuen Buches schreibt: „Ernst Fischer zählt zweifellos zu den vielseitigsten und faszinierendsten österreichischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts.“

Aber obwohl Ernst Fischer zu seinen Lebzeiten eine unter europäischen KommunistInnen jahrzehntelang bekannte und großteils respektierte Figur war, ist er heute nicht nur als bedeutender österreichischer Intellektueller des letzten Jahrhunderts so gut wie vergessen, sondern ein schwieriger Fall für den Kommunismus auch unseres Landes. Nicht nur weil er 1968 nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag das Wort vom „Panzerkommunismus“ erfand, sondern schon lange davor, als er zwar noch als mitreißender Parlaments- und Versammlungsredner der KPÖ bewundert und respektiert, aber

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Alexander Dinböck, Dr. Winfried R. Garscha, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. i.R. Dr. Hans Hautmann, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassierin), Mag. Dr. Simon Loidl (Schriftführer), Mag. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Dr. Elke Renner, Fini Seif, Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima.

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

schon seit Anfang der 1950er Jahre in der DDR von manchen SED-Ideologen als gefährlicher Abweichler vom rechten Weg angeprangert wurde, weil er Hanns Eislers Opernlibretto „Johann Faustus“ hymnisch begrüßt hatte, das danach in der Versenkung verschwinden musste. So wie er als Schriftsteller in den 1920er Jahren und zu Beginn der 1930er für manche SP-Dogmatiker wahrscheinlich auch kein orthodoxer Sozialdemokrat war, bevor er 1934 nach dem blutigen Februar der KPÖ beitrug – wie seine beiden Brüder Walter und Otto.

Ich will nicht behaupten, dass man alles vom späteren kommunistischen Ernst Fischer bereits im frühen, jungen Schriftsteller entdecken kann, der damals nicht nur für das steirische SP-Parteiorgan *Arbeiterwille* und bald dann auch für die Wiener *Arbeiter-Zeitung* Kritiken, Glossen und literarische Texte schrieb. Aber seine breit gefächerten Ausgangspunkte können anhand des im Vorjahr in Graz erschienenen Buches mit Originaltexten aus seinen Anfangsjahren studiert werden. Und in mancher Hinsicht wohl auch bestaunt. Zum Beispiel ein umfangreicher Auszug aus seinem Drama „Lenin“, der 1927 in der *Arbeiter-Zeitung* erschien und mit dem Satz endet – vom Chor gesprochen: „Lenin stirbt nicht!“

Die allermeisten der in „Neue Kunst und neue Menschen“ versammelten Texte erschienen in sozialdemokratischen Tageszeitungen und werden hier – bis auf zwei Ausnahmen – erstmals wiederveröffentlicht. Dazu kommen Gedichte und Auszüge aus dem unveröffentlichten Drama „Das Schwert des Attila“, sowie aus dem ebenso unveröffentlichten Romanfragment „So kann man nicht leben!“ (handelnd in der „Schlammberg Graz“). Das trockene, vielleicht allzu germanistische Nachwort des Fischer-Kenners Egiptien diagnostiziert dessen frühes Sozialismus-Bild als „soteriologisch“, einem Begriff aus der christlichen Theologie, der das Heilslehrende, Erlösung Bringende in den Vordergrund rückt. Das hat einiges für sich, wenn man beispielsweise einige Titel der hier versammelten Texte nennt: „Die roten Ostern“, „Die Geburt des Antichrist“, „Der goldene Heiland“, „Der ewige Rebell (Auszüge aus einem Passionsspiel)“ und andere. Andererseits könnte man relativieren, dass das „Soteriologische“ auch der marxistischen „Verheißung“ der klassenlosen Gesellschaft inhärent ist, wobei beim frühen Ernst Fischer das Romantisch-Gläubige, nicht das Wissenschaftlich-Analytische im Vordergrund steht.

Diese Texte lesend, ist es immer wieder erstaunlich, was alles vor knapp hundert Jahren auf den Seiten einer sozialdemokratischen Tageszeitung selbstverständlich Platz fand (die Betonung liegt weniger auf „sozialdemokratisch“ denn auf „Tageszeitung“): Gedichte, ein detailliert analysierender Bericht über die „Erste Ausstellung der Sezession Graz“, umfangreiche Essays, literarische Erstveröffentlichungen und vieles mehr. – Zeitungen sind heute etwas völlig anderes! Plakativ gesagt: viel mehr Propaganda- und Verblödungsmedium.

Am Ende seines Lebens hat Fischer etwas mit sich gehadert, er sei eigentlich einer gewesen, dessen „Talent es war zu träumen, nicht die Wirklichkeit zu gestalten, den aber die Wirklichkeit nötigte, das zu werden, was seiner Natur widersprach: Politiker“. („Erinnerungen und Reflexionen“) – Könnte es sein, dass das, was seine Partei und letztlich auch er selbst als kommunistische Politik betrachtet haben, zu wenig Traum, zu wenig Kunst und Kreativität beinhaltet und erlaubt hat? Weswegen er einen solchen Gegensatz sehen musste oder konnte? Ist es nicht so, dass gesellschaftliches und politisches Denken und Handeln wesentlich auch Kreatives, Künstlerisches beinhaltet oder beinhalten müsste? Ernst Fischers frühe Texte wollen nicht nur von „neuer Kunst“, sondern auch von „neuen Menschen“ künden. Manches an dem in diesem Buch Gedruckten erscheint als bruchstückhaft, als Versuch, als kreativer Ansatz. Aber es ist darin – fast ein Jahrhundert danach – sowohl spannende Dichtkunst zu entdecken, wie auch politische Gedankenkonstrukte anklingen, die zum Weiterdenken anregen.

KARL WIMMLER

Klaus Pumberger: Worüber wir nicht geredet haben. Arisierung, Verdrängung, Widerstand. Ein Haus und die Geschichte zweier Familien. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2015, 376 S., 24,90 Euro

In den letzten Jahren erschien eine kaum überschaubare Zahl an Publikationen über den Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich und Deutschland nach 1945. Die Aufarbeitung der NS-Verbrechen und die Herausbildung einer Kultur des Gedenkens waren Gegenstand zahlreicher Studien. Nicht wenige von ihnen weisen jedoch das Manko auf, dass sie auf einer letzten Endes homogenisierten gesellschaftlichen Metaebene verbleiben, zu stark auf

mediale Verarbeitungen des Themas und auf die Diskurse und Verlautbarungen gesellschaftlicher und politischer Eliten fokussieren. Eine eindrucksvolle Studie von Klaus Pumberger nimmt nun eine Tiefenbohrung zu dieser Thematik anhand des Schicksals zweier Familien vor. Angel- bzw. Berührungspunkt der beiden grundverschiedenen Familien ist ein Haus im oberösterreichischen Wesenufer, das von der in Wien lebenden, zur Hälfte jüdischstämmigen Familie Beer erbaut wurde und während der NS-Zeit der „Arisierung“ anheim fiel.

Pumberger rekonstruiert die Geschichte der Familien Eppacher und Beer auf penibel recherchierter Quellenbasis. Er analysiert nicht nur die sozialen Milieus und Umstände, aus denen die Familien stammen, sondern reflektiert zwischen den Kapiteln ebenso ausführlich seine Motivation für die Forschung, seine Herangehensweise an die verschiedenen Herausforderungen sowie seine Überlegungen zu den Bedingtheiten, Motivationen und Spielräumen der handelnden Figuren. Die Südtiroler Familie Eppacher, der der Autor entstammt, entschied sich 1939 in der so genannten Option für Nazi-Deutschland, verließ die Heimat und erhielt als neue Unterkunft ein kleines landwirtschaftliches Anwesen im Innviertler Ort Wesenufer. Dieses gehörte zu dieser Zeit noch Ludwig Beer, der dieses Haus von seinem jüdischstämmigen Vater Louis Beer erhalten hatte. Beer hatte sich während des „Ständestaats“ in der illegalen kommunistischen Bewegung in Wien engagiert und anschließend im Spani-

Die *Alfred Klahr Gesellschaft* trauert um **Hubert Schmiedbauer**, der am 8. November 2016 im 83. Lebensjahr gestorben ist. Schmiedbauer arbeitete als Redakteur der *Volksstimme* und der GLB-Zeitschrift *Die Arbeit*. Sein Schwerpunkt war die Gewerkschafts- und Betriebspolitik. 1998 publizierte er eine Broschüre über die Tageszeitung der KPÖ Steiermark *Wahrheit*.

Maria Jahnas, bis 2005 Mitglied der Kontrolle der *Alfred Klahr Gesellschaft*, ist am 1. November 2016 im 91. Lebensjahr gestorben. Jahnas gehörte seit 1945 der KPÖ an. Sie war Mitglied der Landesleitung der FÖJ in Niederösterreich, des BDF-Bundesvorstands und der Bezirksleitung der KPÖ Korneuburg.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Die russische Februarrevolution 1917 als Auftakt zum Roten Oktober

Vortrag mit Bildpräsentation von **Hans Hautmann**



Am 27. Februar (12. März) 1917 siegte in Russland, getragen von Massenaktionen der Arbeiter und Bauern, die bürgerlich-demokratische Revolution, die zum Sturz der zaristischen Selbstherrschaft führte. Es bildete sich eine Doppelherrschaft heraus: auf der einen Seite die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten als Volksorgane, auf der anderen Seite die provisorische Regierung als Machtorgan der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Die provisorische Regierung setzte den Krieg an der Seite der Entente fort und war damit nicht imstande, die neue bürgerliche Ordnung zu stabilisieren. Das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern führte zum Aufschwung des Klassenkampfes in allen imperialistischen Ländern, zu Soldatenverbrüderungen an den Fronten und Forderung nach einem demokratischen Frieden. Besonders stark waren die Auswirkungen auf Österreich, die im Vortrag ebenfalls zur Sprache kommen.

Dr. **Hans Hautmann** ist ao. Universitätsprofessor i.R. für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte und Vorstandsmitglied der Alfred Klahr Gesellschaft.

Montag, **20. März 2017**, 19.00

Kulturcafé 7Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien

7★STERN

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Winfried R.

Garscha, Heimo Halbrainer, Hans Hautmann,

Manfred Mugrauer, Anne Rieger, Florian

Schwanninger, Georg Tidl, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen und Vereine, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der AKG interessiert sind, gesendet.

Aufgrund der erhöhten Seitenzahl der *Mitteilungen* und der steigenden Posttarife sind die Kosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Angesichts der insgesamt schwierigen finanziellen Situation bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert sind und nicht Mitglied sind, ein Jahresabonnement zum Preis von 5,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen. Sollten Sie Mitglied werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Periodikum und für Ihre Unterstützung!

schen Bürgerkrieg gekämpft. Er wurde in Frankreich interniert, konnte flüchten und kämpfte in der Résistance. Als Fremdarbeiter getarnt ging Beer zurück nach Wien und war abermals im kommunistischen Widerstand aktiv. Nach dem Verrat durch einen Spitzel wurde Beer verhaftet und in das KZ Dachau überstellt, wo er am 20. September 1944 ermordet wurde. Pumberger schildert in parallelen Sequenzen ausführlich das Leben der Familie Eppacher in der neuen Heimat und im Krieg, sowie den Kampf von Beers Mutter Rosa – sie galt als „Arierin“ – um das Haus. Sie sollte den Kampf schlussendlich verlieren – die NS-Behörden waren mit Perfidie am Werk. Nach der Befreiung hatte Rosa Beer hingegen mit den zuständigen österreichischen Behörden zu kämpfen, die die Rückgabe über Jahre „in die Länge“ zogen.

Der Umgang seiner Familie mit diesen Ereignissen nimmt bei Pumberger immer wieder großen Raum ein. Er reflektiert über Wissen, Schuld, Möglichkeiten des Handelns – ohne vorschnell und eindimensional Schlüsse zu ziehen. Beson-

ders gelingen ihm auch die Gegenüberstellungen der Ergebnisse seiner jahrelangen, umfangreichen Recherchen in mehreren Ländern mit den tradierten Erzählungen der Familienangehörigen. Dies ist umso interessanter, da sich die tief katholisch geprägte Familie nicht dem Nationalsozialismus anschloss, aber dennoch ein Narrativ entwickelte, das der eigenen Verstrickung in die Verbrechen des NS-Regimes keinen Raum gab.

Trotz des Umfangs und seiner Dichte entfaltet das Werk einen Sog, der es einem schwermacht, es wieder aus der Hand zu legen. Die Gruppierung der Ereignisse rund um das Haus im oberösterreichischen Donautal und die quasi mikroskopische Untersuchung eines Einzelfalls im System der rassistischen Raubökonomie der Nazis erweisen sich als große Stärke. Das Buch stellt aber auch eine Würdigung des österreichischen Widerstands und von Ludwig Beer dar, dessen Leben bislang nur einem kleineren Fachpublikum bekannt war und nun eine größere Öffentlichkeit erfährt.

FLORIAN SCHWANNINGER